

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	5
1. Einführung.....	6
2. Die dritte Phase amerikanischer Sicherheitspolitik.....	7
3. Neo-Isolationismus und innenpolitische Unzufriedenheit	12
4. Die Europäische Währungsunion, der Dollar und die internationale Lastenverteilung	17
5. Die Erwartungen Frankreichs und der USA an Deutschland	23
6. Die Modelle Frankreichs und Deutschlands: Projektion von Macht oder Trittbrettfahrt?	27
7. Das gemeinsame Tragen von Lasten in Theorie und Praxis	31
8. Die Vereinigten Staaten und ein Europa, das "Nein" sagt	36
9. Nach dem Kosovo: amerikanische Macht und europäische Verteidigungspolitik am Scheideweg.....	41

Vorbemerkung

Dieser Aufsatz¹ ist das Ergebnis vieler Gespräche, die ich im Laufe der Jahre mit Studenten und Experten der transatlantischen Beziehungen führte. Ganz besonders möchte ich dabei zwei Gruppen von Menschen danken, die maßgeblich am Entstehen dieses Werkes in den Jahren 1998-1999 beteiligt waren.

Erstens gilt mein Dank den Amerikanern und Europäern, die mich im Mai 1998 nach Deutschland, Frankreich und Norwegen einluden, darunter vor allem Astrid Forland, Chris Prebensen, James Kelman, Michael Saks, Manfred Stinnes, Eva Manske, Caroline Gorse-Combalat und Berit Lagaard von der United States Information Agency. Von dieser Reise sind mir besonders ein Nachmittag, den ich an der Universität von Freiburg verbrachte, ein Vormittag an der Botschaft der Vereinigten Staaten in Paris und ein Essen, zu dem der norwegische Atlantikrat in Oslo einlud, im Gedächtnis geblieben. Von besonderer Bedeutung für den vorliegenden Aufsatz war ein Nachmittag, den ich am Orion Institut in Stavanger verbrachte, im Gespräch mit einer Gruppe von Norwegern und anderen Europäern aller Generationen sowie einer Gruppe von Schülern des dortigen Gymnasiums, deren Beiträge nicht nur sehr intelligent waren, sondern mich auch sehr zum Nachdenken anregten.

Zweitens möchte ich meinen Kollegen – Professoren wie Studenten – am Industrial College of the Armed Forces der National Defense University danken, darunter besonders Col. David Anhalt, USAF, und Cdr. Thomas Strei, USN, neben anderen Personen aus dem hervorragenden Jahrgang von 1998. Man lernt erfreulicherweise immer mehr von den Studenten des ICAF, als man ihnen selbst beibringen kann, und auch von meinen Kollegen innerhalb des Lehrkörpers habe ich enorme Unterstützung erfahren. Im Professorenkollegium gilt mein Dank besonders Gerald Abbott, Steven Kramer, William Mayall, Kenneth Moss, Paul Needham und James Toth. In erster Linie hat jedoch Alan Gropman, der Leiter meiner Fakultät, diesen Aufsatz ermöglicht. Sein begeisterter Einsatz in Forschung und Lehre verdient Bewunderung.

Außerdem möchte ich, wie immer, Michael Clarke, Claire Spencer und Jen Smith am Centre for Defence Studies des King's College in London herzlich für ihr Interesse an meiner Arbeit und für die Freundschaft danken, die sie mir seit meinem ersten Besuch im Jahre 1995 zuteil werden ließen. Bei Professor Michael Clarke, Executive Director des Centre for Defence Studies, King's College, möchte ich mich auch ganz besonders für die Zustimmung zur Publikation der vorliegenden überarbeiteten deutschen Fassung bedanken.²

Schließlich möchte ich ein besonderes Wort des Dankes an Dr. K. Michael Prince richten, einem langjährigen Beobachter der deutschen Szene und Kollegen, dessen kritische Beobachtungen (aus seiner Perspektive als freiberuflicher Schriftsteller in München) und redaktionelle Kommentare mich schon oft auf neue Gedanken gebracht und meine Publikationen bereichert haben.

¹ Dieser Aufsatz gibt ausschließlich die Meinung der Autorin wieder, und nicht die offizielle Politik oder Position der National Defense University, des US-Verteidigungsministeriums oder der Regierung der Vereinigten Staaten. Die englische Version dieses Beitrages wurde vom Centre for Defence Studies, King's College, London, im Juni 1999 veröffentlicht mit dem Titel "The Relevance of American Power: The Anglo-American Past and the Euro-Atlantic Future" (= London Defence Study, 49). Die vorliegende Publikation ist eine aktualisierte, überarbeitete und erweiterte Version der englischen Studie.

² Anke Thanheiser, München, übersetzte den englischen Text ins Deutsche.

Darüber hinaus möchte ich mich auch bei folgenden Personen bedanken:

bei Dr. Reinhard C. Meier-Walser, dem Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München, für die Einladung zum Besuch der Akademie im Februar 2000 und dafür, mit der vorliegenden Publikation einen Beitrag zur Diskussion leisten zu können;

bei Anna Pomian und Barbara Fürbeth von der Hanns-Seidel-Stiftung für ihren professionellen Rat und redaktionelle Unterstützung;

bei Dr. Jürgen Miele, Gründungsdirektor des Washingtoner Büros der HSS, und seiner Gattin Birgit für ein Jahrzehnt der Freundschaft, Gastfreundschaft und kollegialen Unterstützung;

bei Anna Romanski und Jörg Ludwig vom Konsulat der Vereinigten Staaten in München für viele Einladungen nach Deutschland und für professionelle Unterstützung und Freundschaft während mehr als zehn Jahren in Bonn, Berlin und München.

Es versteht sich jedoch von selbst, dass die in diesem Aufsatz erfolgten Analysen und Schlussfolgerungen meine eigenen sind und keine der genannten Personen oder Organisationen dafür Verantwortung trägt.

1. Einführung

1995 schrieb Norman Graebner, einer der größten Historiker internationaler Diplomatie Amerikas, Folgendes in einem Essay:

"For 45 years the Soviet Union give the United States a global role, one amply supported by both the American people and much of the Western World. Behind the country's leadership, unprecedented in modern history, lay not only *an abundance of power*, economic and military, but also *the relevance of that power to the perceived wants of others*. By mid-century the United States possessed more global influence than did Britain in its days of imperial glory. The alignment of Western power and intentions enabled the United States to meet the Soviet challenge on every Cold War front: military, economic, diplomatic and ideological. Containment bought time, time enough for the massive inconsistencies in the Soviet System to undermine it. No American leader at mid-century could have framed a more satisfactory and promising conclusion of the East-West confrontation than that which actually occurred."³

So befriedigend das Ende des Kalten Krieges auch gewesen sein mag, weist die Welt nach dem Kalten Krieg doch eine ganze Reihe von Unzulänglichkeiten auf. Ein Jahrzehnt nach dem Ende der Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten und gleichzeitig an der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert kommen die von Graebner genannten Hauptfaktoren der Führungsrolle Amerikas noch immer zum Tragen: die Annahme, dass Amerika immer ein großes Ausmaß an Macht besitzen wird und dass diese Macht auch für die "angeblichen Bedürfnisse anderer" von Bedeutung ist.

Paradoxerweise verstärken sich diese Faktoren jedoch mittlerweile nicht mehr gegenseitig, sondern werden von zweierlei Gruppen – der amerikanischen Öffentlichkeit und den histori-

³ Norman A. Graebner: America's Receding International Role, in: The Virginia Quarterly Review, Band 71, Nummer 4, Herbst 1995, S.581, Betonung hinzugefügt.

schen Verbündeten der USA zu Zeiten des Kalten Kriegs – zum Anlass für Kritik und Forderungen genommen. Die Amerikaner sind zwar der Ansicht, dass die Macht ihres Staats noch immer für die Belange anderer Bedeutung besitzt. Sie sträuben sich jedoch großen Teils gegen die dem zu Grunde liegende Annahme, dass diese Macht grenzenlos sei, da sie davon ausgehen, dass andere die durch die Vereinigten Staaten gebotene Sicherheit für ihre Zwecke ausnützen. In Europa sieht man die Situation oft aus dem entgegengesetzten Blickwinkel. Die verbündeten Staaten ziehen die Bedeutung der Macht Amerikas für ihre Belange in der Welt nach dem Kalten Krieg in Zweifel, scheinen jedoch gleichzeitig davon auszugehen, dass die Vereinigten Staaten auch weiterhin bereit und dazu in der Lage sein werden, wie zu Zeiten der sowjetischen Bedrohung ihre Macht schützend über sie zu halten, ganz egal, welche Politik sie selbst verfolgen.

Beide Einschätzungen bedürfen der Untersuchung. Besitzt Amerika noch immer so viel Macht? Hat diese Macht Bedeutung für die Angelegenheiten der verbündeten Staaten und trägt sie den eigenen Belangen und Bedürfnissen der Vereinigten Staaten Rechnung? Die lautstärksten Angriffe auf die amerikanische Sicherheitspolitik kommen oft aus den Lagern, die sie, oberflächlich betrachtet, am stärksten unterstützen sollten. Woran liegt das? Kann die globale Rolle des Landes diese Angriffe in der Form überstehen, dass die Vereinigten Staaten mit der Fähigkeit ins neue Jahrhundert gehen, sie selbst in die Hand zu nehmen und neu zu prägen, anstatt nur auf Drohungen und Herausforderungen zu reagieren?

2. Die dritte Phase amerikanischer Sicherheitspolitik

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 betrat die Sicherheitspolitik⁴ der Vereinigten Staaten absolutes Neuland. Zum zweiten Mal in seiner Geschichte stand der Staat vor der schwierigen Aufgabe, seine Weltsicht und seine Position innerhalb dieses Weltgefüges neu zu definieren sowie zu überdenken, welches Bild die politische Führung Amerikas den Bürgern von der Rolle der Vereinigten Staaten vermitteln sollte. Die Bedeutung dieses Wendepunktes wurde vielerorts nicht erkannt, doch wenn man verstehen möchte, vor welcher Aufgabe die amerikanischen Entscheidungsträger stehen, muss man sich dessen bewusst werden. Die Zögerlichkeit, die die Führung der Vereinigten Staaten beispielsweise darin an den Tag legt, eine breite öffentliche Debatte über die Zukunft der NATO zu beginnen, ist ein Symptom für die Befürchtung, dass eine Untersuchung der bekannten Institutionen des Kalten Kriegs – sowie der amerikanischen Führungsrolle innerhalb dieser Institutionen – eine Büchse der Pandora öffnen würde, die die Aufschrift "Neo-Isolationismus" trägt.

⁴ Für einen Amerikaner, der sich an eine größtenteils europäische Leserschaft wendet, ist die Neudefinition (und Einengung) des Begriffs "Sicherheitspolitik" durch die Europäische Union (EU), d.h. die begriffliche Abspaltung klassischer Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, problematisch. Ich gehe davon aus, dass die meisten amerikanischen Kommentatoren die europäische Neudefinition nicht übernehmen werden; das gilt zumindest für meine Person. (Vielen mag sie gar nicht bewusst sein, immerhin wirft sie einige interessante Fragen auf und stiftet somit Verwirrung). Der Begriff "Sicherheitspolitik", wie er im vorliegenden Essay gebraucht wird, ist in seinem älteren, weiter gefassten Wortsinn zu verstehen, sodass er die klassischen Aktivitäten der Außen- und Sicherheitspolitik umfasst: die Diplomatie und die Anwendung (oder Androhung) von Gewalt. Beatrice Heuser drückte es in ihrem Aufsatz "European Security and Defence Policy at the Intergovernmental Conference" (Washington D.C., Dezember 1995, S.2-3) sehr treffend aus: "It is nonsensical to define security as something that does not include security against military aggression, and it is equally nonsensical, in my view, to talk about a security policy that does not comprise the means for self-defence. ... [S]ecurity policy is defined here as one in which different tools – from economic aid and trade incentives to political pressure and indeed the use of military force in response to aggression ..., or at least its credible threat – can be applied in a concerted fashion to achieve the desired result." Dem schließe ich mich an.

Warum? Seit der Gründung der Republik hatte die US-Sicherheitspolitik bis zum Beginn der dritten Phase im Jahre 1991⁵ nur zwei Phasen durchlaufen. Die erste Phase dauerte 150 Jahre, die zweite etwa ein halbes Jahrhundert. Der Wendepunkt zwischen diesen beiden Phasen lässt sich an der Erschütterung über die Ereignisse der Jahre 1940/41 das und besaß die größte Bedeutung dem Zusammenbruch der französischen Streitkräfte und des französischen Staatswesens unter dem Druck des deutschen Angriffs, der an einem seidenen Faden hängenden Verbindung zu Großbritannien, das dem Dritten Reich unilateral Widerstand bot bis zum Angriff Japans auf Pearl Harbor – festmachen. Während dieser 18 Monate stellte sich heraus, dass die Annahmen, auf denen die amerikanische Sicherheitspolitik jahrzehntelang gefußt hatte, zu gefährlichen Fehleinschätzungen geworden waren. So begannen die Vereinigten Staaten, diese Fehleinschätzungen eine nach und nach über Bord zu werfen, zuerst im Zweiten Weltkrieg, dann während des Kalten Kriegs.

Diese Annahmen waren jedoch ursprünglich auf Grund der geopolitischen Realität entstanden, wobei drei davon für die erste Phase amerikanischer Sicherheitspolitik ausschlaggebend waren:

- der Schutz, den die junge Republik im Hinblick auf die damals zur Verfügung stehende militärische Technologie durch ihre Lage zwischen zwei Weltmeeren genoss,
- die andauernden Rivalitäten zwischen den Kontinentalmächten Europas sowie Großbritanniens anhaltendes Interesse daran zu verhindern, dass einer dieser Staaten eine Vormachtstellung auf dem Kontinent erreichen würde, und schließlich
- die Entschlossenheit und Fähigkeit Großbritanniens –und das besaß die größte Bedeutung–, ein weltweites System des freien Handels und der Seefahrt aufrecht zu erhalten, was wiederum den Vereinigten Staaten zu einem immensen kostenlosen Vorteil gelangte.

Die Vereinigten Staaten waren, wie Walter Russell Mead schrieb, in diesen Jahren "a free rider in the British world system".⁶ In den 35 Jahren, die dem Sieg der Unionisten in Gettysburg und in Vicksburg folgten – was der Spielerei Londons mit dem Gedanken an eine diplomatische Anerkennung der Konföderation ein Ende setzte –, bis zu den Siegen Amerikas über die Spanier in Kuba und auf den Philippinen im Jahre 1898 – die die anti-kolonial eingestellte Republik selbst zur Kolonialmacht⁷ aufsteigen ließen – erkannten Amerika und Großbritannien langsam die Kongruenz ihrer Interessen.

Der erste Weltkrieg gab wenig Anlass dazu, die amerikanische Sicherheitspolitik zu überdenken. Wie es Woodrow Wilson im Jahre 1919 misslang, einen innen- und außenpolitischen Konsens zu erreichen, um die Mitgliedschaft seines Landes im Völkerbund zu sichern, muss

⁵ Die strategische Gleichung der Vereinigten Staaten verschob sich nicht durch die Öffnung der Berliner Mauer im Jahre 1989 oder die Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990, sondern durch das Auseinanderbrechen der Sowjetunion und Moskaus daraus folgenden Verlust der Fähigkeit, militärische Macht zu mobilisieren und auszuüben sowie einen weltweiten ideologischen Einfluss zu nehmen.

⁶ Walter Russell Mead: *Lucid Stars: The American Foreign Policy Tradition*, in: *World Policy Journal*, Band XI, Nummer 4, Winter 1994/95, S.7.

⁷ Eine Entwicklung, die Henry Adams gleichermaßen erstaunte wie entzückte. Über das Jahr 1898 schrieb er, er sei "perhaps the only person living who could get full enjoyment of the drama. He carried every scene of it, in a century and a half since the Stamp Act, quite alive in his mind – all the interminable disputes of his disputatious ancestors as far back as the year 1750 – as well as his own insignificance in the Civil War ... [A]s he sat at [Ambassador to London John] Hay's table, listening to any member of the British Cabinet, for all were alike now, discuss the Philippines as a question of balance of power in the East, he could see that the family work of a hundred and fifty years fell at once into the grand perspective of true empire-building, which Hay's work set off with artistic skill", in: *The Education of Henry Adams*, Boston 1971, S.362-363.

nicht noch einmal geschildert werden. Dies war auch nicht die größte Fehleinschätzung der Vereinigten Staaten. Diese bestand vielmehr in der Unwilligkeit oder sogar Unfähigkeit der Nation, die Annahmen zu überprüfen, auf denen ihre Verteidigung aufgebaut war.

Dazu hätte so mancher Grund bestanden: die im Ersten Weltkrieg offenbarten neuen Technologien moderner Kriegsführung, vor allem der Einsatz von Flugzeugen und U-Booten, die Gründung der Sowjetunion, der Zusammenbruch von vier Weltreichen und die Zerstörung des Mächtegleichgewichts auf dem europäischen Kontinent und die übermäßige Ausdehnung der politischen Verpflichtungen Großbritanniens im Vergleich zu den London zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Mitteln. Wie Paul Kennedy schrieb, war Großbritannien "an overstretched global empire (...) still controlling one-quarter of the globe, but with only 9 to 10 percent of its manufacturing strength and ,war potential". Während der 20er-Jahre galt für die Vereinigten Staaten jedoch, dass sie "a larger output than that of the other six Great Powers taken together" produzierten, während das amerikanische Volk allerdings "decidedly rejected a leading role in world politics, with all the diplomatic and military entanglements which such a posture would inevitably produce".⁸ Die Amerikaner sehnten sich nach "Normalität", einer Rückkehr zu der geostrategischen Position, die sie ein Jahrhundert lang eingenommen hatten. Terry Diebel schrieb: "The merely fortuitious came to be seen as permanent, and when conditions changed at the turn of the century, policies did not."⁹

Als 1939 erneut der Krieg in Europa ausbrach, waren die Amerikaner auf den Verlauf, den der Konflikt innerhalb weniger Wochen im Mai und Juni des Jahres 1940 nahm, nicht vorbereitet. Die rasche Eroberung der Niederlande, der Verlust der Häfen am Ärmelkanal für die Briten, die Evakuierung des britischen Expeditionskorps aus Dünkirchen und der Zusammenbruch des französischen Staatswesens machten allen Illusionen, dass es zu einer Wiederholung der Situation von 1914 kommen würde, den Garaus. Der deutsche Vormarsch auf Paris wurde durch keine Marne-Schlacht aufgehalten; an der Westfront kam es zu keinem Stillstand, sondern zu einem entscheidenden deutschen Sieg. 1940 existierte darüber hinaus gar keine Ostfront. Großbritannien versuchte sich mit schwindenden Kräften allein den Angriffen der deutschen Luftwaffe zu erwehren und war nicht im Stande, alles herzustellen oder zu kaufen, was es für die Verteidigung seiner Inseln und der Seewege, von denen auch Amerika abhängig, benötigte.

Unter den gegebenen Umständen führte Franklin Roosevelt eine bahnbrechende Neuerung in der amerikanischen Sicherheitspolitik ein. Er tauschte amerikanische Zerstörer gegen britische Basen in der Karibik, führte die Wehrpflicht zu Friedenszeiten ein, ersann das Leih-Pacht-Abkommen und entsandte amerikanische Zerstörer als Geleitschutz für Schiffsverbände in den Nordatlantik. Roosevelts Maßnahmen "began a campaign of popular education to awaken the nation to international dangers".¹⁰ Mit der geografisch bedingten Sicherheit und

⁸ Paul Kennedy: *The Rise and Fall of the Great Powers*, New York 1987, S.316, 320, 328: "The strategical ambivalence of the British, Janus' was centuries old, but what was altogether more frightening was that it now had to be carried out with a much weakened industrial base. ... Britain's share of global commerce continued in a downward trend, from 14.5 percent (1913) to 10.5 percent (1929) to 9.8 percent (1937). Moreover, the invisible earnings from shipping, insurance, and overseas investment, which for over a century had handsomely covered the *visible* trade gap, no longer could do so; by the early 1930s, Britain was living on its capital."

⁹ Terry L. Diebel: *Strategies Before Containment: Patterns for the Future*, in: *International Security*, Band 16, Nummer 4, Frühjahr 1992, S.81.

¹⁰ Arthur Schlesinger, Jr.: *Back to the Womb? Isolationism's Renewed Threat*, *Foreign Affairs*, Band 4, Nummer 4, Juli/August 1995, S.4. Für Schlesinger war "the debate between interventionists and isolationists in 1940-41 the most savage national debate of my lifetime – more savage than the debate over communism in the late 1940s, more savage than the debate over McCarthyism in the early 1950s, more

dem Mächtegleichgewicht in Europa war es vorbei, und das Durchhaltevermögen des britischen Löwen hing klar von der Mobilität des amerikanischen Adlers ab. So überlebte keine einzige der Annahmen, die die Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten über ein Jahrhundert lang geprägt hatten, das Jahr 1940.

Mit seinen Maßnahmen läutete Roosevelt die zweite Phase amerikanischer Sicherheitspolitik ein, die sich innerhalb eines Jahrzehnts, von 1940 bis 1950, herab bildete. Die dieser Phase zu Grunde liegenden Annahmen, die von 1941 bis 1991 50 Jahre lang zu Zeiten des Krieges und des Kalten Krieges Gültigkeit besaßen, waren das Gegenteil derer, die die erste Phase geprägt hatten: Großbritannien besaß nicht mehr die Mittel, um die weltweit tragende strategische Rolle zu spielen, von der die Vereinigten Staaten bis 1940 profitiert hatten; ein Mächtegleichgewicht auf dem europäischen Kontinent konnte sich nur unter dem aktiven Eingreifen der Vereinigten Staaten einstellen, die erst das nationalsozialistische Deutschland besiegte und dann die Hegemonie-Pläne der Sowjets durchkreuzte hatten; und schließlich boten auch die beiden Weltmeere keine Unverwundbarkeit mehr. Der Prozess, im Zuge dessen die Amerikaner erkannten, dass die Revolution in der militärischen Technologie, die Großbritannien stark angeschlagen hatte, auch an den Vereinigten Staaten nicht spurlos vorübergehen würde, nahm mit dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor im Dezember 1941 seinen Ausgang. Aspekte dieser Revolution waren Flugzeugträger, Atomwaffen, Langstreckenbomber und schließlich auch Interkontinentalraketen.

Was die Entscheidungsträger Amerikas in den Jahren 1947 bis 1949 in dem Maße entschlossen machte, wie sie auch die Verwundbarkeit Großbritanniens gegenüber der Bedrohung durch Deutschland in den Jahren 1940 und 1941 zum Handeln bewogen hatte, waren jedoch nicht diese neuen Technologien, sondern das Zusammentreffen von Großbritanniens schwindender Macht mit Moskaus Versuch, eine Vormachtstellung innerhalb Europas einzunehmen. Einerseits stellte der Beginn des Kalten Kriegs für die Verantwortlichen in der US-Außen- und Sicherheitspolitik eine enorme, einzigartige Herausforderung dar, da sie nun plötzlich Wissen über Teile der Welt erwerben mussten, in denen die Vereinigten Staaten vor dem Zweiten Weltkrieg nur eine geringe Rolle gespielt hatten und versuchen mussten, ihre Macht zum Schutz dieser Gebiete auszudehnen. Andererseits bot sich ihnen jedoch auch eine großartige Gelegenheit, wie Schlesinger schrieb, "the resurgence of isolationism so much feared by Roosevelt and [Secretary of State] Hull" zu verhindern. Die Regierungen Truman und Eisenhower "bound the United States to the outside world in a way isolationists, in their most pessimistic moments, could hardly have envisaged", auf Grund dessen, was man als "the direct and urgent Soviet threat to the security of the United States" ansah.¹¹

Und so wies die zweite Phase amerikanischer Sicherheitspolitik vor allem das folgende Charakteristikum auf: die Abwesenheit einer dritten Macht, die willens und in der Lage war, eine Weltordnung im Sinne der Vereinigten Staaten durchzusetzen, in Kombination mit einer Macht, die aktiv drohte, eine Weltordnung einzuführen, die für die Vereinigten Staaten nicht akzeptabel war – zuerst Deutschland, dann die Sowjetunion.¹² Bezüglich des internen Dialogs

savage than the debate over Vietnam in the 1960s". Diese Debatte, so schrieb er, war geprägt durch "an inner fury that tore apart families, friends, churches, universities and political parties."

¹¹ Ibid., S.5.

¹² Damit soll nicht die Bedeutung des kaiserlichen Japans und der Volksrepublik China als Mächte, die amerikanische Interessen reell oder vermeintlich bedrohten, herabgesetzt werden. Dies dient nur der Betonung der Tatsache, dass die Bedrohung durch Deutschland und durch die Sowjetunion zusammen mit dem Machtverlust Großbritanniens ausreichte, um den Wandel in der US-Sicherheitspolitik von 1940 bis 1950 hervorzurufen.

über die amerikanische Sicherheitspolitik wurden die Folgen erst im Nachhinein erkannt: Kein US-Präsident von Franklin Roosevelt bis Ronald Reagan musste je eine aktive politische und militärische Rolle der Vereinigten Staaten auch in Abwesenheit einer deutlichen akuten Gefahr, der jedoch nur die Vereinigten Staaten begegnen konnten, rechtfertigen.

Während der gesamten Zeitspanne des Kalten Krieges (und auch während des Zweiten Weltkrieges) kam es immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Exekutive, Unruhen im Kongress, Dissens bei den Medien und öffentlicher Unzufriedenheit über eine Reihe von Aspekten der nationalen Sicherheitspolitik, oft über das Thema der Lastenverteilung zwischen den formellen und informellen Bündnispartnern. Doch immer wenn solche Debatten drohten, sich zu verselbständigen, hielten die einzelnen aufeinander folgenden Regierungen für ihre Kritiker eine einfache, aus einem Wort bestehende Antwort bereit: Berlin; dann, über einen viel längeren Zeitraum: Moskau. Die Konzentration auf die Bedrohung durch diese beiden Mächte rückte immer wieder alles in die rechte Perspektive. Diebel schrieb: "By providing a widely perceived threat of overwhelming proportions, the Cold War made the most important strategic choices for us. ... [O]nly the Carter administration publicly called for refocusing American national security strategy away from the Soviet threat, and its experience provided ample if perverse evidence of the power of that threat as a central organizing principle."¹³

In der dritten Phase amerikanischer Sicherheitspolitik, die 1991 begann, hat sich im Vergleich zu den vergangenen 50 Jahren nur eine Annahme verändert, jedoch die entscheidende, von der alles andere abhängt: Die Bedrohung durch das Hegemoniestreben eines Einzelstaates, die große Teile des 20. Jahrhunderts geprägt hatte, "the fear of forceful domination on a global scale"¹⁴, die allgegenwärtig gewesen war, seit sich die Vereinigten Staaten im Sommer 1940 mit den möglichen Folgen eines Sieges über Großbritannien durch Deutschland auseinandersetzen mussten, besteht nicht mehr. Die Ereignisse des Jahres 1991 machten Ronald Reagan zum ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten seit Franklin Roosevelt in seiner ersten Amtszeit, der sich nicht mit einem Gegner, der das Überleben Amerikas bedrohte, auseinandersetzen musste.

All das hat weit reichende Konsequenzen für zwei der wesentlichen, von der amerikanischen Sicherheitspolitik betroffenen Parteien: für das amerikanische Volk und für die Verbündeten und Partner der USA im Ausland. Solange die Vorzüge der weltweiten Führungsrolle durch die Vereinigten Staaten im Vergleich zu den Alternativen, die Berlin oder Moskau boten, klar auf der Hand lagen, waren die Parteien bereit, die Kosten dieses Arrangements zu tragen. Doch in einer Welt, in der diese Alternativen nicht mehr existieren, hat die "American constituency", um mit Graebners Worten zu sprechen, begonnen, die Machtfülle der Vereinigten Staaten zu hinterfragen, und die "external constituency" hegt Zweifel an deren Bedeutung. Die geäußerten Kritikpunkte verstärken sich gegenseitig, und beide Gruppen verfolgen dabei instinktiv dasselbe Ziel: am Stuhl der Vereinigten Staaten als weltweit führende Macht zu sägen, wenn auch aus völlig unterschiedlichen Gründen. Leider hat aber keine der beiden Parteien eine genaue Vorstellung, wie diese Führungsrolle ersetzt werden soll oder welche Folgen ihre Abschaffung eigentlich hätte.

¹³ Diebel, S.81.

¹⁴ Ibid., S.80.

3. Neo-Isolationismus und innenpolitische Unzufriedenheit

Das angebliche Sehnen der Amerikaner nach einer Rückkehr zur vermeintlich isolationistischen Vergangenheit ihrer Nation ist die in der außenpolitischen Diskussion der USA nach dem Ende des Kalten Krieges wohl am meisten debattierte Frage. Die Mehrheit der Autoren trifft jedoch entweder keine oder sehr unterschiedliche Definitionen für den historischen "Isolationismus" und den heutigen "Neo-Isolationismus". Walter Russell Mead betont: "... the myth of Virtuous Isolation ... was a historical travesty. The United States was not a hermit kingdom before the Cold War."¹⁵ Mead argumentiert wie folgt:

"[F]oreign policy played a much more central role throughout American history than the Cold War Myth would have it. The leading statesmen of the United States devoted, if anything, more of their attention to foreign policy questions before and during the Civil War than they did during the Cold War itself. ... The prosperity and happiness of the average American family was visibly tied to the successful conduct of American foreign policy. ... From 1869 to 1893, foreign trade accounted for 13.4 percent of GNP, compared to 7.3 percent for the period from 1948 to 1957. Virtually every presidential administration from Washington's to Wilson's sent American forces abroad or faced the possibility of war with a great European power. ... The objects of these threats were not limited to the Western Hemisphere; American fighting forces were found in every ocean and on every continent during this time of supposed isolation and innocence."¹⁶

Terry Diebel bestätigt, dass Isolationismus nicht mit dem Streben der Amerikaner nach einem schwunghaften Überseehandel einhergehen konnte, behauptet andererseits jedoch, dass er in Form einer gewissen "politischen Distanz" bestanden habe:

"[I]solationism especially meant a determined non-commitment, a refusal to make advance promises in security matters that might detract from the nation's absolute freedom of action. Non-commitment was reinforced by a strong pacifist element, and by the view that the casualties resulting from foreign wars could accomplish nothing of real value for U.S. interests. [I]solationism was long popular with Americans because it worked. Staying out of other nation's troubles and taking advantage of what George Washington called, our detached and distant situation' was a realistic strategy when *risks from overseas threats were slight and foreign affairs costs had to be kept low while the nation invested its growing resources in domestic development.*"¹⁷

Von der Situation des Jahres 1992 ausgehend argumentiert Diebel, dass "with critical domestic needs demanding attention, multiple pressures combine toward a policy of self-interest that some label 'neo-isolationist'".¹⁸ Geht man von Diebels Definition des Isolationismus aus, würde eine solche Politik wiederum "advance promises in security matters" vermeiden, um "the nation's absolute freedom of action" zu erhalten, doch wenn dem so ist, dann ging die amerikanische Sicherheitspolitik während der 90er-Jahre in die entgegengesetzte Richtung, vor allem im Hinblick auf die Erweiterung der NATO.

¹⁵ Mead, S.7.

¹⁶ Ibid., S.8-10.

¹⁷ Diebel, S.92. Die durch Kursivschreibung markierte Passage könnte ebenso gut eine Stellungnahme der Europäischen Union zu ihrer heutigen strategischen Lage sein.

¹⁸ Ibid., S.93.

Robert Tucker schließlich behandelt den Isolationismus im Kontext mit "the themes of engagement and withdrawal, themes that have formed enduring characteristics of the American outlook on the world" und schließt daraus, dass "in the relatively benign international system of the nineteenth century, ... a policy of isolation responded to the nation's needs and served it well".¹⁹ Er trifft wohl für das Verständnis dessen, wie sich die Amerikaner und ihre politische Führung noch immer als Isolationisten sehen konnten, auch wenn sich die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes an der Schwelle zum 20. Jahrhundert nach Übersee erstreckten, die wichtigste Unterscheidung:

"That expansion had occurred in this hemisphere, as well as in the Pacific and East Asia, not in Europe. And while it inevitably brought the United States into greater contact with the European powers, this was not the same thing as greater contact – or entanglement, to use a more evocative term – with Europe and its politics. *It was America's detachment from Europe and its politics, however, that above all defined the nation's policy of isolation.*"²⁰

Laut Tuckers Argumentation erklärt diese Definition die Unterscheidung, die Woodrow Wilson zwischen "Isolation" und "Neutralität" traf, sodass es für den Präsidenten möglich wurde, dass die Vereinigten Staaten zu Beginn des Ersten Weltkrieges zwar ihre Isolation aufgaben ("detachment from Europe and its politics"), nicht aber ihre Neutralität. Washington wandte sich als "a disinterested party that could speak 'on behalf of humanity' and that, accordingly, could mediate a peace without victory ..." an Europa. Auf Grund dieser Unterscheidung setzte Wilson nicht "the abandonment of isolation with the acceptance of the prospects – alliances and war" gleich, "which such abandonment would normally be considered to hold out". So betrachtet würden die Vereinigten Staaten eine internationale Führungsrolle bekleiden, jedoch nicht, weil sie die größte Militärmacht der Welt darstellten (das war nicht der Fall), "but because it was the world's only disinterested power".²¹

Tuckers Diskussion dessen, wie die historische amerikanische Isolation bzw. der Isolationismus erstmalig fallen gelassen wurde, ist nicht nur im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg von Interesse, sondern liefert auch eine wichtige Erklärung für die Erwartungen, die die Amerikaner selbst weiterhin an ihre Sicherheitspolitik richten. Tucker spricht von vier Elementen mit anhaltender Bedeutung. Erstens konnte man nur im Zusammenhang mit einer Einmischung in die Politik Europas von Isolation sprechen, nicht in Bezug auf wirtschaftliche oder politische Aktivitäten an anderen Orten der Welt, sei es im Alleingang oder zusammen mit den europäischen Mächten. Zweitens sahen die Amerikaner auch nach ihrer "Verstrickung" in die europäische Politik nach 1940/41 ihre "Neutralität" nicht als aufgegeben an, das heißt, ihre Rolle als "ehrlicher Vermittler" oder als "nicht interessierte Macht". Drittens konnte Amerika auf Grund dieses Desinteresses einen einzigartigen Anspruch auf die Führungsrolle in jeglicher internationaler, multilateraler Unternehmung, an der sie teilnahmen, anmelden; und viertens blieb den Vereinigten Staaten für den Fall, dass diese Führungsrolle "by a world that resisted reformation" in Zweifel gezogen werden sollte, die Option, zu den Vorzügen einer "policy of isolation, with its corollary of unilateralism (the free hand)" zurückzukehren. Die Verpflichtung Amerikas dem Multilateralismus gegenüber hing von Partnern ab, die die Führungsrolle der USA bestätigten und gleichermaßen anerkannten, dass das

¹⁹ Robert W. Tucker: The Triumph of Wilsonianism?, in: World Policy Journal, Band X, Nummer 4, Winter 1993/94, S.85-86.

²⁰ Ibid., S.86, Betonung hinzugefügt.

²¹ Ibid., S.87-88.

"old system"²² der Diplomatie zwischen Monarchen und des Kriegs als Instrument nationaler Politik der Reform bedurfte.

Diese vier Elemente sollten genau betrachtet werden.²³ Als Selbstporträt Amerikas hatten sie einen immensen Einfluss auf den innenpolitischen Konsens, durch den die Verpflichtungen der Vereinigten Staaten in Übersee während des Kalten Krieges aufrecht erhalten werden konnten. Tucker argumentiert, dass die USA die Nordatlantische Allianz im Jahre 1949 unter Beachtung der "dictates and practices of the old diplomacy" ins Leben riefen, was zwar bedeutete, dass die Mittel Wilsons aufgegeben wurden, nicht aber seine Ziele.²⁴ In gewisser Hinsicht stimmt dies natürlich; die Vereinigten Staaten warfen ihr wirtschaftliches und militärisches Gewicht in die europäische Waagschale, um die Sowjetunion davon abzuhalten, eine Vorherrschaft auf dem Kontinent einzurichten. Im Ost-West-Kontext wurde Amerika so zum Faktor im alten Spiel um das Mächtegleichgewicht. Doch von innen betrachtet, sah das westliche Bündnis anders aus. Im West-West-Kontext waren die Vereinigten Staaten wirklich ein ehrlicher Vermittler, und unter ihrer Führung veränderte sich das System Europas so weit, dass es im Vergleich zu 1939, 1914 oder 1870 nicht mehr wieder zu erkennen war.

Das soll nun auf keinen Fall heißen, dass die Entwicklung des heutigen "Europas" aus der 1950/51 gegründeten Montanunion allein Verdienst der Vereinigten Staaten wäre. Woodrow Wilson war nicht der einzige Staatsmann, der erkannt hatte, dass die europäische Politik und die Beziehungen der Staaten untereinander einer radikalen Reform bedurften. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg verfügten Politiker wie Robert Schumann und Konrad Adenauer endlich über eine Wählerschaft, die Reformen unterstützte, an denen Aristide Briand und Gustav Stresemann in den 20er-Jahren gescheitert waren. Die "europäische Idee" entstand auch wirklich in Europa, doch der Umstand, dass sie die Zeit hatte, Wurzeln zu schlagen und zu gedeihen, ist größtenteils der Politik Amerikas zu verdanken.

Zwanzig Jahre bevor die europäische Idee wirklich begann, sich fortzuentwickeln, das heißt in den 50er-Jahren, sorgten die Vereinigten Staaten in erster Linie für die Bildung neuen Vertrauens in Westeuropa. So konnten die Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland mit deren wachsenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kapazitäten umgehen²⁵, und alle Staaten Westeuropas (auch die neutral gebliebenen) den Großteil ihrer Ressourcen darauf verwenden, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, anstatt wieder gegen die Sowjetunion oder ein wieder erstarkendes Deutschland aufrüsten zu müssen. Diese Errungenschaften werden heute für so selbstverständlich angesehen, dass sich niemand fragt, welche Auswirkungen es auf die Politik Amerikas gehabt hätte, wenn es den Westeuropäern nicht gelungen wäre, ihre Beziehungen untereinander im Verlauf der 50er-Jahre wieder ins Lot zu bringen.

Die westeuropäische Erfolgsgeschichte ist in diesem Zusammenhang wichtig, denn daraus lässt sich ablesen, was die Amerikaner von den Verpflichtungen erwarten, die ihr Land nach außen eingeht: Werden US-Ressourcen eingesetzt, erwarten sich die Amerikaner einen Wandel hin zum Besseren als Ergebnis. Jahrzehntlang bestand diese Verbesserung in Europa

²² Ibid., S.88-90.

²³ Die Untersuchung der Erwartungen der Amerikaner ist nicht so aufzufassen, dass Tucker mit all meinen Schlussfolgerungen für die gegenwärtige sicherheitspolitische Debatte einverstanden wäre. Ich möchte nur betonen, dass seine historischen Informationen eine wichtige Grundlage für meine Schlüsse waren.

²⁴ Ibid., S.93-94.

²⁵ Womit auch die ursprünglichen Ziele der NATO und Lord Ismays Bestreben, "to keep the Americans in, the Russians out and the Germans down" Lügen gestraft wurden, denn genau aus dem Grund, nämlich dass die Amerikaner da waren, wurde der Wiederaufbau Deutschlands möglich.

darin, dass die Westeuropäer untereinander keinen Krieg mehr führten, was in engem Zusammenhang mit der Verankerung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland stand. In den friedlichen, demokratischen Revolutionen, die von 1989 bis 1991 von Ostberlin bis Moskau stattfanden, sahen die Amerikaner eine noch viel erstaunlichere Verbesserung als Lohn für 40 Jahre US-Sicherheitspolitik.

Das Zusammenspiel dieser beiden Veränderungen – die evolutionäre Bewegung in Richtung einer wirtschaftlichen und politischen Union im Westen und der Zusammenbruch des Warschauer Pakts sowie der Sowjetunion im Osten – hat den Kontext grundlegend verändert, innerhalb dessen die Amerikaner sich einverstanden erklärt hatten, "an abundance of power, economic and military"²⁶ einzusetzen, um ihre eigene Sicherheit durch den Schutz der Sicherheit Westeuropas zu gewährleisten. Die heutige Situation könnte sich von der Lage im ersten Jahrzehnt nach dem Sieg in Europa, als sich der strategische Kontext durch die Bedrohung eines wirtschaftlich schwachen Europas durch eine militärisch starke Sowjetunion definierte, nicht stärker unterscheiden. Im Vergleich zum ersten Jahrzehnt des Kalten Krieges hat sich die Lage heute ins Gegenteil verkehrt: Ein wirtschaftlich starkes Europa steht nunmehr vor einem militärisch geschwächten Russland.

Eine Folgeerscheinung dieses neuen Kontextes ist natürlich, dass die amerikanische Öffentlichkeit von ihrer politischen Führung erfahren möchte, welche Maßnahmen nun zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit getroffen werden müssen. Diese Entwicklung ist weder überraschend noch illegitim; es wäre im Gegenteil sehr seltsam und beunruhigend, wenn sie sich nicht eingestellt hätte. George Kennan schrieb: "A democratic government ... is an agent, not a principal. It is only a representative of others. [I]t speaks ... for the people of the country. It cannot play fast and loose with their interests."²⁷

In ihrem Anspruch auf die Beantwortung ihrer Fragen hat die Öffentlichkeit zwei historische Bezugspunkte: die erste Phase amerikanischer Sicherheitspolitik, geprägt durch die weltweite Führungsrolle Großbritanniens und die vorteilhafte geografische Lage der Vereinigten Staaten; und die zweite Phase, in der "the fear of forceful domination on a global scale" und die schwindende Macht Großbritanniens die Vereinigten Staaten dazu veranlassten, selbst die Rolle einzunehmen, die Großbritannien bis dahin gespielt hatte. Daher ist es nun, in der dritten Phase amerikanischer Sicherheitspolitik, nicht verwunderlich, wenn die Amerikaner manchmal wehmütig auf ihre Geschichte zurückblicken, auch wenn sie sich gewiss keine Hoffnungen machen, ihren geografischen Vorteil jemals wiedererlangen zu können.

Obwohl also allgemein bekannt ist, dass die Amerikaner sehr zum Isolationismus neigen, berichtete die International Herald Tribune im Juni 1998 das genaue Gegenteil. Sie zitierte aus Studien der Universität von Maryland und des American Enterprise Institute über das Stimmungsbild in der amerikanischen Öffentlichkeit: "The American public has been 'very, very consistent for a long time' in its views – consistently internationalist, if reluctantly so". Laut dem Zeitungsartikel zeigten Meinungsumfragen, dass "public backing for an active U.S. role has remained steady at about two-thirds since shortly after World War II".²⁸

²⁶ Graebner, siehe Fußnote 3.

²⁷ George F. Kennan: On American Principles, in: Foreign Affairs, Band 74, Nummer 2, März/April 1995, S.120.

²⁸ Brian Knowlton: If U.S. looks inward, Than Who's to Blame?, in: Herald Tribune, 18.6.1998; Ders.: American Take a Wordly View, in: International Herald Tribune, 19.6.1998. Die Zeitungsartikel berichteten über eine Reihe von Entwicklungen, aus denen eine "increasing awareness of the interconnected nature of the world and pragmatic efforts of Americans not to be left behind" hervorging, darunter auch statistische

Die schwierigere und dringlichere Frage, die der amerikanischen Öffentlichkeit nun auf den Nägeln brennt, leitet sich nicht aus der ersten, sondern aus der zweiten Phase der Sicherheitspolitik ab. Ende der 40er und Anfang der 50er-Jahre wurden die Amerikaner informiert, dass die Gefahr, die den Vereinigten Staaten von der Sowjetunion drohte, in direktem Zusammenhang mit der Schwäche Westeuropas stand. Die Wirtschaftshilfeprogramme und die Sicherheitspolitik wurden im Land unterstützt, da man annahm, dass die Nationen Westeuropas, wenn sie sich erst einmal wieder erholt hatten, nicht nur die Last ihrer Verteidigung wieder selbst auf sich nehmen würden, sondern auch – wie sie es früher getan hatten – eine grundlegende, dauerhafte Rolle im Erhalt einer für alle Staaten akzeptablen Weltordnung spielen würden. Nun stellt die amerikanische Öffentlichkeit – vor allem jedoch die politische Führung im Kongress – fest, dass die Europäer dieser impliziten Forderung nicht nachgekommen sind. Die *International Herald Tribune* berichtete: "Americans want to be sure the burdens of leadership are equitably shared."²⁹

Die Europäer können eine Reihe von Statistiken über das Ausmaß ihrer Wirtschaftshilfeprogramme, die Kosten der deutschen Wiedervereinigung, die Beihilfen zum Wiederaufbau im ehemaligen Jugoslawien, Finanzhilfen an Russland und die ehemaligen Sowjetrepubliken und zahlreiche Initiativen zur Stabilitätsförderung in den Mittelmeeranrainerstaaten vorweisen. Dazu kommen die beachtlichen (wenn auch sinkenden) Verteidigungsbudgets mehrerer europäischer Staaten. All das stimmt natürlich, doch all dies geht an den Erwartungen der Amerikaner vorbei. Ihnen geht es weder um nationale Verteidigung noch um zivile Hilfsprogramme, sondern darum, dass militärische Macht zur Geltung gebracht wird, wie es Großbritannien einst tat, um den freien Welthandel und die Freiheit der Weltmeere aufrecht zu erhalten. In diesem Punkt haben die Amerikaner Recht: Die Vereinigten Staaten tragen heute die Last der Rolle dieser Militärmacht, während die europäischen (und andere) Staaten die Vorzüge dieser Situation genießen, so wie früher die Amerikaner die Nutznießer des Schutzes durch Großbritannien waren, für den die britischen Steuerzahler aufkommen mussten.

Europa hat nur zwei Möglichkeiten, auf diesen Vorwurf seitens der Amerikaner zu reagieren. Einerseits könnte es zu verstehen geben, dass es nie zu einer gerechten Verteilung der Lasten dieser Führungsrolle kommen wird und die Amerikaner sich damit abfinden sollten, dass andere nur zu gerne von dem profitieren, was die Vereinigten Staaten schon in ihrem ureigensten Interesse tun müssen. Hier könnte, falls die Europäer nicht zu höflich dazu sind, wiederum das Beispiel der Beziehungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert ins Feld geführt werden. Andererseits könnte Europa einräumen, dass die Klage der Amerikaner berechtigt ist, und seine eigenen, von den Vereinigten Staaten unabhängigen militärischen Kapazitäten zum potenziell weltweiten Einsatz aufbauen.

Für Europa haben jedoch beide Möglichkeiten inhärente Nachteile. Entscheidet es sich für die erste Option, verpflichtet es sich implizit, unilaterale Entscheidungen und Aktionen Amerikas hinzunehmen, ohne darüber zu klagen, dass es keine vorherigen Konsultationen gab. Geht man hier allerdings vom Modell der *Pax Britannica* aus, bestimmt die stärkste Macht im Sys-

Daten über das Erlernen von Fremdsprachen, die Anzahl von in Umlauf befindlichen Reisepässen, Wohnsitzen im Ausland und Telefongesprächen ins Ausland.

²⁹ Ibid. Am 2. Februar 1999 wurde im öffentlichen Fernsehen eine Diskussion über die vorgeschlagene Anhebung des US-Verteidigungsbudgets gesendet ("Newshour"). Der Kongressabgeordnete Barney Frank (Demokrat, Massachusetts) gab dabei zu bedenken, dass nun "for the first time since the rise of Hitler [there is] no threat to the physical security of the United States". Das Engagement der USA in der Verteidigung Westeuropas sei 1945 zwar sinnvoll gewesen, doch heute zu einer "source of welfare" für "that wealthy complex of nations" geworden sei. Frank zog daraus den folgenden Schluss: "The United States continues to subsidize our wealthy European allies, and it doesn't make any sense."

tem darüber, ob es zu Konsultationen kommt, nicht die Nutznießer ihrer Führung. Die zweite Option, die die Amerikaner entschieden vorziehen würden, möchte ich später im Detail untersuchen. Die hierbei auftretenden Schwierigkeiten sind nicht transatlantischer, sondern rein europäischer Natur. Kommt es zu keiner größeren Krise, ist jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass diese Lösung gewählt werden wird, relativ gering. Die Vereinigten Staaten profitierten zwar, so lange sie die Möglichkeit dazu hatten, gerne vom kostenlosen Schutz durch Großbritannien, beklagten sich jedoch gleichzeitig ständig über die Überheblichkeit der britischen Weltmacht. Betrachtet man diese Lehre der Geschichte, ist es recht unwahrscheinlich, dass die Europäer heute viel weiser handeln werden als die Vereinigten Staaten vor dem Sommer des Jahres 1940.

4. Die Europäische Währungsunion, der Dollar und die internationale Lastenverteilung

1998 unternahmen elf Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) die entscheidenden letzten Schritte zur Umsetzung der Europäischen Währungsunion (EWU) und führten am 1. Januar 1999 die neue gemeinsame europäische Währung, den Euro, ein.³⁰ Drei EU-Mitgliedstaaten, die die im Jahre 1991 durch den Maastrichter Vertrag festgelegten Kriterien erfüllt hätten, entschlossen sich, dennoch nicht an der EWU teilzunehmen. Im Hinblick auf das Thema der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist der wichtigste "Nicht-Teilnehmer" das Vereinigte Königreich. Die Einführung der Währungsunion wird wahrscheinlich weitreichendere Auswirkungen auf die europäische und die amerikanische Sicherheitspolitik haben als irgendein anderer seit dem Zweiten Weltkrieg seitens Europa unabhängig getroffener Beschluss ohne die Teilhabe der Vereinigten Staaten. Woran liegt das? Und welche Form werden diese Auswirkungen annehmen?

Bei der Beantwortung dieser Frage ist es hilfreich, die euro-atlantischen Belange von heute mit jenen zu vergleichen, die für die historischen Beziehungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten charakteristisch waren. Unter den historischen Belangen sind in erster Linie drei von Bedeutung:

- das Mächtegleichgewicht auf dem europäischen Kontinent,
- die Rolle des Pfund Sterling in der Weltwirtschaft, bis der Dollar ihm den Rang ablief und
- die Existenz des "Nutznießer-Staats", der von dem durch die internationale Führungsmacht gebotenen Schutz profitiert und langsam zu deren größtem Konkurrenten in Wirtschaft und Handel heranwächst.

Dieser letzte Punkt ist, wie bereits weiter oben im Hinblick auf die Skepsis der amerikanischen Öffentlichkeit und der Meinung der Elite über die Partnerstaaten der USA ausgeführt, das heikelste Thema.

Bevor ich mich diesen Fragen zuwende, möchte ich jedoch betonen, dass die gesamte folgende Argumentation auf einer grundlegenden Prämisse aufbaut: dem Erfolg der Währungsunion. Sollte die Währungsunion fehlschlagen, hätte dies ganz klar schwer wiegende, falls nicht katastrophale Folgen – nicht nur für Europa, sondern auch für die Vereinigten Staaten und die

³⁰ Die elf Gründungsmitglieder der EWU sind Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien. Griechenland erfüllte die Maastrichter Kriterien nicht, und Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich hatten sich gegen eine Teilnahme an der Währungsunion entschieden.

anderen Staaten, die substanzielle Handelsinteressen und Investitionen in der EU unterhalten. Der größte Schaden, den ein Fehlschlagen der EWU anrichten würde, wäre jedoch höchstwahrscheinlich die psychologisch-politische Wirkung auf die teilnehmenden Staaten, vor allem Deutschland. Hartmut Mayer drückte es folgendermaßen aus: "[A]ll current German concepts of European order with its various layers will stand or fall with either the success or the failure of EMU as its central anchor."³¹

Direkt auf die kostspielige und mittlerweile unpopulär gewordene Wiedervereinigung folgend, würde das Versagen der Währungsunion wahrscheinlich die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland – die der EWU ohnehin bereits skeptisch gegenübersteht und sich weit vom Euro-Enthusiasmus der Adenauer-Ära entfernt hat – in eine entschieden EU-feindliche Richtung kippen. Diese Auswirkung auf die öffentliche Meinung wäre jedoch nicht nur auf Deutschland begrenzt. Die Entscheidungsträger der politischen Mitte aller teilnehmenden Staaten haben ihre wirtschaftliche und politische Zukunft auf den Erfolg der EWU gesetzt. Ihr Fehlschlagen wäre Wasser auf die Mühlen von anti-europäischen politischen Minderheiten, vor allem die der fremdenfeindlichen Rechten, und würde wahrscheinlich zu einer Zeit ähnlicher politischer Instabilität wie in den 30er-Jahren führen.

Ich möchte hier jedoch nicht die Konsequenzen einer gescheiterten EWU behandeln, sondern die möglichen Auswirkungen einer erfolgreichen Währungsunion auf die Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten. Der Schaffung der EWU liegt eigentlich eine gewisse Skepsis bezüglich der Relevanz amerikanischer Macht für die Interessen Europas in der Welt nach dem Kalten Krieg zu Grunde. Abhängig vom Standpunkt der jeweiligen europäischen Gesprächspartner, spielt diese Skepsis eine größere oder kleinere Rolle; doch unabhängig davon, aus welchem Bereich sie kommen – Privatwirtschaft, Wirtschaftsministerium, aus den Bereichen der Außen- oder Sicherheitspolitik –, erwarten die europäischen Eliten offensichtlich, dass die EWU es ihnen erleichtern wird, sich den Erwartungen der USA in einer Reihe von Angelegenheiten, von Wirtschaftssanktionen bis zu Industriesubventionen, zu verweigern. Nur wenige, mit einer rühmlichen Ausnahme, auf die ich noch einmal zurückkomme, scheinen die Währungsunion als eine Möglichkeit anzusehen, die Interessen der Amerikaner dadurch zu unterstützen, dass eine Strategie des Westens zur Verteilung der weltweiten Lasten entworfen wird.

Ein erfolgreicher Euro wird an einer der Grundfesten sowohl der amerikanischen als auch der britischen Sicherheitspolitik bezüglich des Mächtegleichgewichts auf dem Kontinent rütteln. In London wie auch in Washington nahm man es bislang als gegeben hin, dass keine Macht in der Lage sein sollte, eine Vormachtstellung auf dem Kontinent einzunehmen, also sämtliche natürlichen, industriellen und menschlichen Ressourcen Europas kontrollieren zu können. Die Koalitionen unter der Führung Großbritanniens gegen Napoleon und die Bündnisse zwischen Großbritannien, Frankreich und den USA gegen Deutschland während zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts gründeten sich auf diesem Prinzip der Wiederherstellung eines Gleichgewichts, um eine drohende Hegemonie zu verhindern. Der Sowjetunion den Zugriff auf die Ressourcen Europas zu verweigern, war während des Kalten Krieges 40 Jahre lang das Schlüsselement der Strategie des In-Schach-Haltens und der amerikanischen Sicherheitspolitik.³²

³¹ Hartmut Mayer: Early at the beach and claiming territory? The evolution of German ideas on a new European order, in: *International Affairs* 73, 4 (1997), S.736.

³² George F. Kennan: The Sources of Soviet Conduct, in: *Foreign Affairs*, XXV, Juli 1947, S.566-582.

Mit der Währungsunion stehen die Vereinigten Staaten nun jedoch endgültig vor einer Situation, die durch die Unterstützung der europäischen Bewegung von Anfang an eigentlich hatte herbeigeführt werden sollen: die Begründung einer frei gewählten Hegemonialmacht auf dem Kontinent. Die Einführung einer gemeinsamen Währung ist schließlich eines der Hauptelemente zur Errichtung eines Staatswesens und hat aus emotionaler Sicht ein derartiges Zerstörungspotenzial, dass nicht einmal Nazi-Deutschland im besetzten Westeuropa einen solchen Versuch unternahm.³³ Die Verfechter und die Gegner der Währungsunion erkannten gleichermaßen, dass die Frage wirtschaftlicher Kohäsion untrennbar mit der Frage politischer Macht zusammenhängt – wo diese Macht ausgeübt wird und von wem.

Diejenigen Europäer, die die Einführung einer einheitlichen Währung als ausschlaggebend für den Erfolg des amerikanischen Staatswesens ansehen³⁴, erwarten, dass die europäische Währungsunion der Schlüssel zu einem größeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenhalt eines Europas ist, das zu Washington auch "Nein" sagen kann. Wahrscheinlich haben sie Recht. Eine einheitliche Währung bedeutet, dass "Europa" nunmehr die Vormacht über den Kontinent genießt (im Gegensatz zur historischen Hegemonialstellung Spaniens, Frankreichs oder Deutschlands), und wenn die Einschätzung der über Jahrhunderte durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten fortgesetzten Politik zum Erhalt des Mächtegleichgewichts korrekt ist, dann wird die Hegemonialmacht auf dem Kontinent enorme Ressourcen zu ihrer Verfügung haben. Doch zu welchen amerikanischen Anliegen wird dieses Europa "Ja" sagen wollen? Diese Frage ist schwierig zu beantworten.

Im Nachfeld des EU-Gipfels im Mai 1998 in Brüssel, bei dem nach erbitterten Diskussionen die endgültigen Beschlüsse zur Einführung der EWU gefällt wurden, erging man sich in Europa in Kommentaren über den Einfluss des Euros auf die Vereinigten Staaten. Der Tonfall dieser Kommentare lässt sich eigentlich nur mit dem Wort "Schadenfreude"³⁵ beschreiben. In Regierungs-, Wirtschafts- und Medienkreisen herrschte die einvernehmliche Meinung, dass die gemeinsame europäische Währung nun dem Dollar international die Stirn bieten könne und die Amerikaner in ihre Schranken verweisen würde.³⁶

³³ Schließlich hätte Berlin diesen Schritt jedoch durchaus unternommen, und für diese Vorstellung begeisterten sich damals nicht nur die Deutschen. In Frankreich machte beispielsweise Henri Ardant, Geschäftsführer der Société Générale, dadurch von sich Reden, dass er "hopes for the future that won instant approval from [Vichy officials]" formulierte. "Once victorious, he declared, Germany should have enough ambition 'to eliminate customs barriers within a vast European economic space and as soon as possible create a single European currency'. [German Secretary of State for the Economy] Landfried later told the [German] embassy staff of his astonishment. He had not had any idea how deeply the idea of a European economy had become anchored in people's minds' [in Paris]." Philippe Burrin: *France under the Germans: Collaboration and Compromise*, New York 1996, S.266. Der französische Originaltitel "La France à l'heure allemande" (Editions du Seuil, Paris 1993) ruft zusätzliche Assoziationen wach, vor allem da die Deutschen wirklich in den besetzten Gebieten Europas die Uhren auf Berliner Zeit umstellten.

³⁴ "U.S. history showed that monetary union, when it came in the 19th century, helped bring about a federal state and cement national unity", so der ehemalige französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing in einem Interview vom 10. Dezember 1998 mit Joseph Fitchett, "Europe's Journey to a Single Currency" in der *International Herald Tribune*.

³⁵ In "My German Question: Growing up in Nazi Berlin" (New Haven und London 1998), S.72-73, fragt Peter Gay: "Is there any significance to the fact that this word for pleasure in the discomfiture of others exists only in German?"

³⁶ In einem im Januar 1999 geführten Interview sagte der französische Premierminister Lionel Jospin, dass der Euro ein Symbol für Europas "desire to escape from the dominion of the dollar" sei, in: John Vinocur: *Germany Reaffirms Ties to France, With a 'But'*, in: *International Herald Tribune*, 13.1.1999. Einige der im Mai 1998 erfolgten Kommentare mögen auch eine Möglichkeit für Frankreich und Deutschland gewesen sein, die beiderseitige Frustration, die auf dem Gipfeltreffen besonders auf deutscher Seite deutlich zu Tage

Dieses Ziel ist für eine Gruppe von Nationen, die auf politischer wie militärischer Ebene alle ihren eigenen Weg gehen, was am deutlichsten am Beispiel des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien zu sehen ist, etwas hoch gegriffen. Die Politik des "alle oder keiner" macht die Teilnahme Europas an IFOR und SFOR seit dem 1995 geschlossenen Daytoner Abkommen abhängig von der Präsenz amerikanischer Bodentruppen in Bosnien. Das ist im Vergleich zu dem über die EWU zur Schau gestellten Triumph eine peinliche Vorstellung. Ein Blick zurück auf die angloamerikanischen Beziehungen würde die Europäer eventuell dazu veranlassen, ihre Annahme, dass die Schaffung eines Konkurrenten zum Dollar in ihrem eigenen Interesse liegt, noch einmal zu überdenken, so lange sie nicht bereit sind, ihre eigenen, unabhängigen Kapazitäten zu schaffen, um auf Krisen wie die auf dem Balkan militärisch reagieren zu können.

Die Europäer, die mit dem Euro einen Konkurrenten zum Dollar in der Weltwirtschaft schaffen wollen, der ihn eines Tages möglicherweise sogar verdrängt – wie der Dollar damals das Pfund Sterling –, wiederholen zwei Aspekte der amerikanischen Geschichte. Im 19. Jahrhundert hing die Sicherheit der Vereinigten Staaten in zweierlei Hinsicht vom Wohlstand Großbritanniens ab: Zum einen bestand die Notwendigkeit der Investition britischen Kapitals in die Landwirtschaft, Industrie und Infrastruktur Amerikas, zum anderen war das Ausmaß des Handels zwischen den USA und Großbritannien und die Abhängigkeit dieses Handels von den Seewegen, die in erster Linie durch die Royal Navy gesichert wurden, ausschlaggebend.³⁷ Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien waren damals für die Amerikaner genauso wichtig wie die heutigen Handels- und Finanzbeziehungen zu Europa, doch es steht zu bedenken, dass dieser Schuss auch nach hinten losgehen kann. Die Vereinigten Staaten konnten "a favorable balance of trade in only twelve years between 1820 and 1860"³⁸ vorweisen. Die gegenwärtigen Ängste der Europäer, auf einem immer weiter zusammenwachsenden Weltmarkt nicht mehr mit den Vereinigten Staaten konkurrieren zu können, lassen sich mit den damaligen Befürchtungen der Amerikaner, "a permanently impoverished and utterly dependent economic colony of Britain"³⁹ zu werden, vergleichen.

Dass sich die Europäer heute fragen, ob ihre Industrien dem weltweiten Wettbewerb und der zunehmenden Globalisierung gewachsen sind, ist an sich kein neues Phänomen, denn auch die Amerikaner haben seit jeher die Frage gewälzt, ob die wirtschaftliche Entwicklung besser durch den Schutz der eigenen Industrien oder durch den Ausbau des weltweiten Handels voranzutreiben wäre. Vor allem in der Zeit direkt nach der Staatsgründung, als die Industrie noch in den Kinderschuhen steckte und der Handel vom althergebrachten Feind der Unabhängigkeit Amerikas abhing, war diese Frage besonders kritisch. In diesen Jahren galt: "[W]idening old markets and opening new ones, expanding production, and promoting industry became the central concerns of American diplomats and statesmen."⁴⁰

Hier soll nun allerdings nicht die im 19. Jahrhundert verfolgte Wirtschaftsstrategie der Vereinigten Staaten untersucht werden. Hinzuweisen ist lediglich auf das Streben nach "economic

trat, zu überspielen. Paris sah den Kuhhandel bei der Ernennung des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank um einiges gelassener als Bonn.

³⁷ Siehe Kinley J. Brauer: *Economics and the Diplomacy of American Expansionism, 1821-1860*, S.55-118, und David M. Pletcher: *Economic Growth and Diplomatic Adjustment, 1861-1898*, S.119-171, in: William H. Becker/Samuel F. Wells, Jr. (Hrsg.): *Economics and World Power: An Assessment of American Diplomacy Since 1789*, New York 1984.

³⁸ Brauer, S.58.

³⁹ Ibid.

⁴⁰ Ibid., S.59.

freedom, equal competition and open doors", das sich während der zweiten Hälfte des Jahrhunderts noch stärker durchsetzte.⁴¹ Im Zuge der Entwicklung des weltweiten Handels profitierten die amerikanischen Händler "greatly from the growth of Anglo-American harmony".

"They welcomed the familiar customs and language and the protection that British officials and the British navy often provided. Moreover, as the American diplomat William B. Reed noted, 'wherever English enterprise goes, ours is quickly alongside of it ... every dollar Great Britain spends on its postal service or in maintaining its naval force is for our benefit'.⁴²

Die Amerikaner zogen enorme Vorteile aus dieser "Trittbrettfahrt". In den Jahren, in denen die britische Flotte unter den drei größten der Welt war, gaben die Vereinigten Staaten weniger als ein Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für ihre Verteidigung aus. Bis ins Jahr 1914 hatten sich die USA jedoch unter den Industrienationen der Welt zum größten Produzenten von Kohle, Öl, Roheisen und Stahl aufgeschwungen und stellten mehr Fahrzeuge als die anderen Staaten der Welt zusammen her.⁴³ Im 20. Jahrhundert waren die britischen Steuerzahler, bedingt durch die starke Konkurrenz der Vereinigten Staaten, nicht mehr in der Lage, die geleisteten Dienste, unter anderem den Schutz durch die Royal Navy, aufrecht zu erhalten. Die Trittbrettfahrt, auf die sich die Amerikaner mittlerweile verließen, konnte also nicht ewig andauern.

In den 20er-Jahren führte die Trennung zwischen der übermächtigen Rolle, die die Vereinigten Staaten finanziell und wirtschaftlich spielten, und ihrer Weigerung, eine ebenso wichtige politische Rolle zu spielen, zu der bekannten Abfolge zäh ausgehandelter Übereinkünfte, die die deutschen Reparationszahlungen mit der Rückzahlung alliierter Kriegsschulden an die USA koppelten. Trotz des Unwillens der Amerikaner, die politische Bedeutung ihrer weltweit tragenden wirtschaftlichen Stellung anzuerkennen –oder vielleicht gerade auf Grund dessen–, riss der New Yorker Börsenkrach im Oktober 1929 die wirtschaftliche und politische Stabilität, die sich in Europa momentan eingestellt hatte, mit sich fort. Die Amerikaner konnten nicht Großbritanniens wirtschaftliche Stellung unterminieren, ohne gleichzeitig – obwohl unbeabsichtigt – auch Londons Fähigkeit zu zerstören, weiterhin seine politische und militärische Führungsrolle auszuüben.

Diese Ausführungen sollen keine Kritik an der Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA vor hundert Jahren oder ein Appell an die Europäer sein, die EWU aufzugeben und die Vormachtstellung des Dollars anzuerkennen. Sie sind jedoch der Versuch, darauf aufmerksam zu machen, dass es langfristig kein Nebeneinander von wirtschaftlicher und finanzieller Stärke und politisch-militärischer Unverantwortlichkeit geben kann. Die Amerikaner genossen viele Jahrzehnte lang den Einfluss, den sie durch ihre wirtschaftliche Stärke ausüben konnten, weigerten sich jedoch, auch die Nachteile, die eine weltweite politische und militärische Rolle mit sich gebracht hätte, auf sich zu nehmen. Schließlich standen die Vereinigten Staaten jedoch vor der Wahl, entweder die politisch-militärischen Kosten zu übernehmen, die die Briten

⁴¹ Ibid., S.64.

⁴² Ibid., S.68.

⁴³ Kennedy, S.243-245. Von 1860 bis 1914 erhöhten sich die Exporte Amerikas von 334 Millionen Dollar auf 2,365 Milliarden Dollar, während die Importe von 356 Millionen Dollar auf 1,896 Milliarden Dollar anstiegen. Bis ins Jahr 1914 hatten die Vereinigten Staaten 7 Milliarden Dollar an europäischen Direktinvestitionen in ihre Produktionsindustrie, Infrastruktur und Dienstleistungsindustrie angezogen. Dieses Geld wurde folglich nicht in Europa investiert und der Abfluss an Finanzen noch durch "the U.S. Treasury's policy of accumulating (and then just sitting on) nearly one-third of the world's gold stock" verstärkt.

bis dahin getragen hatten, oder sich mit einer Zukunft abzugeben, in der inakzeptable Mächte wie das nationalsozialistische Deutschland oder die Sowjetunion das Sagen hatten.

Leider liegt jedoch genau dieser Versuch, wirtschaftliche Stärke mit politischer und militärischer Bedeutungslosigkeit zu verbinden, den Erwartungen der Europäer an die Währungsunion zu Grunde. Dies gilt vor allem für ein Land, dem innerhalb Europas eine Schlüsselrolle zukommt, nämlich Deutschland. Deutschlands Vision für das 21. Jahrhundert ist ein Europa in der Rolle der Vereinigten Staaten während des 19. Jahrhunderts, wobei heute Washington die Rolle übernehmen soll, die damals London spielte. In den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit und des Kongresses ist eine solche "Arbeitsteilung" nicht annehmbar, doch diese Vorstellung Deutschlands birgt noch weitere Gefahren in Form eines spalterischen Einflusses auf ganz Europa.

Auf Grund des Abgesangs an die ehemalige "Machtbesessenheit"⁴⁴ der deutschen Nation und der Lage des Landes an der Frontlinie des Kalten Krieges wurde in Bonn eine Sicherheitspolitik entwickelt, die Deutschland 40 Jahre lang gute Dienste leistete. Wie die amerikanische Sicherheitspolitik der ersten Phase wurde die westdeutsche Sicherheitspolitik von einer Reihe sehr spezifischer, wenn nicht sogar einzigartiger Umstände geprägt. Als sich die Grundvoraussetzungen, die die Politik der Bundesrepublik lange Zeit bestimmten, mit den Ereignissen der Jahre 1989 bis 1991 vollkommen veränderten, wollten die Deutschen wie auch die Amerikaner in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg diese Tatsache nicht so recht anerkennen. Das ist ziemlich verständlich, da die Nische, in der sich die Bundesrepublik innerhalb des amerikanisch dominierten Systems eingerichtet hatte, nun, da die Bedrohung durch die Sowjetunion vorbei war, kaum Nachteile, aber viele Vorteile bot.

Die deutsche Vorstellung von der EWU ist insofern schizophren, da sie einen mit dem Dollar konkurrierenden Euro zum Ziel hat, während jedoch gleichzeitig die Teilung zwischen dem, was Außenminister Hans-Dietrich Genscher als "Verantwortungspolitik" der alten Bundesrepublik bezeichnete, die nun auf europäischer Ebene weiter ausgeübt werden soll, und der "Machtpolitik" der Vereinigten Staaten aufrecht erhalten werden soll. Deutschland stellt sich Europas Zukunft so vor, dass die Vereinigten Staaten nicht nur die weltweit führende Macht, sondern auch die größte regionale militärische Macht in Europa bleiben sollen. Die aktuelle deutsche Wirtschaftspolitik besitzt eine unheimliche Ähnlichkeit zu der der Vereinigten Staaten im Jahre 1919. Damals wollten die Amerikaner die Verbindung zwischen ihrem wirtschaftlichen Konkurrenzverhalten und dem Schwinden von Großbritanniens Fähigkeit, weiterhin eine schützende Hand über ihr Land zu halten, wovon sie jedoch abhängig waren, nicht wahrhaben. Heute geht die Bundesrepublik davon aus, dass Europa weiterhin Nutznießer der weltweiten Macht der USA bleiben kann, auch wenn die EWU eine Herausforderung an den Dollar ist.

Auch innerhalb des Euro-Raumes wird Deutschland auf Schwierigkeiten in der Umsetzung seines Europa-Modells stoßen, was nicht zuletzt an den Zwistigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich darüber liegt, ob ein solches Modell überhaupt wünschenswert ist und daran, dass Frankreich ein Konkurrenzmodell vertritt. In Paris zweifelt man am stärksten daran, dass es im Interesse Europas liegt, sich weiterhin im Windschatten der Macht der Vereinigten Staaten zu bewegen. Bleibt jedoch die Frage, ob der Einfluss Deutschlands auf den Verlauf der Währungsunion nicht finanzielle und wirtschaftliche Tatsachen schaffen wird, die die

⁴⁴ Dieses Wort wird von Hans-Peter Schwarz im Titel seines Buchs: Die gezähmten Deutschen: von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985, gebraucht.

Möglichkeit einer echten sicherheitspolitischen Debatte in Europa über die Vorzüge des französischen oder des deutschen Modells von vornherein zunichte machen.

5. Die Erwartungen Frankreichs und der USA an Deutschland

Das Ironische an den Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den USA ist, dass beide Staaten ihre Sicherheit von einem globalen Ansatz aus betrachten und eigentlich fast dieselbe Weltsicht vertreten. Frankreichs Präsident Jacques Chirac wies 1996 in einer Rede vor dem Kongress nochmals darauf hin, als er sagte: "[T]he 'special relationship' between the United States and France is founded on a common vision of the world, the same faith in democracy, liberty, human rights, and the state ruled by law."⁴⁵ Trotzdem schaffen es die beiden Staaten nicht, ihre Ziele gemeinsam zu verfolgen. Beatrice Heuser schloss daraus Folgendes: "It is because French and US values are so similar that France finds it intolerable to fall meekly into line behind a power that is claiming moral leadership of the world on the strength of these values."⁴⁶

Die Streitigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich entstehen, gerade weil sie so viel gemeinsam haben: "France is imbued with the same missionary zeal, and the same self-perception as a beacon of progress for the rest of the world, as the United States. France's mission civilisatrice is in competition with the propagation abroad of the "American way of life" ... And France's commitment to independence and sovereignty ... has become one of the founding myths of the Fifth Republic."⁴⁷

Die Vorstellung, die jede Nation von sich selbst besitzt, ermutigt sie, eine Haltung nach außen zu vertreten, die die jeweils andere Nation verärgert, und so liegt eine gewisse Anspannung, wenn es nicht gerade anderorts zu einer anderen Krise kommt, an der Tagesordnung. Keiner der beiden Staaten scheint allzu viel Verständnis oder Toleranz für die innenpolitische Situation des anderen aufzubringen, sodass vollkommen logische Erklärungen dafür, warum ein bestimmter Beschluss gefasst wurde (oder auch nicht), oft verworfen und stattdessen die schlimmsten annehmbaren Beweggründe und heimlichen Absichten an den Haaren herbeigezogen werden. Beiden Staaten scheint es ein derartiges Rätsel zu sein, wie in der anderen Hauptstadt Entscheidungen getroffen werden, dass nicht einmal der Versuch unternommen wird, der Frage auf den Grund zu gehen. Es scheint keine Rolle zu spielen, wie viele Fachleute versuchen, diese Probleme zu überwinden, oder wie viele Krisen die beiden Länder gemeinsam durchstehen. Es bleibt ein gewisses gegenseitiges Misstrauen, das die bilateralen Beziehungen belastet.

Deutlich zum Vorschein kam das genannte Problem wieder zu Beginn des Jahres 1999, als die französische Regierung sich über den amerikanischen "Unilateralismus" beklagte.⁴⁸ Außenminister Hubert Vedrine beschrieb in einer Rede am 1. Februar 1999 die amerikanische "domination of attitudes, concepts, language and modes of life" als "the question at the center

⁴⁵ Zitiert in Beatrice Heuser: *Transatlantic Relations: Sharing ideals and costs*, Chatham House Papers, London 1996, S.23.

⁴⁶ Ibid.

⁴⁷ Ibid., S.93.

⁴⁸ Siehe eine Reihe von Artikeln von John Vinocur in der *International Herald Tribune*: *Going It Alone*, U.S. Upsets France, 3.2.1999, *To Paris*, U.S. Looks Like a 'Hyperpower', 5.2.1999, *France Has a Hard Sell to Rein in U.S. Power*, 6./7.2.1999 und den Kommentar von William Pfaff: *France Airs Its Slant on America*, 8.2.1999.

of the world's current problems". Er bezeichnete die Vereinigten Staaten als Hypermacht, "a hyperpower that is dominant or predominant in all categories".⁴⁹ Premierminister Jospin hatte bereits darauf hingewiesen, dass es nunmehr kein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten gebe, und bezeichnete die Vorstellung, die Washington von seiner zum Unilateralismus führenden Mission habe, als nicht annehmbar ("the idea [that Washington] has of its mission to unilateralism is inadmissible").⁵⁰

Möglicherweise besteht das Problem darin, dass Frankreich und die Vereinigten Staaten nie wirklich Feinde waren. Vor etwa einem Vierteljahrhundert schrieb Stanley Hoffmann, dass die USA am besten mit ihren Feinden umgehen könnten, während sie die Unterstützung durch ihre Verbündeten als selbstverständlich ansähen.⁵¹ Das mag jedoch für alle Staaten gelten: Auf Feindbilder kann man sich wunderbar konzentrieren, und wenn Feinde zu Freunden gemacht werden können, umso besser. Beide Nationen haben ziemlich viel Energie darin investiert, freundschaftliche Bande mit ehemaligen Feinden zu knüpfen – im Falle Amerikas sind dies Großbritannien, Deutschland, Japan und nun Russland und im Falle Frankreichs vor allem Deutschland. Doch untereinander bestand nie die Notwendigkeit eines solchen Handelns. Vielleicht würde es den französisch-amerikanischen Beziehungen gut tun, wenn etwas von der Intensität der Bemühungen ins Spiel käme, mit der die Deutschen und die Amerikaner sich während der 50er-Jahre wieder einander annäherten. Doch keiner der beiden Staaten sieht dazu wirklich die Notwendigkeit, und so gibt man sich mit Pershing und Lafayette zufrieden.

Eine weitere Ironie in den Beziehungen zwischen Frankreich und den USA besteht darin, dass sie Deutschlands Rolle in der zukünftigen europäischen Sicherheitspolitik fast mit identischen Scheuklappen betrachten. Washington und Paris richteten lange Zeit unrealistische Erwartungen an die Bundesrepublik, was vielleicht daran liegen mag, dass die Alternative in der Notwendigkeit bestanden hätte, enger miteinander zusammen zu arbeiten. So versuchte man in Form der bilateralen Beziehungen mit Deutschland einen Ersatz für einen umfassenderen französisch-amerikanischen Dialog zu schaffen, doch die Quadratur des Kreises ist bekanntermaßen nicht möglich, und das ist gut so.

Im amerikanischen Fall ergab sich die Bezeichnung Deutschlands als Washingtons "partner in leadership"⁵² aus zwei Fehleinschätzungen: erstens, dass Deutschland im Namen "Europas" spreche, und zweitens, dass der Unwille Deutschlands dem Einsatz militärischer Gewalt und der Projektion militärischer Macht gegenüber nur eine vorübergehende Folgeerscheinung des Besatzungssystems sei, unter dem die Bundesrepublik (und die Deutsche Demokratische Republik) de jure während der gesamten Dauer des Kalten Krieges lebten. Diese Trugschlüsse entstanden wiederum aus zwei wichtigen, etwas widersprüchlichen Faktoren, die eine große Rolle in den deutsch-amerikanischen Beziehungen spielen: Der eine ist der hohe Anteil an Mitarbeitern der Washingtoner Außen- und Sicherheitspolitik, der im Laufe der Zeit mit Deutschland zu tun hatte, und der zweite Faktor ist das Gewicht, das deutschen Äußerungen offensichtlich ohne vorherige Überprüfung der jeweiligen tatsächlichen politischen Bedeutung in Washington zugeschrieben wird.

⁴⁹ Ibid., 5.2.1999.

⁵⁰ Ibid., 3.2.1999.

⁵¹ Stanley Hoffmann: Choices, in: Foreign Policy, Nr. 12, Herbst 1973, S.3-42.

⁵² Ursprünglich entstand diese Äußerung aus dem Überschwang von Präsident George Bush in seiner Rede zum 40. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1989, sechs Monate vor der Öffnung der Berliner Mauer und bevor jemand ernsthaft an die Wiedervereinigung Deutschlands dachte. Das bedeutete natürlich nicht, dass sich die Regierung Clinton nach dem Ende des Kalten Krieges an diese Äußerung halten musste, was sie jedoch tat.

Obwohl sich die Sachlage mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Abzug der meisten amerikanischen Militärs aus Deutschland rasch verändert, hat Bonn historisch gesehen von der großen Anzahl an Amerikanern, die im Militär, auswärtigen Dienst oder einer anderen offiziellen Funktion mit der Bundesrepublik in Kontakt kamen, profitiert. 40 Jahre lang hielten sich viele Amerikaner in Deutschland auf, doch den eigentlichen Effekt macht nicht ihre Anzahl aus. Wie auch im Falle anderer Länder, aus deren Sicht Deutschland eine "schwierige Vergangenheit" hat, bemühte sich Deutschland durch seine extensive Unterstützung des Fulbright-Programms und anderer akademischer Austauschprogramme, der Arbeit deutscher politischer Stiftungen im Ausland, die Goethe-Institute und zahlreiche andere Programme im Laufe der Jahre sehr um amerikanische Akademiker, Journalisten und politische Entscheidungsträger. Diese enormen Investitionen zahlten sich aus, vor allem in Bezug auf die mit Europa befassten Politiker in Washington. Gerade in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik sind die "Europa"-Experten der USA eigentlich Deutschland-Experten. Sprechen sie eine Fremdsprache, ist es zumeist Deutsch. Infolgedessen hört man in Washington der als der einzigen nicht in englischer Sprache geführten europäischen Diskussion der Deutschen am ehesten zu.

Theoretisch sollte dies von Vorteil sein, denn die ausgezeichnete Sachkenntnis dieser Personen sollte es den amerikanischen Entscheidungsträgern ermöglichen, die politische Debatte in Deutschland in vollem Ausmaß nachvollziehen zu können und so auch die Teilaspekte von Bonns sicherheits- und verteidigungspolitischer Haltung zu verstehen. Aus irgendeinem Grund ist dies jedoch nicht der Fall. Möglicherweise sind jedoch gerade die enormen intellektuellen Investitionen, die amerikanische Sicherheitsexperten vier Jahrzehnte lang in Deutschland steckten, daran schuld, dass sie nun nicht in der Lage sind, sich einzugestehen, wie wenig Gemeinsamkeiten der amerikanische mit dem deutschen Ansatz bezüglich Fragen nationaler Macht und militärischer Stärke hat. Wahrscheinlich gibt es heute sogar noch weniger Gemeinsamkeiten als vor 50 Jahren. Der Golfkrieg brachte diesen Sachverhalt für kurze Zeit ans Tageslicht, doch die offizielle deutsche Erklärung, man könne die Bundeswehr auf Grund verfassungsrechtlicher Probleme nicht zur Verstärkung der Einsatztruppen der Vereinten Nationen entsenden, wurde – obwohl sie ganz offensichtlich falsch war – von den amerikanischen Experten nur halbherzig angefochten. Wie auch bei der im Vorfeld der deutschen Wiedervereinigung diskutierten Frage der Oder-Neiße-Linie als Grenze zwischen Deutschland und Polen ließ sich Washington sein Bild vom Verbündeten Deutschland nicht lange durch solche Vorkommnisse trüben.

Frankreich scheint allerdings in Bezug auf Deutschland unter demselben Syndrom zu leiden, möglicherweise sogar aus denselben Gründen. Frankreich hat sein eigenes, aus der Zeit des Kalten Krieges stammendes Bild der Bundesrepublik, das es schwer loslassen kann. Natürlich glaubt man in Paris nicht, dass Deutschland, wenn es um die Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht, für Europa spricht, doch für die französischen Politiker sollte es keine Überraschung sein, wenn ihre amerikanischen Kollegen davon ausgehen. Die Amerikaner und die Deutschen arbeiten seit Jahrzehnten im Rahmen der NATO zusammen, aus der sich die Franzosen zurückgezogen haben. Die informellen Beziehungen, die sich zwischen Militärangehörigen bilden, erhalten mit jeder Beförderung der betreffenden Personen eine größere Tragweite. Seit dem Einsatz in Bosnien im Jahr 1995 haben amerikanische und französische Militärs schließlich auch wieder begonnen, Verbindungen zueinander aufzubauen, doch bis diese Verbindungen eine politische Tragweite bekommen, wird es etwas dauern.

Die Fehleinschätzung Deutschlands durch Frankreich rührt wie auch die durch die USA von der Annahme her, dass Bonns Problem mit der Projektion militärischer Macht nur vorübergehender Natur sei. Als die Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland während der 80er-

Jahre auf Grund des 1979 getroffenen NATO-Doppelbeschlusses⁵³ auf ihrem Tiefpunkt ange-
 gelangt waren, wurden französische Soldaten in Deutschland generell nicht mit der Feindse-
 ligkeit konfrontiert, die den Amerikanern entgegenschlug. Auch auf politischer Ebene hielt
 sich Bonn zurück, äußerte während der Affäre des Jahres 1985, im Zuge derer das Green-
 peace-Schiff *Rainbow Warrior* versenkt wurde, nur beschränkt Kritik an der französischen
 Atompolitik und wiegelte auch Beschwerden seitens lokaler deutscher Behörden über Tie-
 flüge der französischen Luftwaffe und andere Militärübungen ab.

Sozialdemokratische wie christlich-soziale Bundeskanzler sprachen von einer "Arbeitstei-
 lung", im Zuge derer Frankreich sich um die internationalen Fragen kümmerte, während sich
 die Bundesrepublik auf eine Entspannung innerhalb Europas konzentrierte.⁵⁴ Dabei handelte
 es sich jedoch nur um einen Euphemismus für die bekannte Unterscheidung zwischen "Ver-
 antwortung" und "Macht", die der deutsche Außenminister zwischen Bonn und Washington
 aufrecht erhielt. Ingeheim belächelten die deutschen Politiker Frankreichs angebliche Beses-
 senheit mit der "grandeur" der Nation, waren aber bereit, sich damit abzufinden, so lange
 Bonn für diese Politik keinen Preis finanzieller oder anderer Art bezahlen musste.

Seltsamerweise schienen auch die französischen Deutschland-Experten wie ihre amerikani-
 schen Kollegen die enormen Unterschiede zwischen dem französischen und dem deutschen
 sicherheits- und verteidigungspolitischen Ansatz nicht erkennen zu können. Auch die Franzo-
 sen schrieben die Skepsis der Bundesrepublik über die Projektion von Macht außerhalb Euro-
 pas Bonns Sonderstatus infolge der Besatzung und des Kalten Krieges zu. Bis sich die Enttäü-
 schung über Deutschlands Haltung zum Golfkrieg 1991 breit machte, erwartete man in Paris
 offensichtlich, dass Frankreich und Deutschland nach der deutschen Wiedervereinigung zur
 treibenden Kraft für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik werden würden.
 Wollte man Bonn nicht direkt konfrontieren, hatte man in Paris – wiederum wie in Washing-
 ton – keine andere Wahl, als die Erklärung mit "verfassungsrechtlichen Problemen" hinzu-
 nehmen, doch die der Weigerung Bonns, militärische Gewalt einzusetzen, zu Grunde liegende
 Bedeutung hatte auf Frankreich viel größere Auswirkungen als auf die Vereinigten Staaten.
 Washington suchte schließlich nur nach Partnern für die Golfkriegs-Koalition, doch Frank-
 reich hatte gehofft, sich deutsches Material und deutsche Humanressourcen zu Nutze machen
 zu können, um seine eigene Vision europäischer Sicherheit verwirklichen zu können.

Diese Vorstellung ist, was nicht weiter überrascht, das Ergebnis der Erfahrungen der Fünften
 Republik, genauso wie sich Deutschlands Haltung aus der Geschichte der Bundesrepublik
 ableiten lässt. Spätestens im Umgang mit der Krise in Jugoslawien in den Jahren 1991 und
 1992 hätte Paris eigentlich merken müssen, wie weit die Vorstellungen beider Länder ausein-
 ander gehen.⁵⁵ Sollte Europa, wie dies einzelne europäische Staaten während der vergangenen
 500 Jahre taten, militärische und nicht nur wirtschaftliche Macht über sein eigenes Gebiet
 hinaus zur Geltung bringen, werden diese beiden Sichtweisen unter einen Hut gebracht wer-

⁵³ Der Doppelbeschluss hatte den Plan der NATO zum Inhalt, als Antwort auf die Stationierung von SS20-
 Raketen durch die Sowjetunion, neue Mittelstrecken-Atomraketen in Westeuropa zu stationieren, gekoppelt
 mit dem Angebot, über die Begrenzung solcher Waffen zu verhandeln (womit ein Rückzug der SS20-
 Raketen durch die Sowjetunion gegen die Verpflichtung der USA, keine neuen Waffen zu stationieren, er-
 reicht werden sollte). Siehe Dennis L. Bark/David R. Gress: *A History of West Germany*, Band 2: *Democ-
 racy and its Discontents, 1963-1988*, Oxford 1989, S.308ff.

⁵⁴ Zu Einzelheiten über diesen Zeitraum siehe Edwina S. Campbell: *Germany's Past and Europe's Future: The
 Challenges of West German Foreign Policy*, Washington 1989, S.153ff.

⁵⁵ Siehe Edwina S. Campbell/Jack M. Seymour, Jr.: *France, Germany and the Yugoslavian Wars*, in: *Con-
 stantine P. Danopoulos/Kostas G. Messas (Hrsg.): Crises in the Balkans: Views from the Participants*, Boul-
 der, CO 1997, S.297-310.

den müssen. Doch der Einfluss, den Deutschland auf den Erfolg der Währungsunion hat, scheint Bonn größeres Gewicht bei der Entscheidung zu verschaffen, welche Vorstellung sich letztlich durchsetzen wird.

6. Die Modelle Frankreichs und Deutschlands: Projektion von Macht oder Trittbrettfahrt?

Einer der scharfsinnigsten Beobachter der deutsch-französischen Beziehungen, Axel Sauder, schrieb 1995, dass "die deutsche Vorstellung einer wirklich integrierten, föderalistischen Europäischen Union, die sich auf ihre eigene friedliche Entwicklung konzentriert, im völligen Widerspruch zur Rolle des französischen Staats innerhalb Europas aus der Sicht der Franzosen steht". Sauder bemerkte: "Die französische Europapolitik war darüber hinaus stets darauf ausgerichtet, ein nach außen handlungsfähiges Europa zu schaffen, das für Frankreich ein Machtmultiplikator sein könnte."⁵⁶ Das französische Modell zielt in der Tat nicht nur darauf ab, die Macht Frankreichs oder eines anderen einzelnen Mitgliedstaates zu vergrößern, sondern darauf, ein Europa zu schaffen, das unter Einsatz seiner eigenen Mittel in der Lage ist, in einer gefährlichen Welt zu überleben und zu gedeihen.

Der französische Verteidigungsminister Alain Richard beschrieb das französische Europa-Konzept bei einer im April 1998 in Washington gehaltenen Rede folgendermaßen:

"Frankreich ist der Ansicht, dass ein starker europäischer Partner einer der Schlüssel zum Erhalt der Interessen und des Engagements der Amerikaner auf unserem Kontinent ist. Die Währungsunion, unsere Bemühungen, der Europäischen Union eine größere politische Dimension zu verleihen, oder auch unser Streben nach einer gerechteren Lastenverteilung innerhalb der NATO dürfen nicht als Bedrohung aufgefasst, sondern sollten als Beitrag zu einer Erneuerung und Verstärkung der transatlantischen Partnerschaft angesehen werden. Ein schwacher europäischer Partner würde immer mehr Kritik auf sich ziehen und irgendwann vielleicht sogar zum Gespött werden. Ein starker Partner sorgt für gegenseitigen Respekt und auch einige Herausforderungen."⁵⁷

Richard folgerte am Ende seiner Rede, dass Frankreich wie das Vereinigte Königreich einer der "wenigen Staaten" sei, der "beabsichtigt, seine militärischen Strukturen direkt proportional zu seinen internationalen Verpflichtungen zu erhalten". Er listete vier "grundlegende Elemente internationaler Politik und Verteidigungspolitik, die wir mit den Vereinigten Staaten gemeinsam haben", auf:

- die Bereitschaft, einen großen Teil des Staatshaushalts in die Verteidigung zu investieren,
- eine strategische Vorstellung des weltweiten Mächtegleichgewichts und eine Position in internationalen Institutionen, von der aus sich diese Vision umsetzen lässt,
- Verständnis für die Rolle des militärischen Instrumentariums im Erhalt von Frieden und nationaler Sicherheit und die Bereitschaft, es nötigenfalls auch einzusetzen, und
- die Verpflichtung gegenüber den Werten der Freiheit und Demokratie weltweit.⁵⁸

⁵⁶ Axel Sauder: Alles neu macht der Mai? Die Zukunft der deutsch-französischen Sonderbeziehung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/95, S.442-443.

⁵⁷ Intervention du Ministre Alain Richard devant le US-CREST, Washington D.C., 29.4.1998.

⁵⁸ Ibid.

So wies Richard am Vorabend der Währungsunion auf die zwei wesentlichen Eigenschaften des französischen Modells eines zukünftigen Europas hin, die gegenwärtig die Sicherheitspolitik der Fünften Republik entscheidend prägen: keine regionale, sondern eine globale Sichtweise und die Anerkennung einer sowohl zur Abschreckung als auch zur Verteidigung in der internationalen Politik einsetzbaren Machtrolle. Für Paris stellen, so der Verteidigungsminister, die Währungsunion und die Anpassung der NATO an die neuen Gegebenheiten gleichermaßen Mittel zum Zweck dar, Frankreichs "gewisse Vorstellung" von Europa zu verwirklichen. Doch dieser Fall wird nur eintreten, wenn sich das französische Modell mit dem deutschen vereinbaren lässt. Da die beiden Modelle nur sehr wenig Gemeinsamkeiten aufweisen, erscheint dies jedoch eher zweifelhaft.

Das deutsche Modell sieht Europa als regionale, nicht globale Einheit und betrachtet die Androhung oder den Gebrauch von Gewalt als unangebracht, es sei denn, es handelt sich um sehr eng definierte Fälle der Selbstverteidigung oder international sanktionierte Interventionen. So versucht das deutsche Modell genau das zu erreichen, was das französische um jeden Preis verhindern will, nämlich den Verlust der Autonomie im Bereich strategischer Entscheidungsfindung. Für die Deutschen bietet ihr Modell jedoch einen Weg aus dem historischen deutschen Dilemma heraus: Wer autonom ist, muss Entscheidungen treffen, und wer Entscheidungen trifft, nimmt manchmal auch ein Risiko auf sich.

Die Angst davor, eine falsche Entscheidung zu treffen – was Deutschland während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts so oft getan hat –, prägt die außenpolitische Debatte in der Bundesrepublik. Zu Beginn der 80er-Jahre, als die öffentliche Meinung und die Eliten fassungslos vor dem NATO-Doppelbeschluss und den Äußerungen des damaligen US-Präsidenten standen, erreichte sie ein astronomisches Ausmaß. Die damalige Diskussion hatte zum Ergebnis, dass Deutschland uncharakteristischerweise den Schutz durch die Vereinigten Staaten zurückwies, doch generell vertrat man eher die Haltung, dass es besser sei, die Amerikaner die schwierigen Entscheidungen fällen zu lassen, vom Erfolg Washingtons zu profitieren und über seine Misserfolge zu nörgeln.

Christian Meier bezeichnete diese Eigenschaft der alten Bundesrepublik als "Geistlosigkeit unter der schützenden Hand der NATO" und stellte fest, dass die Deutschen während der Jahre des Kalten Kriegs eine "Auszeit von der Weltpolitik"⁵⁹ nahmen: "Noch entschiedener als in anderen Bereichen glaubten die Deutschen, dass sie die negativen Aspekte der Weltgeschichte *definitiv* hinter sich gelassen hatten. Wer wollte an Krieg denken, noch dazu in Europa; wer wollte schon glauben, dass die Bundesrepublik militärische Verpflichtungen nicht für immer und ewig umgehen könnte?"⁶⁰

Aus französischer (und amerikanischer) Sicht bringt das deutsche Modell allerdings zwei Schwierigkeiten mit sich: Die Bundesrepublik überließ nicht nur die schwierigen politisch-militärischen Entscheidungen mit globaler Tragweite den Vereinigten Staaten – wie dies Washington damals mit London getan hatte –, sondern man entwickelte in Bonn eine Aversion der bloßen Vorstellung gegenüber, militärische Macht als ein Instrument nationaler Macht einzusetzen. Eine solche Haltung wurde von den Vereinigten Staaten nie vertreten, und diese Ansicht macht das deutsche Modell der Zukunft Europas für Frankreich noch problemati-

⁵⁹ Christian Meier: Am Ende der alten Bundesrepublik, in: Merkur, Nummer 7, Juli 1994, S.565.

⁶⁰ Ibid., S.566, Betonung aus dem Original übernommen.

scher. Wie Lothar Gutjahr schrieb: "In forty years West Germany had developed a culture of restraint which had become a trademark for its foreign policy."⁶¹

Gutjahr äußert sich ziemlich optimistisch über Bonns Antwort auf die Veränderungen der geostrategischen Lage Deutschlands seit 1989/90, doch was er als "a broader strategic outlook with a strong European focus" bezeichnet, ist von der französischen Vorstellung Europas noch immer weit entfernt. Gutjahr stellt fest: "Bonn's political and military aim is so-called 'neighborhood stability'." Das bedeutet wiederum, dass drei Prioritäten gesetzt werden: die Verhinderung des Aufstiegs einer neuen militärischen Supermacht innerhalb Europas, die Fähigkeit zur Erkennung und Bekämpfung potenzieller und tatsächlicher Konflikte innerhalb Europas und der Schutz Europas vor "negativen Einflüssen" in seinen Randgebieten.⁶² Für amerikanische Ohren klingt das verdächtig nach der durch die Monroe-Doktrin verordneten Sicherheitspolitik, bei der es auch um "Sicherheit in der Nachbarschaft" ging, während sich jemand anders um die Großstadt kümmern sollte, in der die Nachbarschaftspfleger wohnten.

Seit 1990 teilt Deutschland auch ein weiteres Merkmal der ersten Phase amerikanischer Sicherheitspolitik: die Auffassung, dass "weiche Macht", also wirtschaftlicher Einfluss und Diplomatie, wichtiger sei als die durch militärische Kapazität vertretene "harte Macht".⁶³ Für einen Staat, dessen grundlegende Sicherheitsinteressen – laut Gutjahr "domestic wealth, trade security, and international political stability"⁶⁴ – durch den Schlüsselstaat im internationalen System verteidigt werden, ist es immer einfach, eine solche Auffassung zu vertreten. Vor etwa hundert Jahren waren auch die Vereinigten Staaten Verfechter der Theorie der weichen Macht und appellierten an andere Staaten, die Politik der "offenen Tür" in China zu respektieren und ihre Streitigkeiten durch internationale Instanzen schlichten zu lassen. Gleichzeitig investierte das Vereinigte Königreich genug in die harte Macht, die nötig war, um amerikanische und britische Interessen abzusichern.

Zumindest ein deutscher Experte, einer der wichtigsten außenpolitischen Berater der Regierung aus SPD und Grünen, die im Oktober 1998 ihr Amt antrat, hat erkannt, dass die Bundesrepublik der gleichen Versuchung wie damals die Vereinigten Staaten erliegt, nämlich die "Trittbrettfahrt" so lange wie möglich auszukosten. In Anlehnung an die zweite Phase amerikanischer Sicherheitspolitik argumentiert Karl Kaiser, dass die Trittbrettfahrt für Deutschland nunmehr zu Ende ist und auch zu Ende sein sollte, da "es das Schicksal von Großmächten, zu denen Deutschland wieder gehört" ist, das internationale System aktiv zu prägen und nicht nur Nutznießer zu sein. Gemäß Kaiser trägt Deutschland auf drei Ebenen Verantwortung: für seine eigenen Bürger, für die Europäische Union und für das weltweite System. Eine Weigerung, diese internationale Verantwortung auf sich zu nehmen wäre, so Kaiser, besonders gefährlich, denn dadurch würde anderen die Entscheidungsfreiheit über Belange, die auch Deutschland etwas angehen, eingeräumt. Andererseits wären jedoch, sollte das internationale System Schaden nehmen, deutsche Interessen in jedem Fall mit betroffen.⁶⁵

⁶¹ Lothar Gutjahr: Stability, integration and global responsibility: Germany's changing perspectives on national interests, in: Review of International Studies, 1995, 21, S.312.

⁶² Ibid., S.315.

⁶³ Karl Kaiser: Deutsche Außenpolitik in der Ära des Globalismus, in: Internationale Politik, 1/95, S.33-34.

⁶⁴ Gutjahr, S.315. Interessanterweise sind dies dieselben Interessen wie die der jungen Vereinigten Staaten in der Blütezeit des britischen Empire.

⁶⁵ Kaiser, S.34-35.

Dennoch gehören auch Experten wie Kaiser, die eine Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene anerkennen, zu einer "clear majority of German experts who are wary of (if not outright opposed to) traditional notions of power, while an overwhelming number of non-German analysts still believe that such notions of power are relevant".⁶⁶ Genauer gesagt ist die französische Regierung der Ansicht, dass diese Ausprägung von Macht noch immer relevant ist, sie ist jedoch mit einem deutschen Partner konfrontiert, der sich Jahrzehnte lang in "a niche of world affairs" eingenistet hatte, "whose Gemuetlichkeit [Germans] enjoyed uninhibitedly, with their security being protected by the United States and the Western Alliance, and the peace of their minds thus shielded from the harsh realities of world politics".⁶⁷

Infolgedessen steht Deutschland nun vor denselben Problemen wie damals die Vereinigten Staaten, als deren Trittbrettfahrt ein Ende nahm: Es hat nicht nur eine Öffentlichkeit, die sich weigert, sich mit der harten Realität auseinander zu setzen, sondern auch eine politische Elite, die bis zu einem gewissen Grad selbst dazu unfähig ist. T.G. Otte beobachtete: "[M]uch of the present confusio teutonica may be attributed to the lack of an informed foreign affairs establishment or, indeed, of a political elite, that could coherently redefine German interests and support an effective policy."⁶⁸ Aus geschichtlicher Sicht stellte der Isolationismus der Vereinigten Staaten dasselbe Bedürfnis dar, in der "Normalität" der amerikanischen Nische zu verweilen, wie die Deutschen heute lieber in ihrer Nische bleiben möchten. Auch der politischen und außenpolitischen Elite der Vereinigten Staaten fehlte es extrem an Sachkenntnissen über manche Teile der Welt, vor allem in Bezug auf den Nahen Osten und Afrika als Gegenden, die nach dem Zweiten Weltkrieg rasch große Bedeutung für die amerikanische nationale Sicherheitspolitik erlangten.

Wie ihre amerikanischen Vorgänger in den 20er-Jahren, die die Augen vor den Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die weltweite politisch-militärische Rolle der Vereinigten Staaten verschlossen, "Germany's political leaders have so far been reluctant to recognize the change [in Germany's position since 1989] and to make public their views on the future course of the country's foreign policy".⁶⁹ Stattdessen versteifen sie sich darauf, was Otte als "Genschering on" bezeichnet, eine Haltung, deren Hauptmerkmale "the evasion of decisions" und "the German peculiarity of expecting the solution of political problems from means other than political ones, especially economic ones"⁷⁰ sind. Dieser Glaube an von der Politik getrennte wirtschaftliche Allheilmittel war auch für die Vereinigten Staaten in den 20er-Jahren typisch.

⁶⁶ Gunter Hellmann: Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany, in: Mershon International Studies Review, 1996, 40, S.27.

⁶⁷ T.G. Otte: Whither Germany?, in: Diplomacy and Statecraft, Band 6, Nummer 1, März 1995, S.281. Auf den Seiten 282-283 argumentiert Otte, dass die deutschen Historiker auch an der Bildung dieser Nische Schuld tragen. Er spricht hier von "an almost systematic neglect of political (international) history and foreign affairs in general" und "an ideological taboo on such key concepts as 'balance of power', hegemony', 'nation state' und 'geopolitics'".

⁶⁸ Ibid., S.283. Es wird oft übersehen, dass die westdeutschen Außenpolitiker Scheuklappen tragen. Während des Kalten Krieges gab es eine äußerst gut über die (für die Bundesrepublik) wichtigsten funktionellen und geografischen Bereiche der transatlantischen, inner-europäischen und Ost-West-Beziehungen informierte Elite, doch sobald andere Teile der Welt gefragt waren, existierten so gut wie keine Fachleute. Als ich 1985/86 im Rahmen eines akademischen Austauschprogrammes im Bonner Bundestag und Außenministerium tätig war, war ich äußerst erschrocken, als ich infolge des Zusammenbruchs des Marcos-Regimes auf den Philippinen als Experte für die Beziehungen zwischen den USA und den Philippinen herangezogen wurde, weil es offenbar ansonsten niemanden gab. Einer der Gründe für Deutschlands Zurückhaltung in der Diskussion von Fragen des Maghrebs, des südlichen Afrikas oder der südchinesischen See mag ein Mangel an Sachkenntnis in diesen Bereichen sein, den man jedoch ungern eingestehen möchte.

⁶⁹ Ibid., S.287.

⁷⁰ Ibid., S.289.

Wie ergeht es nun Frankreich mit dieser Situation? Im Grunde ergeht es Frankreich mit Deutschland heute nicht anders als Großbritannien mit den Vereinigten Staaten in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen: Man steht einem Partner gegenüber, der zwar reich an Ressourcen ist und in der Lage wäre – sich jedoch aus historischen Gründen weigert –, diese Ressourcen in die Projektion militärischer Macht zu investieren, die dazu nötig ist, ein weltweites politisches und wirtschaftliches System aufrecht zu erhalten, einer dessen größten Nutznießer er ist. Im Gegensatz zu der Lage in den 20er und 30er-Jahren kommen heute jedoch noch zwei Faktoren hinzu: die hohen Erwartungen, die Washington und Paris an Bonn als "Führungspartner" haben, und die Europäische Währungsunion. Frankreich versucht gegenwärtig, innerhalb einer durch Deutschland dominierten Währungsunion eine unabhängige Verteidigungspolitik aufrecht zu erhalten, das heißt ein autonomes Verteidigungsbudget. Gleichzeitig wird Paris wahrscheinlich versuchen, Bonn davon zu überzeugen, deutsche Mittel in die Fähigkeit Europas zur Machtprojektion zu investieren.

Schon aus dem Grund, dass Bonn von der deutschen Öffentlichkeit unter Druck gesetzt wird, den Euro stark zu halten und jeglichen inflationären Tendenzen im Euro-Raum mit sofortiger Wirksamkeit zu begegnen, wird man sich dort wohl nicht nur weigern, die eigenen Rüstungsausgaben in die Höhe zu schrauben, sondern auch Paris dazu anhalten, diesem Beispiel zu folgen. Seit dem 1. Januar 1999 ist Bonn auch in einer viel besseren Position, solchen Druck auszuüben, als während der Jahre 1995/96, als Frankreich seine letzten Atomtests durchführte und eine groß angelegte Reform seiner Streitkräfte ankündigte, was Deutschland beides enorm missfiel.⁷¹ Interessant wird nun sein, ob Deutschland sich davon zurückhält, seine finanzielle und wirtschaftliche Schlagkraft dazu einzusetzen, Frankreich einen Strich durch die Rechnung seiner sicherheitspolitischen Beschlüsse zu machen, oder ob es, wie die Vereinigten Staaten zum Zeitpunkt der Suezkrise des Jahres 1956, nicht widerstehen kann, seine eigene Macht zur Geltung zu bringen, und das gegen seinen engsten europäischen Partner.

7. Das gemeinsame Tragen von Lasten in Theorie und Praxis

Einer der großen Fehler der amerikanischen Außenpolitik besteht darin, dass den Aussagen Frankreichs und Deutschlands über die transatlantischen Beziehungen zu großer Glaube geschenkt wird und dabei übersehen wird, an wen diese Worte eigentlich gerichtet sind. Die für Bonn interessante Zielgruppe sind die amerikanischen Außenpolitiker in Washington, während sich Paris in erster Linie an die eigene Bevölkerung wendet, wie dies auch für Washington gilt. Ein französischer Präsident, der von "grandeur" und Unabhängigkeit spricht, weiß die eigene Bevölkerung ebenso gut einzuschätzen wie ein amerikanischer Präsident, der von "evil empires and star wars" spricht. Sie haben, um es auf den Punkt zu bringen, wohl einfach die pädagogische Funktion der Rhetorik innerhalb einer Demokratie verstanden. Die Deutschen hingegen – die bombastischen Reden Wilhelms II und das Gift, das Josef Goebbels verspritzte, noch in allzu schlechter Erinnerung – scheinen unfähig, zwischen Rhetorik und Demagogie zu unterscheiden, weshalb ihnen seit jeher eine der grundlegenden Funktionen einer demokratischen politischen Führung fehlt.⁷²

⁷¹ Siehe Edwina Campbell: *France's Defence Reforms: The "Challenge of Empiricism"*, London Defence Study 36, Brassey's für das Centre for Defence Studies, King's College, London, Oktober 1996, und Pierre Dabiez/Jean Klein (Hrsg.): *La réforme de la politique française de défense*, Paris 1998.

⁷² Bis auf eine beachtenswerte Ausnahme: den ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, dessen eloquente Reden offenbar ein Grundbedürfnis der deutschen Bürger stillten, sodass sie in Büchern und auf Audiokassetten reißenden Absatz fanden. Im Ausland ist seine Rede zum 40. Jahrestag des Sieges der Alliierten über Deutschland vom 8. Mai 1985 am bekanntesten, doch im Laufe seiner 10-jährigen Amtszeit als Präsident hielt er eine große Anzahl brillanter Reden.

Die französische politische Führung wendet sich an eine Bevölkerung, die sich der transatlantischen, bzw. allgemeiner, internationalen Zusammenarbeit nicht entgegenstellt, jedoch zur Bedingung macht, dass Frankreich sich in dieser Zusammenarbeit aus einer Position der Stärke – nicht der Schwäche – heraus engagiert und dass dieses Engagement von den Partnern auch geschätzt wird. Dafür sollten die amerikanischen Politiker sehr viel Verständnis haben, da dies nicht zuletzt auch die Erwartungen ihrer eigenen Bevölkerung widerspiegelt, doch irgendwie spricht man auf den beiden Seiten des Atlantiks wirklich nicht die gleiche Sprache. Zu Beginn des Jahres traten "the almost institutionalized quality of needling"⁷³ zwischen Paris und Washington und ihre "reciprocal paranoia"⁷⁴ wieder besonders stark hervor.

Die deutsche Rhetorik andererseits ist auf Washington zugeschnitten, und so erzählte man der amerikanischen Führung schon immer genau, was diese hören wollte. Der Hund liegt nun jedoch darin begraben, dass es den deutschen Politikern oft schwer fiel, wenn nicht sogar völlig misslang, gemachte Versprechen auch einzulösen. Bonns Lippenbekenntnisse waren oft nicht im Einklang mit der sicherheitspolitischen Einstellung der deutschen Öffentlichkeit und der politischen Elite, was sich in diesem Fall nicht nur auf die Vertreter der Opposition beschränkte, sondern auch die Mitglieder der eigenen Regierungskoalitionen betraf.⁷⁵ Zu Beginn des Jahres 1999 war die große Frage, ob sich die Sachlage auf Grund der im September 1998 erfolgten Wahl des dritten sozialdemokratischen Bundeskanzlers, Gerhard Schröder⁷⁶, ändern würde.

Der erste Vorstoß, den der grüne Außenminister in Schröders Regierung, Joschka Fischer, in die Gefilde der NATO unternahm, richtete das Augenmerk auf diese Frage. Fischers Vorschlag einer NATO-internen Debatte über den Verzicht auf die Option des atomaren Erstschlags war brisant und führte auch tatsächlich zu einiger Verstimmung in Washington.⁷⁷ Doch im Gegensatz dazu, wie seine Aussagen auf amerikanischer Seite zunächst ausgelegt wurden, versuchte Fischer nicht, den Wählern seiner eigenen Partei um den Bart zu gehen oder erlag bei seinem Besuch im Außenministerium dem Einfluss seiner eigenen in jungen Jahren vertretenen Ablehnung der Atomwaffenpolitik der NATO während des Kalten Krieges. Er versuchte, eine der größten Unstimmigkeiten der deutschen Sicherheitspolitik offen

⁷³ Vinocur, International Herald Tribune, 3.2.1999.

⁷⁴ Pfaff, International Herald Tribune, 8.2.1999.

⁷⁵ Die Sophisterei, wenn nicht gar die Janus-Köpfigkeit, die deutsche Politiker aller Parteien bezüglich dieses Problems an den Tag legen, begann mit der ersten schweren Kabinettskrise der Bundesrepublik, die wegen der Frage der Wiederaufrüstung ausbrach. Über einen langen Zeitraum hinweg konnte aufkommende Unzufriedenheit im Lande durch die Antwort "Die Amerikaner wollen das so." zum Schweigen gebracht werden, egal welche Politik gerade verfolgt wurde. Als es diese Option nach dem Vietnamkrieg und vor allem während der 80er-Jahre nicht mehr gab, bezeichnete Bonn instinktiv seine Beteiligung an transatlantischen Projekten den Vereinigten Staaten gegenüber als "Solidarität unter Bündnispartnern", während man der eigenen Bevölkerung die Erklärung gab, dass diese Teilnahme nötig war, um die unberechenbaren Amis mit ihrem "Cowboy"- oder "Rambo"-Gebaren zu zügeln. Ich lebte 1985 in Bonn und kann mich noch gut daran erinnern, wie ich amerikanische Berichte über ein Treffen einer deutsch-amerikanischen Arbeitsgruppe über die geplante Entwicklung des SDI in Washington damit verglich, was die deutsche Delegation bei ihrer Rückkehr nach Deutschland öffentlich berichtete. Ich fragte mich damals (und frage mich auch heute noch), ob die amerikanische Botschaft je über solche Diskrepanzen Bericht erstattete und falls ja, was mit diesen Berichten in Washington geschah.

⁷⁶ 36 Jahre ihrer 50-jährigen Geschichte lang wurde die Bundesrepublik von christdemokratischen Kanzlern (CDU) regiert. Dabei fielen 30 dieser 36 Jahre unter die Führung nur zweier Männer, Konrad Adenauers (1949-1963) und Helmut Kohls (1982-1998). Schröders zwei SPD-Vorgänger waren Willy Brandt (1969-1974) und Helmut Schmidt (1974-1981). Nur Adenauer regierte während einer vierjährigen Amtszeit mit einer CDU-Mehrheit (1957-1961), alle anderen Bundesregierungen waren Koalitionsregierungen.

⁷⁷ John Schmidt: By Coincidence, Bonn Leads Europe, in: International Herald Tribune, 20.1.1999.

zur Debatte zu stellen: Bonns offizielle Unterstützung der Atompolitik seiner wichtigsten Partner – also Washington, London und Paris – im Rahmen der NATO und die gleichzeitige Ablehnung von Atomwaffen (im Allgemeinen und von deren Erstgebrauch im Besonderen) durch die deutsche Öffentlichkeit und die politische Elite.

Solange die zu Beginn des Kalten Krieges errichteten Strukturen des internationalen Systems Bestand hatten, waren solche Unstimmigkeiten für die amerikanische (britische oder französische) Sicherheitspolitik außerhalb Europas nicht von Bedeutung. Die Bundesrepublik hatte weder großen Einfluss auf die Politik Washingtons gegenüber anderen Teilen der Welt noch auf die durch Paris oder London verfolgte Politik. Die Rolle Frankreichs im südlichen Afrika und die Entschlossenheit Großbritanniens, im Krieg um die Falkland-Inseln 1982 nicht nachzugeben, missfielen der westdeutschen Öffentlichkeit und ihrer politischen Führung ganz offensichtlich, doch die Bundesrepublik wurde explizit während des Kalten Krieges auch nicht gebeten, militärische Schritte zu unternehmen, um seine NATO-Partner in anderen Teilen der Welt zu unterstützen.

Während dieser Jahre lehnten die Deutschen die amerikanische, französische und britische Politik eigentlich gleichermaßen ab; der einzige Unterschied bestand darin, wie unverhohlen die Meinung über die einzelnen Staaten in der Öffentlichkeit geäußert wurde. In den 80er-Jahren standen die Vereinigten Staaten im Kreuzfeuer der Kritik durch das gesamte deutsche politische Spektrum, während Frankreich auf Grund der Sorge um die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft und der deutsch-französischen Beziehungen von öffentlicher Kritik weitgehend verschont blieb.⁷⁸ Die gegenüber Großbritannien verfolgte Strategie war in vielerlei Hinsicht die interessanteste von allen, da die Verärgerung über die britische Politik in den 80er-Jahren zu einer wirklich erstaunlichen persönlichen Antipathie gegen Premierministerin Thatcher seitens hochrangiger deutscher Politiker führte. Während ihrer gesamten Amtszeit war die öffentliche Debatte um die deutsch-britischen Beziehungen von subtilen (aber auch mehr als deutlichen) Angriffen auf die Premierministerin geprägt.⁷⁹ Man gewann dadurch immer den Eindruck, Probleme hätten mehr mit Frau Thatchers Person zu tun als mit den oft unterschiedlichen Strategien beider Staaten. Auch hierdurch wurde der deutschen Öffentlichkeit wieder der Blick darauf verstellt, wie stark sich Bonns Auffassung von der Natur internationaler Politik und der militärischen Rolle, die Europa darin spielen sollte, von der durch seine drei wichtigsten Partner vertretenen unterschied.

Fast zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges stehen der Bundesrepublik im Umgang mit Washington, Paris oder London keine dieser Optionen mehr zur Verfügung. Alle drei Staaten erwarten von Deutschland die Teilnahme an "Koalitionen von Freiwilligen" zur Prävention und zur Eindämmung von Krisen, sowohl inner- als auch außerhalb des NATO-Bündnisgebiets. Darüber hinaus erwartet Frankreich – zumindest offiziell – von Deutschland eine gewisse Verpflichtung einem Europa gegenüber, das als solches unabhängig und innerhalb eines neu definierten transatlantischen Bündnisses Macht nach außen ausstrahlt. Sich aus

⁷⁸ Bis zum Sommer 1995, als die Entschlossenheit des neu gewählten französischen Präsidenten Jacques Chirac, geplante Atomwaffentests zu Ende zu führen, in Deutschland zu einem ähnlich heftigen Proteststurm führte, wie ihn die Amerikaner zu Beginn der 80er-Jahre erlebt hatten (obwohl er viel kurzlebiger war, denn Frankreich hörte mit den Versuchen auf).

⁷⁹ Ziemlich konsequent wurde dies unter anderem dadurch verfolgt, dass die deutschen Medien kaum den Titel "Premierministerin" gebrauchten und stattdessen beispielsweise schrieben: "... der Bundeskanzler traf den französischen Präsidenten und Frau Thatcher ...", was den Eindruck erweckte, dass eine unbekannte Frau (aber stets "eiserne Lady") in das Gipfeltreffen geplatzt war. Geht man davon aus, wie sie von 1979 bis 1989 von ihren deutschen Kollegen behandelt wurde, erscheint mir deren Erstaunen darüber, dass sie von der Wiedervereinigung Deutschlands 1989-1990 nicht sonderlich begeistert war, als etwas geschauspielert.

politisch-militärischen Entscheidungen, die die Welt jenseits der Grenzen Europas betreffen, herauszuhalten, die "Ohne mich"-Strategie der alten Bundesrepublik weiter zu verfolgen, ist für das neue Deutschland nicht mehr möglich. Oder doch?

Washington und – vor allem – Paris müssen endlich aufhören, sich etwas vorzumachen. Die Aversion politisch-militärischen Engagements gegenüber sitzt in Deutschland mindestens so tief wie früher in den Vereinigten Staaten, und die Antipathie, die jeglicher Gewaltanwendung entgegengebracht wird, ist sogar noch tiefer verwurzelt. Die Erweiterung der NATO und die Teilnahme der Bundeswehr an der SFOR als Zeichen eines erwachenden deutschen Bewusstseins für Bonns und Europas Verantwortung im Hinblick auf die Projektion von Macht auf weltweiter Ebene anzusehen, würde bedeuten, dass man den Fehler begeht, den Aussagen der Bundesrepublik wieder einfach unreflektiert Glauben zu schenken. Die deutsche Strategie des Jahres 1999 hat nämlich noch immer dasselbe Ziel wie seit 1949: den Erhalt des politisch-militärischen Engagements der USA in Europa unter Umgehung der Verpflichtung Deutschlands – und nun Europas –, den Vereinigten Staaten einen Teil der weltweiten politisch-militärischen Last abzunehmen.

Ein wichtiger Unterschied besteht jedoch zwischen der aktuellen rot-grünen Regierung, die im Oktober 1998 ihr Amt antrat, und ihrer langjährigen Vorgänger-Regierung. Möglicherweise weil diese neue Regierung durch lange Jahre der Opposition weniger mit der amerikanischen Exekutive und stattdessen mehr mit dem Kongress, den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten und den politischen Parteien der Vereinigten Staaten zu tun hatte, scheint die Schröder-Fischer-Koalition eher zu verstehen, unter welchem innenpolitischen Druck Washington steht, die NATO noch im Verlauf ihres 50. Jubiläumjahres in einen globalen Kontext zu rücken und so neu zu definieren. Die neue Regierung scheint zu erkennen, wie zuwider der amerikanischen Öffentlichkeit und dem Kongress das Nutznießer-Verhalten Europas ist.

Auf amerikanischer Seite fehlt jedoch eine Parallelentwicklung, durch die man größeres Verständnis für den Widerwillen der deutschen öffentlichen und Elite-Meinung, die von den Vereinigten Staaten gewünschte weltweit tragende politisch-militärische Rolle zu spielen, zeigen würde. Der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping erkennt zwar "America's justified expectation to be able to turn over part of the burden of joint security to the Europeans"⁸⁰ an, doch diese Aussage muss, wenn man sie richtig verstehen will, im Zusammenhang mit der Erklärung des deutschen Außenministers gesehen werden: "NATO has always had a regional structure, and I think it is not without risk to open that structure and propel the organization toward broader purposes and a broader area."⁸¹ Obwohl man also nun für Washingtons Forderungen offener geworden ist, verweilt das neue Bonner Konzept der Lastenverteilung trotzdem auf regionaler Ebene, beschränkt auf die "Stabilität in der Nachbarschaft" Europas, und schließt eine globale politisch-militärische Rolle aus.

Im ersten Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges konnte sich die Bundesrepublik größtenteils vor einer solchen globalen Rolle drücken. 1994/95 gelang es Deutschland gegen den Widerstand Frankreichs, Amerika für eine Erweiterung der NATO zu gewinnen, und das ohne Washington irgendein *quid pro quo* im Sinne eines deutschen oder europäischen militärischen Engagements zur weltweiten Stabilität zu versprechen. Zu etwa derselben Zeit, nämlich 1996/97, scheiterte die Strategie Frankreichs unter der Präsidentschaft Chiracs, die künftige Anwesenheit Europas auf der politisch-militärischen Weltbühne sicherzustellen, an den

⁸⁰ Vinocur, International Herald Tribune, 13.1.1999.

⁸¹ Roger Cohen: We Will Deal With Our History, in: International Herald Tribune, 29.1.1999.

französisch-amerikanischen Zwistigkeiten über AFSOUTH, das Kommando Südeuropa der US-Airforce, die für äußerst schlechte Stimmung sorgten. Der Streit verhinderte die Reintegration Frankreichs in die integrierten Kommandostrukturen der Allianz und machte die Pläne Frankreichs, die NATO unter der Führung Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens an die neuen Gegebenheiten anzupassen, zunichte.

Während der Jahre 1995 und 1996 verfolgte Frankreich eine ganz klare und schlüssige Strategie, Frankreichs und Europas Anteil an der weltweiten Projektion von Macht zu erhalten. Die Streitkräfte und die Rüstungsindustrie wurden reformiert, es bestand eine ad hoc-Zusammenarbeit mit Großbritannien auf militärischer Ebene – Atomwaffen mit eingeschlossen –, und man arbeitete an der Reintegration der französischen Streitkräfte in die NATO. Im Rahmen des westlichen Bündnisses sah man in Paris die Möglichkeit, dass sich die drei historischen Bündnisstaaten zusammenschließen und eine Art "Magnetwirkung" auf Deutschland ausüben könnten, durch die man zu einer Einigung über die Notwendigkeit, neue Befugnisse für Einsätze außerhalb des Bündnisgebiets und flexible Koalitionen von Freiwilligen oder, um es in der Terminologie der Allianz auszudrücken, "combined joint task forces" zu entwickeln, gelangen könnte.

Im Hinblick auf die angestrebte weltweite Lastenverteilung war Washington natürlich mehr daran interessiert, den französischen Ansatz zur Anpassung der NATO als den deutschen Ansatz zur Erweiterung der NATO zu unterstützen. Steven Kramer schrieb:

"[B]oth the United States and France define security policy as a fundamental national interest, ... conceive of national defense in global terms and maintain militaries capable of intervention all over the globe (naturally, on a different scale). In the long term, a tough and independent Europe, willing and able to play an international role, ... would certainly be preferable to one that ... defines itself, under German influence, as a purely regional power. ... The United States shares with France an appreciation that, given the world is still a dangerous place, a role exists for the prudent exercise of power and military force."⁸²

Anstatt sich darauf zu konzentrieren, ließ sich Washington jedoch davon ablenken, dass Deutschland in der Frage der NATO-Erweiterung nicht locker ließ und überzogen auf die Verteidigungsreformen Frankreichs des Jahres 1996 reagierte.

Bis heute ist unklar, in welchem Ausmaß Deutschland im Konflikt über das AFSOUTH Unruhe stiftete – mag dies absichtlich oder unabsichtlich gewesen sein –, doch der Fehler, dass man sich mit dem Thema nicht direkt auf bilateraler Basis auseinander setzte, liegt auf der Seite Washingtons und Paris. Hätte Frankreich anfänglich das taktische Gespür bewiesen, die Frage einer Reform des US-Air Force Kommandos Süd in einem gemeinsamen Vorschlag mit London aufzuwerfen oder Großbritannien davon zu überzeugen, diesen Vorschlag seinerseits zu unterbreiten, wäre die Reaktion der USA ganz anders ausgefallen.⁸³ Washington wäre so nicht durch irrelevante Nörgelei, die größtenteils sotto voce aus Bonn kam und suggerierte, dass Frankreich nun für 30 Jahre Abwesenheit aus den integrierten Kommandostrukturen der NATO "belohnt" werden wolle, abgelenkt worden. Hätte zur Debatte gestanden, Frankreich

⁸² Steven Philip Kramer: Does France Still Count? The French Role in the New Europe, Praeger für CSIS – The Washington Papers 164, Westport, CN 1994, S.97-98.

⁸³ Dieser Schluss wurde durch die amerikanische Antwort auf den im Dezember 1998 durch Frankreich und Großbritannien gemeinsam unterbreiteten Vorschlag, die Mittel der Westeuropäischen Union (WEU) auf die EU zu übertragen, bestätigt, denn Washington hatte zuvor auf einen fast gleichen Vorschlag, der nur unilateral von Paris kam, ziemlich feindselig reagiert.

für etwas zu "belohnen", dann wäre der Anlass dazu – was Bonn sehr wohl wusste – der Einsatz Frankreichs im Golfkrieg und im ehemaligen Jugoslawien gewesen sowie seine Bereitschaft, sich mit den Unzulänglichkeiten der französischen Streitkräfte, die durch diese Aktionen zu Tage traten, auseinander zu setzen und Abhilfe zu schaffen.

Washington ließ sich in der Frage des AFSOUTH von den alten franko-amerikanischen Zwistigkeiten leiten und handelte damit gegen seine eigenen besten Interessen, denn Frankreich ist in der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges ein aktiver Partner der Vereinigten Staaten und des Vereinten Königreiches in Koalitionen der Freiwilligen und möchte dies auch bleiben. Die amerikanische Regierung erlag dem Trugschluss, dass Frankreich, wenn es eine weltweit tragende politisch-militärische Rolle spielen wollte, keine andere Wahl hätte, als in die integrierten Kommandostrukturen der NATO zurückzukehren, wodurch sich ein Kompromiss zum Thema AFSOUTH erübrigte. Stattdessen hielt sich Frankreich nicht nur weiter vom Kommando der Allianz fern, sondern war auch wieder versucht, seine globale Rolle eher gegen die Vereinigten Staaten gerichtet zu definieren. Angesichts des Verlusts an Glaubwürdigkeit jener Personen, die in den Jahren 1995 und 1996 in Frankreich – im Elysée-Palast und anderorts – für eine Anpassung der NATO an die Gegebenheiten nach dem Ende des Kalten Krieges in einer Partnerschaft mit den USA plädiert hatten, sollte die Anfang 1999 gestartete Kampagne gegen die "amerikanische Hegemonie" Washington daher nicht überrascht haben.

8. Die Vereinigten Staaten und ein Europa, das "Nein" sagt

Frankreich wird sich dem NATO-Kommando wohl noch längere Zeit fern halten. Dahingegen ist es bereits Teilnehmer an einer Währungsunion unter der Führung Deutschlands, eines Landes, das 40 Jahre lang in einem "geopolitischen 'Kokon'" existierte, "a geopolitical, cocoon, sheltered from the broader security and geopolitical issues dealt with by its major allies", und eines Landes, "which is still far from being a 'normal' international actor".⁸⁴ Durch die 1994 gefällte Entscheidung des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts, dass "constitutional reservations as an excuse for the country's abstinence" nicht länger ins Feld geführt werden können, unter Zugzwang gesetzt, definierte man in Bonn "political restrictions in an attempt to limit the practical significance of the Karlsruhe decision on Germany's security policy and, in effect, to re-establish the comfortable pre-Karlsruhe situation".⁸⁵

Die Bundesregierung unter Vorsitz von Helmut Kohl stellte fünf "politische Beschränkungen" auf, die seit 1995 für die Teilnahme Deutschlands an militärischen Einsätzen über die Verteidigung des eigenen Landes oder im Rahmen der NATO (Artikel 5) hinaus Gültigkeit haben:

- Solche Einsätze müssen zum einen auf Europa oder dessen Nachbarstaaten begrenzt sein.
- Zum anderen müssen sie durch ein Mandat der Vereinten Nationen (VN) oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) getragen werden.
- Drittens müssen sie durch eine Mehrheit der Bevölkerung befürwortet werden.
- Die vierte Bedingung ist, dass solche militärischen Einsätze über die Verteidigung des Staatsgebiets oder der Allianz hinaus auf einem "zwingenden Grund" beruhen müssen.
- Und fünftens und letztens muss die Bundeswehr in den dann deutsch besetzten Gebieten "zur Lösung des Problems beitragen können, nicht Teil des Problems selbst sein".⁸⁶

⁸⁴ Franz-Josef Meier: Germany: The Reluctant Power, in: Survival, Bd. 73., Nr. 3, Herbst 1995, S.82-83.

⁸⁵ Ibid., S.87.

⁸⁶ Ibid., S.92-93.

Die letzten beiden Kriterien sind ganz normal, doch die ersten beiden sind für Frankreich, das nach einem Europa strebt, das militärische Macht projiziert, und für die Vereinigten Staaten, die zur Bewältigung internationaler Herausforderungen nach einem europäischen "partner in leadership" suchen, äußerst problematisch. Geht man vom gängigen Stimmungsbild der deutschen öffentlichen Meinung aus, stellt der dritte Grundsatz eine Ausrede dar, nicht tätig werden zu müssen, die Bonn beliebig gebrauchen kann. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren gelangte Franz-Josef Meier zu einer recht deutlich formulierten Schlussfolgerung: "[U]nited Germany is not a prime candidate for a partner in leadership'. Neither the Kohl government ... nor the Social Democratic opposition ... are prepared to exercise leadership at home and reconcile the growing external demands with the deep-seated culture of restraint within broad segments of the public."⁸⁷

In gewisser Hinsicht ist und bleibt die *raison d'être* der Bundesrepublik, keine Verpflichtungen auf internationaler Ebene einzugehen ("the aim of abstaining from global engagement"⁸⁸), in anderen Worten, die Antithese der *raison d'être* Frankreichs über viele Jahrhunderte hinweg.

Die Unfähigkeit Frankreichs, dies zu erkennen, wird Paris und Washington möglicherweise noch teuer zu stehen kommen. Hier steht nicht nur auf dem Spiel, dass die Europäische Union selbst "to nothingness in terms of security and defence"⁸⁹ verurteilt wird, was ohnehin klar war, seit man 1997 in Amsterdam keine Fortschritte in Richtung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik machen konnte. Im Hinblick auf den Einfluss, den Deutschland auf die Finanzpolitik der EWU-Teilnehmerstaaten ausübt, liegt die Gefahr von "*constraints on national action*"⁹⁰ noch viel eher auf der Hand. Da die EU keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik betreibt, ist Washington auf der Suche nach Koalitionspartnern von unabhängigen europäischen Staaten abhängig, die bereit und in der Lage dazu sind, als einzelne Nationen aktiv zu werden.

Leider haben die Vereinigten Staaten innerhalb der NATO beharrlich die Akzeptanz eines "more efficient, centralised security mechanism that is dominated by the US"⁹¹ gefordert und somit zur Bewährungsprobe für die Solidarität innerhalb der Allianz gemacht. Gerade auf Grund seiner im Gegensatz zu Paris gezeigten Bereitschaft, einen solchen Mechanismus zu akzeptieren, wurde Bonn während des Kalten Krieges in Washington als "bester Schüler in der Klasse der Atlantikallianz" angesehen. Auch heute gehen die Entscheidungsträger in der amerikanischen Politik davon aus, dass Deutschland aus Europa einen angenehmeren "Führungspartner" machen würde als die aufsässigen Franzosen.

Die Gefahr hierbei besteht darin, dass die Akzeptanz des "zentralen Sicherheitsmechanismus" der NATO durch Deutschland mit dessen Verzicht auf Autonomie, Entscheidungsfreiheit und Risiko einhergeht. Allein die Tatsache, dass "resistance to such centralisation and insistence on national independence"⁹² immer von Seite Frankreichs laut wurde, sollte Washington zu verstehen geben, dass man in Paris sicherheitspolitische Themen ernst nimmt. "The long re-

⁸⁷ Ibid., S.97.

⁸⁸ Ibid., S.96.

⁸⁹ Heuser, *European Security*, S.10.

⁹⁰ Ibid, Betonung hinzugefügt.

⁹¹ Ibid., S.5.

⁹² Ibid.

cord of conflict between the United States and France over NATO⁹³ ergibt sich aus der Tatsache, dass beide Staaten – im Gegensatz zu Deutschland – bereit waren, sich mit strategischen Entscheidungen und dem damit möglicherweise verbundenen Risiko auseinander zu setzen. Wie der französische Verteidigungsminister 1998 sagte, sind "die Elemente, die uns mit den Vereinigten Staaten verbinden, weit wichtiger als lokale und zweitrangige Differenzen".⁹⁴

Falls die Auseinandersetzungen der Vergangenheit und der Gegenwart auf die weitere Entwicklung schließen lassen, ist es jedoch eher unwahrscheinlich, dass die französische und die amerikanische Führung offen eingestehen werden, wie dringend "a serious and sustained rapprochement between France and the United States"⁹⁵ herbeigeführt werden sollte, damit die euro-atlantische Gleichung aufgeht. Stattdessen scheinen beide Staaten entschlossen, so lange wie möglich irgendwie weiterzumachen und an den Illusionen über Bonn festzuhalten, anstatt die nötigen Schritte zusammen, unter Einbeziehung Londons, zu unternehmen, was die Art von NATO-interner "Magnetwirkung" erzeugen würde, die man 1995/96 in Paris anstrebte. Diese Situation wird wahrscheinlich zweierlei Konsequenzen haben, zum einen auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, zum anderen auf die transatlantischen Beziehungen.

Was die Auswirkungen auf die deutsch-französischen Beziehungen angeht, wird der Unmut, den einige französische Experten bereits über die Ohnmacht Europas äußerten, wahrscheinlich weiter anwachsen. Typisch für diese Frustration war beispielsweise der Schluss, den Nicole Gnesotto aus der Debatte über den Aufbau der IFOR zog: "Bosnia confirmed, for the United States, the inability of the Europeans to agree and act collectively, justifying a feeling of historical mistrust: each day Washington will become increasingly convinced that American intervention is, and will always be, necessary, because the Europeans have neither the will nor the ability to act alone effectively." Gnesotto stellte die Frage: "*And are the Americans really so wrong, given the Europeans' mantra on Bosnia: 'if the Americans stay, we stay; if the Americans go, we go'.*"⁹⁶

Hier stellt sich jedoch, wie Beatrice Heuser bemerkte, nicht nur die Frage, inwieweit Europa handlungsfähig ist, sondern auch, inwieweit die einzelnen Nationen in der Lage sind zu handeln. Frankreichs Fähigkeit, die Mittel zu seiner eigenen Machtprojektion zu finanzieren – ob es sich nun dabei um einen neuen mit Atomwaffen bestückten Flugzeugträger, Langstreckenflugzeuge oder Satellitenüberwachung handelt –, wird im Rahmen der EWU wohl immer weiter eingeschränkt werden. Die angebliche Notwendigkeit, bei den Ausgaben aus dem Staatssäckel Zurückhaltung zu üben, wird Deutschland in die Lage versetzen, Einschnitte in seinen Verteidigungshaushalt zu rechtfertigen und auch seine Partner innerhalb der Währungsunion dazu anzuhalten, ohne dass überhaupt eine Debatte über die europäische Sicherheitspolitik stattfindet. Dies war eigentlich schon während des ganzen Jahrzehnts der 90er-Jahre der Fall. Robert Tombs schrieb: "Successive French governments have been prepared to make considerable sacrifices to maintain Franco-German partnership. The benefits, however,

⁹³ Kramer, S.96-97. Hier ist festzustellen, dass das Gegenstück zum Widerstand Frankreichs gegen die integrierten NATO-Kommandostrukturen Amerikas Unwille ist, US-Streitkräfte unter den Befehl von Offizieren anderer Nationalität zu stellen, sogar im Zusammenhang mit durch den Weltsicherheitsrat und damit auch durch die Vereinigten Staaten selbst abgeseigneten Einsätzen.

⁹⁴ Richard.

⁹⁵ Kramer, S.101.

⁹⁶ Nicole Gnesotto: Prospects for Bosnia after IFOR, The Issues Raised by Bosnia, and the Transatlantic Debate, Chaillot Papers 32, WEU Institute for Security Studies, Mai 1998, S.28, Betonung hinzugefügt.

seem increasingly hypothetical. ... France has accepted the rigid German criteria ... for a monetarist Europe. ... Defenders of the policy argue that the alternative would be the emergence of a dominant Deutschmark zone, but it is hard to see much difference."⁹⁷

In Frankreich neigt man immer noch zu der Hoffnung, dass Deutschland ein Einsehen haben wird, doch langsam macht sich auch eine Ahnung, dass dies nicht geschehen wird, breit. Die Franzosen selbst erkennen langsam, wie wenig Optionen Paris im Hinblick auf Bonns Weigerung, sich den französischen Plänen für Europa anzuschließen, wirklich offen stehen. Pascal Boniface schloss in einem 1997 verfassten Artikel ziemlich missmutig, dass die Europäer, wenn sie nicht in der Lage seien, unabhängige militärische Schritte zu unternehmen, auch "alles Gerede über eine strategische Autonomie Europas" vergessen und "den Amerikanern ihren Vorwand, die Geschicke der Welt zu lenken und sich um den künftigen Aufbau Europas zu kümmern"⁹⁸, lassen sollten. Im Februar 1999 stellte André Glucksmann in einem Kommentar zur Krise im Kosovo die Frage, ob die Regierungen der europäischen Staaten der Ansicht seien, dass "der reiche Alte Kontinent ewig darauf warten [könne], dass die GIs landen und die 1944 begonnene Arbeit zu Ende führen".⁹⁹

Mittels seines mit dem Vereinigten Königreich geführten Sicherheitsdialogs, der im Dezember 1998 in St. Malo neuen Auftrieb erhielt, versucht sich Frankreich einen Weg aus seinem Dilemma zu bahnen.¹⁰⁰ Frankreich stellt sich seinen neuen, mit Atomwaffen bestückten Flugzeugträger Charles de Gaulle als Kern einer europäischen Flotte vor und strebt für die Zukunft den Bau eines gemeinsamen französisch-britischen Flugzeugträgers an.¹⁰¹ Doch diesem Plan liegen eine gewisse "missionary quality" und ein "crusading character" zu Grunde, mit denen Frankreich seine Kampagne gegen Amerika als "hyper power" führt.¹⁰²

Die Äußerungen Frankreichs erschweren nicht nur die trilaterale verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frankreich und den USA auf Regierungsebene, sondern vereiteln auch jegliche Aussichten auf eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen und der französischen Rüstungsindustrie, was noch schwerer wiegt. Ohne amerikanische Ressourcen bleiben Frankreich nämlich nur die deutschen Ressourcen, wenn es seine eigene Fähigkeit zur internationalen Machtprojektion nicht einbüßen (bzw. eine europäische Kapazität dazu aufbauen) will. Da Bonn nun jedoch nicht an internationaler Machtprojektion interessiert ist, wohl aber daran, den deutschen Wählern zu zeigen, dass die neue Europäische Zentralbank die Inflation genauso gut im Griff hat wie die Bundesbank, wird man Frankreichs Ansinnen nicht nachkommen.

⁹⁷ Robert Tombs: The brilliant second: Mitterand and the strains of the Franco-German alliance, Times Literary Supplement, 19.1.1996, S.7.

⁹⁸ Pascal Boniface: Europe, défends-toi!, in: L'Express, 11.12.1997, S.79. Im Vergleich zu einem Interview, das er demselben Magazin nur einige Monate zuvor gegeben hatte ("Quelle défense pour l'Union Européenne?", 10.4.1997, S.84-85), ist es erstaunlich, wie sich der Tonfall verändert hat (was sich auch bereits im Titel von Bonifaces Essay widerspiegelt).

⁹⁹ André Glucksmann: Kosovo: le moment ou jamais, in: L'Express, 4.2.1999, S.37.

¹⁰⁰ Siehe Joseph Fitchetts Artikel in der International Herald Tribune: Paris Joins London on a Push for Defense, 2.12.1998, French and British Aides Discuss EU Security Role, 3.12.1998, Blair and Chirac Sketch Defense Pact, 4.12.1998, Britain and France Call for EU Military Capability for Crises, 5.12.1998.

¹⁰¹ Jean Guisnel: Le 'Grand Charles' prend la mer, in: Le Point, 30.1.1999, S.51-53. Der geplante Bau eines französisch-deutschen Flugzeugträgers, den die Franzosen ursprünglich Konrad Adenauer taufen wollten, ist aus der öffentlichen Diskussion verschwunden.

¹⁰² Vinocur, International Herald Tribune, 6/7.2.1999.

Die Frage, welche Auswirkungen es auf die deutsch-französischen Beziehungen haben wird, wenn der Zeitpunkt kommt, an dem Frankreich auf Grund finanziellen und wirtschaftlichen Drucks durch Deutschland nicht mehr in der Lage ist, an militärischen Einsätzen im Ausland teilzunehmen oder diese selbst durchzuführen, lässt sich heute noch nicht beantworten. Eine innereuropäische Suez-Krise liegt in niemandes Interesse und schon gar nicht in dem der Vereinigten Staaten. Die Bundesrepublik beschwört jedoch durch ihre Haltung eine solche Krise leider mehr oder minder herauf: Die Deutschen neigen zu dem Selbstbetrug, "Macht" mit militärischer Macht gleichzusetzen, und wollen daher weder vor sich selbst noch vor anderen eingestehen, dass Bonn bereits mit dem Mittel der D-Mark sehr wirkungsvolle Machtpolitik betrieben hat, beispielsweise als es beim Gipfeltreffen zwischen Kohl und Gorbatschow 1990 im Kaukasus darum ging, das Einverständnis mit der deutschen Wiedervereinigung zu sichern, oder als man die Anerkennung von Slowenien und Kroatien durch die EU 1991 in Maastricht erreichen wollte.

In den kommenden Jahren wird der Euro die D-Mark als Druckmittel ablösen, doch die Macht verbleibt in denselben Händen. Gesetzt der Fall, dass Deutschland Frankreich Ähnliches antut wie die Vereinigten Staaten im Jahre 1956, bleibt abzuwarten, wie Frankreich darauf reagieren wird und welche Auswirkungen diese Reaktion wiederum auf die Europäische Union haben wird. Sollte sich die deutsche Vorstellung der Zukunft Europas durchsetzen, ist es jedoch nicht so schwierig vorherzusagen, welche Konsequenzen diese Entwicklung für die Vereinigten Staaten hätte.

Die Amerikaner sind daran interessiert, zuverlässige Koalitionspartner zu haben, die in der Lage und bereit dazu sind, sich mit Gefahren für die weltweite Sicherheit auseinander zu setzen. Ob sie diese Verlässlichkeit in mehreren europäischen Partnern oder in einem einzigen Partner namens "Europa" finden, ist für die Vereinigten Staaten in gewisser Hinsicht belanglos. Die USA haben jedoch kein Interesse an europäisch-atlantischen Beziehungen, die denen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten während des 19. Jahrhunderts ähneln, das heißt, dass Europa Nutznießer der amerikanischen Sicherheitspolitik ist, während es gleichzeitig versucht, den Dollar mittels des Euros zu unterminieren.

Gegenwärtig sind sowohl Frankreich als auch Großbritannien verlässliche Partner der Vereinigten Staaten in Fragen der weltweiten Machtprojektion, doch sollte sich das deutsche Europa-Modell durchsetzen, wird Frankreich diese Partnerrolle wahrscheinlich nicht mehr lange aufrecht erhalten können. Und es wird kein Partner namens "Europa" den Platz Frankreichs einnehmen. Siegt die deutsche Vorstellung, mag schon ein Europa entstehen, das "Nein" zu den Vereinigten Staaten sagen kann, da es deren größter wirtschaftlicher Konkurrent wird, doch die Vereinigten Staaten haben in einem solchen Europa gewiss keinen Partner gefunden, mit dem sie ihre weltweite politisch-militärische Führungsrolle teilen können. Ein Europa, das sich aus allem heraushält und politisch-militärisch bedeutungslos ist, wird tatsächlich, wie durch den französischen Verteidigungsminister im April 1998 in Washington vorausgesagt, die "Verachtung" Amerikas auf sich ziehen. Dies wiederum wird dazu führen, dass sich die öffentliche und Elite-Meinung in den USA aus Ärger über das europäische Schmarotzertum an Amerikas weltweiter Macht entschieden gegen die Rolle richten wird, die die Vereinigten Staaten in der Sicherheit Europas spielen.

9. Nach dem Kosovo: amerikanische Macht und europäische Verteidigungspolitik am Scheideweg

"Germany. I once asked Lazereff what impression Hitler had made on Chamberlain, who had just been in contact with him. 'Tremendous', he answered. It was to be expected. If you confronted Bergson with Attila, Attila would undoubtedly astound Bergson. As for Bergson, he could not possibly make any impression on Attila. A drunken sailor makes more noise than a philosopher. And the SS man who, thumbs stuck in his belt, walks up and down beside a humiliated physicist as he bends over to clean the latrines likewise astounds the physicist."¹⁰³

Dank Slobodan Milosevic fanden wir uns im letzten Jahrzehnt alle in der Rolle des erstaunten Physikers wieder. Weder die Amerikaner noch die Westeuropäer hätten sich träumen lassen, dass es im Europa der 90er-Jahre zu Völkermord kommen würde. Zur Lösung vom ungläubigen Staunen und damit einem Wendepunkt kam es zu Beginn des Jahres 1999, als eine Koalition europäischer und amerikanischer Staats- und Regierungschefs übereinkam, dass ein militärisches Eingreifen vonnöten sei und so die NATO zum ersten Mal seit ihrer Gründung in den Krieg zog. Die vorangehenden Kapitel wurden erstmalig im Juni 1999 in London veröffentlicht und entstanden somit, bevor die jugoslawische Regierung mit der Massenvertreibung ihrer eigenen Bürger aus dem Kosovo begann und bevor die Allianz die erste Bombe abwarf.

Einmal ganz von den Auswirkungen auf Serbien und das Kosovo abgesehen, hatten sowohl der Beschluss, militärisch einzugreifen, als auch die Art und Weise, in der dieser Beschluss umgesetzt wurde, weit reichende Auswirkungen auf die NATO und auf die Europäische Union (EU). Diese Auswirkungen sind in erster Linie politischer Natur, haben jedoch auch eine wirtschaftliche, institutionelle und vor allem politisch-psychologische Tragweite. In diesem Kapitel sollen ihre Konsequenzen für die künftige Relevanz amerikanischer Macht und europäischer Verteidigungspolitik untersucht und der Versuch einer Einschätzung unternommen werden.

Der Einfluss des Kriegs auf die Sichtweise amerikanischer Macht und die transatlantischen Beziehungen durch die Amerikaner wurde weniger genau untersucht als der Einfluss auf die Haltung der Europäer gegenüber ihrer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung. Dafür gibt es zweierlei Gründe. Zum einen liegen die Veränderungen, die bei den Institutionen der Europäischen Union bereits stattfanden oder vorgesehen sind, klarer auf der Hand und lassen sich besser beschreiben als die dem Wandel unterworfenen Standpunkte zu und Erwartungen an die transatlantischen Beziehungen in Washington. Zum anderen diente der Krieg selbst – als ein in sich geschlossenes Ereignis – als Katalysator für die Veränderung europäischer Ambitionen und Politik. Für die Vereinigten Staaten war dieser Krieg eher Teil eines diffuseren Prozesses, der mit den anfänglichen Krisen in Jugoslawien in den Jahren 1991/92, kurz nach dem Ende des Kalten Krieges, seinen Ausgang nahm.

Die in den vorangegangenen Kapiteln beschriebenen Tendenzen wurden durch die Ereignisse im Kosovo verstärkt. Nach dem Ende des Kalten Krieges führten sowohl die Amerikaner als auch ihre europäischen Verbündeten verdeckt eine Kosten-Nutzen-Analyse der weltweiten

¹⁰³ Antoine de Saint-Exupery, Privatsammlung, 1939, veröffentlicht in: *Ecrits de guerre, 1939-44*, Paris 1982; englische Übersetzung veröffentlicht als: *Wartime Writings, 1939-44*, New York 1986, zitiert aus der englischen Fassung, S.2.

politisch-militärischen Führungsrolle der Vereinigten Staaten durch. Der "Kosovo-Effekt"¹⁰⁴ brachte diese Überlegungen ans Tageslicht. Auf europäischer Seite spiegeln EU-weite und nationale Reformen zur Verwirklichung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und gemeinsamer Verteidigungskapazitäten einen Konsens wider, dem zu Grunde liegt, dass Amerikas "abundance of power, economic and military" nicht nur seine Bedeutung für die "perceived wants of others"¹⁰⁵ verloren hat, sondern sogar eine gefährliche Einseitigkeit erlangt hat.

Gleichzeitig hat sich in den Vereinigten Staaten verstärkt die Ansicht herausgebildet, dass die reichen Bündnispartner weiterhin eine "Trittbrettfahrt" auf Kosten der Macht Amerikas genießen, während sie jedoch wenig Verständnis für die Anliegen der USA in den Bereichen der Sicherheit und der Verteidigung aufbringen. Ein Ergebnis dieser Entwicklung ist die von amerikanischen Politikern, allen voran Verteidigungsminister William Cohen, geführte Kampagne, um europäische NATO-Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, Strukturreformen bei ihren Streitkräften durchzuführen und ihre Verteidigungsbudgets vor allem im Bereich Forschung und Entwicklung aufzustocken.

Das explizite Hauptziel der amerikanischen Kampagne ist es, eine Handhabe für die Auswirkungen der technologischen "revolution in military affairs" (RMA) auf potenzielle Kampfeinsätze des Bündnisses zu finden, doch daneben auch, von der heimischen Kritik an der Trittbrettfahrt der Europäer abzulenken. In Europa tatsächlich ausgelöst hat die Kampagne jedoch Kritik am Tonfall und Inhalt der Erwartungen der Amerikaner. Das bedeutet, sollten die Vereinigten Staaten bekommen, was Cohen forderte – nämlich eine Verpflichtung seitens der Europäer, ihre militärischen Kapazitäten auszubauen –, dann wird diesem Ergebnis die Verärgerung der Europäer über die Amerikaner zu Grunde liegen, nicht die überzeugende Argumentation der Amerikaner bezüglich der RMA.

Der Missmut, den die Amerikaner gleichzeitig über die Europäer empfinden, zieht in Washington andere Auswirkungen nach sich. Ein Beispiel dafür ist, dass die US-Regierung der Kritik der Europäer an den Vorschlägen zur Entwicklung eines nationalen Raketenabwehrprogramms (National Missile Defense, NMD) weit weniger Beachtung schenkt als im Vergleich zur Strategischen Verteidigungsinitiative (Strategic Defense Initiative, SDI) der 80er-Jahre, als sich die Regierung große Mühe gab, die Unterstützung der Europäer für das Programm zu gewinnen. Anders als die damaligen Gegner des SDI werden sich die heutigen Gegner des NMD im eigenen Land jedoch wahrscheinlich kaum mehr auf die europäische Kritik berufen, um ihren Argumenten mehr Gewicht zu verleihen.¹⁰⁶

In gewisser Hinsicht ist diese Situation eine direkte Folge des Ende des Kalten Kriegs. Das als Abwehr gegen die Bedrohung durch sowjetische Atomwaffen konzipierte SDI-Programm ging unbestreitbar das gesamte Bündnis an, nicht nur die Amerikaner. Doch das Desinteresse der USA europäischer Kritik am NMD gegenüber ist auch ein Zeichen dafür, dass man sich in Washington unabhängig von der Parteizugehörigkeit resigniert damit abgefunden hat, dass es wohl keine Teilung der *globalen* Verteidigungslasten zwischen den Vereinigten Staaten und

¹⁰⁴ Hubert Vedrine (im Dialog mit Dominique Moisi): *Les cartes de la France à l'heure de la mondialisation*, Paris 2000, S.87.

¹⁰⁵ Siehe Graebner, Fußnote 3.

¹⁰⁶ Über die Diskussion der technischen und finanziellen Machbarkeit hinaus und im Gegensatz dazu, was viele Europäer annehmen mögen, findet in den Vereinigten Staaten eine rege Debatte über die politisch-diplomatischen Konsequenzen des NMD statt. Doch diese Debatte beschäftigt sich mit den Reaktionen in Moskau und Peking, nicht in Europa.

ihren europäischen Verbündeten geben wird. Militärische Verpflichtungen *anderen* Verbündeten, nicht Europa, gegenüber, sind ausschlaggebend für die in Washington gehegte Annahme, dass die Gefahr eines Angriffs mittels Langstreckenraketen auf die Vereinigten Staaten besteht, verursacht durch jene Staaten, die bis Mitte des Jahres 2000 als "Schurkenstaaten" bezeichnet wurden. Da Washingtons europäische Verbündete mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs keinen Beitrag zur Verteidigungslast Amerikas außerhalb Europas leisten, spielt ihre Meinung in der aktuellen amerikanischen Debatte weder für die Befürworter noch für die Gegner des NMD eine große Rolle.

Seit den Ereignissen im Kosovo sind viele Europäer so mit ihrer eigenen Kritik an den Vereinigten Staaten beschäftigt, dass ihnen die parallele Entwicklung in Washington entgangen ist. Bereits 1992, als Jugoslawien gerade auseinander fiel, beschrieb William Pfaff die Stimmungslage in Amerika, wie sie sich im Jahre 1999 erst recht durchsetzen sollte:

"[I]n Western Europe a kind of frozen fascination exists before the spectacle of Europe plunging back into the worst of its 20th century past – a paralyzed willingness to let anything happen, so long as it happens to others. This European debacle validates every one of the perceptions of Europe which lay behind American isolationism in the 19th century, and in the 1920s and 1930s, and which motivated the American hegemony politely but firmly imposed upon western Europe in the 1950s, in the circumstances of the Cold War. Today such an American hegemony is no longer feasible. The Cold War is finished. The Europeans must be held responsible for themselves. Yet they give every evidence of unwillingness or incapacity to assume that responsibility. Can they really expect the United States to save Europe from itself a third time in this 20th century? Do they not understand that this may not happen?"¹⁰⁷

Doch genau das geschah in Bosnien und im Kosovo, es geschah zum dritten (und zum vierten) Mal im 20. Jahrhundert. Es liegt großen Teils an dieser Tatsache, dass das neue Jahrhundert nicht durch die Bereitschaft Amerikas geprägt sein wird, in Europa militärisch einzugreifen. Jenen Europäern, die der Ansicht sind, die Amerikaner würden nur darauf brennen, in aller Welt und egal an welchem Ort zu intervenieren, fehlt es am richtigen Blick für die Realität. Sie haben vor allem ein vollkommen falsches Bild der amerikanischen Streitkräfte. Diese müssen nämlich – was in erster Linie ihrem verfassungsmäßigen Auftrag entspricht – dafür Sorge tragen, dass ihre Kapazitäten zur Verteidigung des Volkes und des Staatsgebiets der Vereinigten Staaten zur Verfügung stehen und sind beunruhigt darüber, dass eben diese erforderlichen Kapazitäten durch eine Reihe von Operationen zum Friedenserhalt und zur Friedensschaffung anderenorts abgezogen werden, welche obendrein weder große Wirkung zeigen noch von den eigenen Verbündeten geschätzt werden.

Die Effizienz des Einsatzes der Vereinigten Staaten in den beiden Weltkriegen und die Unterstützung dieser Rolle durch Europa stehen in der Tat im krassen Gegensatz zur Kritik der Europäer an der Rolle der USA in Bosnien und vor allem im Kosovo sowie deren sichtbaren Ergebnissen. In den vorangegangenen Kapiteln wurde argumentiert, dass sich die Amerikaner aus dem Einsatz ihrer Mittel und Möglichkeiten eine Wendung der Dinge hin zum Besseren erwarten. Eine solche Wendung kann in Bosnien und im Kosovo sehr wohl eintreten, aber erst auf lange Sicht. Darin besteht das Problem jedoch gar nicht.¹⁰⁸ Dass es wohl künftig nicht

¹⁰⁷ William Pfaff: Who Would Have Thought Europe So Fragile?, in: International Herald Tribune, 26.11.1992.

¹⁰⁸ Allen Vorwürfen, dass die amerikanische Außenpolitik sofortige Ergebnisse erwarte, zum Trotz erhielten die Vereinigten Staaten ihre politisch-militärische Verpflichtung Westeuropa gegenüber über ein halbes Jahrhundert des Krieges und des Kalten Krieges hinweg aufrecht. Für eine Nation, die angeblich Ergebnisse über Nacht erwartet, lässt sich dies wohl kaum als typisch bezeichnen.

mehr zum Einsatz amerikanischer Streitkräfte in Europa kommen wird, liegt nicht daran, dass man eine langfristige, kräftezehrende und gefährliche Verpflichtung eingehen würde, sondern daran, dass die Amerikaner mehr und mehr zu der Überzeugung gelangen, dass ein solcher Einsatz gar nicht mehr erwünscht ist.

Es ist immer ein gefährliches Unterfangen, eine politisch-psychologische Analyse von Nationen, vielleicht besonders der eigenen, anstellen zu wollen, doch es führt kein Weg daran vorbei. Die Auffassung einer Nation ihrer selbst stellt den Entwicklungsrahmen für ihre Außen- und Sicherheitspolitik dar.¹⁰⁹ Gerade langfristige Politik muss als Spiegel dieses Selbstbildnisses dienen können. Die amerikanische Öffentlichkeit verband die militärische Intervention in Europa während des Kalten Krieges vor ihrem politischen geistigen Auge mit drei Bildern – Momentaufnahmen aus den Jahren 1944, 1945 und 1948. Im ersten Bild sitzen GIs auf einem Panzer und fahren durch das befreite Frankreich. Sie werfen Kindern Schokoladenriegel zu und Mädchen streuen Blumen. Im zweiten Bild zwingen amerikanische Soldaten besiegte Deutsche, sich befreite Konzentrationslager anzusehen. Doch im dritten Bild sind die besiegten Deutschen selbst befreit und werden von den Amerikanern verteidigt. Deutsche Kinder sehen zu, wie am Flughafen Tempelhof im belagerten Westberlin ein Rosinenbomber landet. In allen drei Fällen bedingte die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten einen Wandel hin zum Besseren.¹¹⁰

Zu Beginn der 80er-Jahre, in der Zeit bevor das Kabelfernsehen und CNN ihren Siegeszug antraten, gelang es der amerikanischen Regierung, große Teile der Bevölkerung von den Protesten Hunderttausender Deutscher abzuschirmen, die in den Straßen Bonns gegen den NATO-Doppelbeschluss demonstrierten. Amerikanische Soldaten und andere Luftwaffenangehörige, die sich in diesen Jahren den Weg zu ihren Stützpunkten durch Mengen, wenn nicht sogar Mobs, verärgelter Deutscher bahnen mussten, kamen nach Hause und fragten: "Warum sind wir hier, wenn sie uns gar nicht da haben wollen?" Doch gerade, als diese Frage sich im Verlauf der Jahre 1988/89 zu verselbstständigen drohte, als Zwistigkeiten über Übungstief- flüge, Schießplätze und Militärjustiz wie zu Besatzungszeiten akut wurden, fiel die Mauer, der Kalte Krieg war zu Ende, und der Unmut wurde durch die eigenen nostalgischen Gedanken an die gute alte Zeit der deutsch-amerikanischen Beziehungen abgelöst. Diese Gedanken an die gute alte Zeit konzentrierten sich dabei auf das Bild John F. Kennedys im Jahre 1963, nicht auf die Situation, wie sie noch 1985 geherrscht hatte.

In vielerlei Hinsicht haben die Ereignisse im Kosovo der Euphorie, mit der die Amerikaner die deutsche Wiedervereinigung unterstützten, ein Ende gesetzt, und die Allianz kehrte zum gegenseitigen Unmut der Amerikaner und der Europäer um das Jahr 1988 herum zurück. Folglich werden sich die Europäer, die Amerikas angebliche Neigung zu militärischem Eingreifen in Europa fürchten, entgegen ihrer Annahme wohl im 21. Jahrhundert nicht mit dieser Situation auseinandersetzen müssen. Die Bereitschaft der USA zu einer militärischen Intervention in Europa ist wohl auf dem tiefsten Punkt seit 1941 angekommen.

¹⁰⁹ Siehe die interessante Abhandlung dieses Themas in Vadrine und Moisi, S.60-63.

¹¹⁰ Einer der am wenigsten beachteten, aber wahrscheinlich wichtigsten Faktoren, die den Umschwung der amerikanischen öffentlichen Meinung bezüglich des Vietnam-Krieges verursachten, waren weder die Arbeit der amerikanischen Medien noch die Studentenproteste noch die Kritik der Verbündeten der USA an diesem Krieg. Jener Faktor waren die heimkehrenden Soldaten, die ihren Familien und Freunden berichteten: "Die Leute" – die Südvietnamesen – "wollen uns da nicht." Es geht nicht darum, ob dies objektiv richtig war oder nicht. Eine Generation GIs kehrte mit diesem Eindruck heim, der so gar nicht mit den Erinnerungen ihrer Väter an Europa ein Vierteljahrhundert zuvor (oder auch ihren eigenen Erinnerungen an die ersten Kriegsjahre in Vietnam) übereinstimmte. Sobald sich dieser Eindruck einmal verbreitet hatte, war die Erosion der öffentlichen Unterstützung für den Vietnam-Krieg nur noch eine Zeitfrage.

Doch es wird zweifellos noch schlimmer. Mitte des Jahres 2000 brachte der Wertverlust des Euros gegenüber dem Dollar jene Stimmen, die 18 Monate zuvor triumphierend mit der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung geprahlt hatten, zum verstummen. Diese Situation wird jedoch nicht anhalten. Die sich mit der Ankündigung des geplanten Baus eines Großflugzeugs für militärische und zivile Zwecke durch Airbus abzeichnenden Rivalitäten zwischen Boeing und dem europäischen Konsortium werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im Verlauf des kommenden Jahrzehnts zu gegenseitigen Vorwürfen auf politischer Ebene führen und auch Auswirkungen auf die Verteidigungspolitik haben. Die durch das Europäische Parlament begonnene Untersuchung von Berichten, denen zufolge die Vereinigten Staaten während des Kalten Krieges ihre Bündnispartner bespitzelt haben sollen, wird – egal, welches Ergebnis sie haben wird – für viele Europäer bestätigen, dass ein Bündnis mit Amerika nicht wünschenswert ist.¹¹¹

Die transatlantischen Beziehungen sind infolgedessen in einen Teufelskreis geraten. Was war der Auslöser? Amerikanischer Unilateralismus und selbstgefälliges Gerede davon, die "unentbehrliche Nation" zu sein? Oder das angebliche Bestreben der Europäer, die Welt vor der "Hypermacht" der Vereinigten Staaten beschützen zu wollen (worum die Welt sie jedoch nicht gebeten hat)?

Ein Teil des Problems ist die Verwirrung, die auf beiden Seiten des Atlantiks beim Versuch, die transatlantischen Beziehungen nach den Ereignissen des Kosovos neu einzuordnen, herrscht. Nicht einmal den Staatsmännern, die sich nach bestem Wissen und Gewissen bemühen, gelingt es, sich nüchtern und logisch mit den anstehenden Fragen auseinander zu setzen. (Und jene, die ihre ureigenste Agenda verfolgen, sind natürlich von Haus aus daran interessiert, erst recht Verwirrung zu stiften.) Der erste Schritt zur nötigen Klärung der Lage ist die Erkenntnis, dass jeder Seite des Atlantiks eine andere dringliche Frage auf den Nägeln brennt, wobei diese Fragen zwar miteinander verbunden sind, aber dennoch getrennt behandelt werden müssen. Washington beschäftigt mit der Verteilung der globalen Verteidigungslasten ein ganz anderes Thema als Europa mit der Frage der Zukunft der europäischen Idee, wie sie in Form der Europäischen Union Gestalt annahm.

Was es so schwierig macht, dieses Themengeflecht voneinander zu trennen und dann noch in die einzelnen Stränge, aus denen jedes Thema für sich besteht, zu zerlegen, ist der Generationswechsel auf beiden Seiten des Atlantiks, der nicht nur die Politik, sondern auch die öffentlichen Meinungsmacher in Form der Medien und schließlich die öffentliche Meinung selbst betrifft. Auf der amerikanischen Seite sind zwei Generationen in einem Umfeld aufgewachsen, in dem die Europäer nicht mehr die unabhängigen Akteure wie in der Zeit vor 1945 waren. Im Gegensatz zu einer älteren Generation von Amerikanern, die in einer Welt erwachsen wurden, in der europäische Staaten die militärische Macht besaßen, im Alleingang auf globale Probleme zu antworten, haben die Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg ein Europa erfahren, das alleine handlungsunfähig war, und gewannen die Überzeugung, dass allein der militärische Einsatz der Vereinigten Staaten den Zweiten Weltkrieg entschied und während des Kalten Krieges die Sowjetunion im Zaum hielt.

Genau dieses Bild zu erzeugen, lag jedoch in der Absicht der älteren Generation, der NATO-Gründergeneration, beiderseits des Atlantiks, um eine Rückkehr zur von Arthur Schlesinger

¹¹¹ Cornelia Bolesch: Der Spionagefall 'Echelon' beunruhigt das Europa-Parlament, in: Süddeutsche Zeitung, 6.7.2000.

gefürchteten Politik des Isolationismus zu verhindern.¹¹² Dass Amerika Wert auf militärische Einsatzbereitschaft legt und dass in Reden der Begriff "unentbehrlich" fiel, spiegelt nicht zuletzt auch den Erfolg wider, den Europa ein halbes Jahrhundert lang darin verzeichnete, die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, dass sein militärischer – nicht nur sein politischer und wirtschaftlicher – Einsatz in Westeuropa *wirklich* unentbehrlich war. Ist es daher überraschend, wenn sich Amerika als ein Erbe aus den Jahren seit 1940 Partner erhalten möchte, die die Errichtung von Militärstützpunkten in Übersee erleichtern und so einen Beitrag zur raschen Projektion militärischer Macht leisten?¹¹³

Doch auch in Europa findet ein Generationenwechsel statt, der einerseits die Trennung zwischen dem amerikanischen Thema der globalen Lastenverteilung und dem europäischen Thema der Zukunft der Europäischen Union sowie andererseits die Suche nach einer Erfolg versprechenden Lösung für beide Fragen erschwert. Zwei Generationen Europäer nehmen die weltweite politisch-militärische Führungsrolle der Vereinigten Staaten als gegeben hin, da sie – wie ihre amerikanischen Altersgenossen – nie eine Welt, in der die USA diese Rolle nicht einnahmen, kennen gelernt haben. Sie reagieren gereizt auf Amerikas Unzulänglichkeiten als Verbündeter – manchmal auch zu Recht –, doch im Gegensatz zu den älteren Generationen ist ihnen nicht bewusst, wie historisch atypisch diese Rolle für die Vereinigten Staaten eigentlich ist.

Die amerikanische Regierung wendet sich gegen mögliche "duplication, decoupling and discrimination" durch die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik.¹¹⁴ Die europäische Kritik an dieser Haltung fußt großen Teils auf dem Unvermögen, beide grundsätzlichen Fragen voneinander abzugrenzen, und beruht auf der Annahme, die Vereinigten Staaten fürchteten ein erfolgreiches Europa, das nicht nur Partner sein, sondern auch zum Konkurrenten werden könnte, sodass sie es vorzögen, Europa schwach zu halten. *Divide et impera* ist der am häufigsten gewählte Begriff, wenn den Vereinigten Staaten zum Vorwurf gemacht wird, sie würden es angeblich vorziehen, den Umgang mit den Staaten Europas auf bilateraler Ebene zu pflegen, anstatt sich mit der EU als solcher auseinander zu setzen.

Diese Kritik geht jedoch am wahren Sachverhalt vorbei. Die amerikanische Regierung ist nicht darauf aus, zu entzweien und zu erobern, doch es ist ihre Aufgabe, die Interessen der Vereinigten Staaten zu vertreten. Es wäre töricht, ja sogar ein Verstoß gegen ihre verfassungsmäßige Verpflichtung dem amerikanischen Volk gegenüber, wenn eine US-Regierung eine europäische Verteidigungspolitik oder andere Politik einfach unreflektiert, bedingungslos unterstützen würde, ohne deren mögliche Auswirkungen auf die USA zu überdenken. Die Weigerung der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union als passiver erster Vorsitzender ihres Fanclubs zuzujubeln, hat weder etwas Unerwartetes noch etwas Unziemliches. Amerika hat die europäische Integration im Allgemeinen und im Besonderen schon immer nach Kräften unterstützt, doch geschah dies aus dem Grund, dass Washington 50 Jahre lang die Auffassung vertrat, die europäische Integration läge im Interesse der Vereinigten Staaten, und nicht etwa aus dem Grund, dass man sich nicht mit dieser europäischen Frage auseinander gesetzt hätte.

¹¹² Siehe Fußnote 109 oben.

¹¹³ Nähere Informationen über die Verpflichtungen in Übersee enthält Christopher Sandars: *America's Overseas Garrisons: The Leasehold Empire*, Oxford 2000.

¹¹⁴ Die Reaktion der US-Regierung auf die GESVP wird in Stanley R. Sloan: *The United States and European Defence*, Chaillot Paper 39, WEU Institute for Security Studies, Paris, April 2000, behandelt.

Davon abgesehen sind es nicht die Vereinigten Staaten, die gerade eine politische Union errichten – sie besitzen bereits eine eigene. Die USA wünschen sich einsatzbereite und entschlossfreudige Partnerstaaten, mit denen sie in staatenübergreifenden Organisationen zusammenarbeiten können. Hält man sich diesen Punkt vor Augen – dass die wesentliche Frage für die Vereinigten Staaten die nach der Verteilung der weltweiten Verteidigungslasten ist –, wird klar, warum sie über die Bemühungen zur Errichtung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik vor allem eines ein Erfahrung bringen wollen: Werden die europäischen Partnerstaaten am Ende dieser Entwicklung mehr oder weniger einsatzbereit und entschlossfreudig sein, als sie es jetzt sind? Aus der Sicht der Vereinigten Staaten kommt es allein darauf an.

Die transatlantische Diskussion seit dem Kosovo drehte sich in erster Linie um Kapazitäten, nicht um die Frage der Entscheidungsfindung. Bei seinen Ausführungen zu diesem Thema beim International Institute for Strategic Studies, der Führungsakademie der Bundeswehr und auf der Wehrkundetagung fiel der amerikanische Verteidigungsminister 1999/2000 für den europäischen Geschmack häufig etwas mit der Tür ins Haus. Doch es ist einfacher über Kapazitäten zu sprechen als über Kohärenz in der Entscheidungsfindung. Die Kapazitäten stellen ein zu einem gewissen Grad quantifizierbares Maß für Einsatzbereitschaft dar. Die Tatsache, dass wir vor einer Informationsrevolution stehen, jedoch reell nur beschränkte Mittel zur Verfügung haben, wird von allen Diskussionsteilnehmern anerkannt, auch wenn die möglichen Auswirkungen dieser Sachlage unterschiedlich interpretiert werden. Das Kosovo bestätigte nur die Aussagen, die viele Verteidigungsexperten auf beiden Seiten des Atlantiks über die Kluft zwischen den Kapazitäten der Vereinigten Staaten und denen ihrer Verbündeten seit dem Golfkrieg im Jahre 1991 gemacht hatten.

Die Frage eines in sich geschlossenen und einheitlichen Entscheidungsprozesses ist viel weniger greifbar. Der Entstehungsprozess einer Politik umfasst vier Schritte – das Sammeln von Informationen, die Auswertung dieser Informationen, den Entwurf einer Politik, um deren Auswirkungen zu begegnen und schließlich die Umsetzung dieser Politik. Früher einmal mag ein großer Teil dieses Prozesses im Kopf eines Einzelnen stattgefunden haben – hier erinnert man sich an Namen wie Napoleon, Metternich und Bismarck –, doch in einem demokratischen Staat ist dieser Prozess enorm komplex. Demokratien gestalten diesen Prozess auf viele unterschiedliche Weisen sogar absichtlich komplex, um die Macht der Exekutive zu beschränken.¹¹⁵ Die Menge an Informationen, die Geschwindigkeit, mit der diese verarbeitet werden und die Anzahl an Menschen, die eine sofortige Reaktion auf ein Ereignis erwarten (der "CNN-Faktor"), tragen dazu bei, die Dinge noch weiter zu verkomplizieren.

Nationalen Regierungen bereitet es bereits genug Probleme, von der Phase der Informationsbeschaffung zur Umsetzung der politischen Maßnahmen zu gelangen. Dies gilt für alle Entscheidungen, doch in besonderem Maße für Entscheidungen im Bereich der Verteidigungspolitik, denn hier baut sich auf Grund dessen, was in Form von Menschenleben oder sogar des nackten Überlebens des Staates auf dem Spiel steht, ein um ein Vielfaches höherer Druck als in anderen Bereichen auf. Aus der Sicht der Vereinigten Staaten schafft eine gemeinsame

¹¹⁵ Die Beschwerden der Europäer über die in der amerikanischen Verfassung festgelegte Gewaltenteilung sind bekannt, doch für einen Außenstehenden ist jedes System frustrierend, ob es sich nun um die "Cohabitation" in Frankreich oder die Koalitionsregierungen der Bundesrepublik handelt. Die Amerikaner finden es sehr seltsam, dass eine Partei, die mehr als 40 Prozent der Stimmen auf sich vereint, ihr Programm ändern muss, um eine Koalition mit einer Partei einzugehen, die nicht einmal zehn Prozent der Stimmen erhalten hat. Doch sie beklagen sich über diese Dinge einfach weniger, als sich die Deutschen über einen Kongress beschweren, der sich mehrheitlich aus Vertretern einer anderen als der Regierungspartei im Weißen Haus zusammensetzt.

europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP), wie sie sich seit dem Kosovo langsam herausbildet, nur noch mehr Komplikationen innerhalb dieses Entscheidungsprozesses. Durch die GESVP kam zu dem Entscheidungsprozess in den einzelnen europäischen Hauptstädten bereits noch ein weiterer Schritt hinzu. Daher scheint Washington in Bezug auf die Verteilung der globalen Verteidigungslasten am Ende der Entwicklung eher mit weniger verlässlichen europäischen Partnern dazustehen, als es sie jahrzehntelang mit London und Paris hatte.

Der Entstehungsprozess der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der EU ist, woran der französische Außenminister kürzlich keinen Zweifel ließ, eine "gemeinsame", aber keine "Gemeinschafts"-Angelegenheit, wie dies bei der europäischen Währungspolitik der Fall ist.¹¹⁶ Washingtons bekannte Klage, dass es keinen "Herrn Europa" gibt, an den sich der amerikanische Außenminister oder Verteidigungsminister wenden könnte, um eine verbindliche Aussage über die europäische Politik zu erhalten, bleibt also begründet. Obwohl 1999 der ehemalige NATO-Generalsekretär Javier Solana in die neu begründete Stellung des Generalsekretärs des Rates und Hohen Kommissars für die GASP berufen wurde, ist er kein "Herr Europa" mit exekutiven Machtbefugnissen, sondern ein Bediensteter des Europäischen Rates, wie er auch ein Bediensteter des Nordatlantikrates war. Da sich sein Aufgabenbereich teilweise mit denen von Christopher Patten, dem Kommissar für Außenbeziehungen, und von Günther Verheugen, der für den Erweiterungsprozess zuständig ist, überschneidet, ist die Rolle Solanas in der EU weit weniger klar als damals in der NATO.

Entgegen mancher europäischer Verdächtigungen hatten die Vereinigten Staaten gehofft, dass so ein Fall nicht eintreten würde. Die Schaffung dieser neuen Position innerhalb der EU, Solanas Verdienste in der NATO und seine Doppelrolle als der (wahrscheinlich letzte) Generalsekretär der Westeuropäischen Union (WEU) hatten allesamt zu der Hoffnung geführt, dass Washington nun vielleicht endlich verbindliche, kohärente Aussagen zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik erhalten könnte, wie dies auch in der Handelspolitik der EU der Fall ist. Stattdessen läuft nun ein Prozess der parallelen Informationsbeschaffung und -auswertung ab – bzw. besser gesagt, mehrere solche Prozesse. In Brüssel wird wiederholt, was in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten vor sich geht. Über die zu verfolgende Gesamtpolitik entscheiden nach wie vor die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene; danach werden die getroffenen Entscheidungen innerhalb des Europäischen Rates – so weit möglich – auf einen Nenner gebracht. Die Umsetzung der solchermaßen harmonisierten Politik involviert – je nach Thematik – verschiedene Direktorate der Kommission, des Rates und, wie vorher, die nationalen Außen- und Verteidigungsministerien. Wen verwundert es, wenn solch ein langwieriger Prozess Washington nicht gerade zu Begeisterungstürmen hinreißt?

Wie die Europäer oft betonen, ist es schon richtig, dass es auch bei der Einführung der gemeinsamen Handelspolitik der EU eine Übergangsphase gab, in der das Verhältnis zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten und Brüssel erst geklärt werden musste. Die Europäische Währungsunion auf dem Weg zur vollständigen Umsetzung im Jahr 2002 steckt momentan in einer solchen Übergangsphase. Doch die Europäer selbst haben ihre politischen Strukturen so angelegt, dass ein Unterschied zwischen der Handels- und Währungspolitik einerseits und der Verteidigungspolitik andererseits besteht.

¹¹⁶ Vedrine und Moisi, S.106-107.

Im Gegensatz zu Joschka Fischers "persönlicher" Meinung über die Wünschbarkeit einer europäischen Föderation¹¹⁷ wies Hubert Vedrine darauf hin, dass die Formulierung und die Umsetzung der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik in diesem Übergangszustand verweilen sollen, also nicht mehr nur den Mitgliedstaaten allein obliegen, aber auch nicht voll vergemeinschaftet werden sollen. Washington zu bitten, eine Übergangsphase zusammen mit der EU zu meistern, wie es mit dem Handel der Fall war und gegenwärtig mit der Währungspolitik der Fall ist, steht auf dem einen Blatt. Doch auf dem anderen steht, dass – auch wenn die erforderlichen Abstimmungsverhältnisse im Europäischen Rat geändert werden – die gegenwärtigen Pläne für die GESVP von den USA verlangen, sich auf lange Sicht mit einer Situation abzufinden, die mit einer amerikanischen Union vergleichbar ist, in der zur Formulierung und Umsetzung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten die Zustimmung aller oder zumindest einer Mehrheit aller 50 Bundesstaaten nötig wäre.

Viele Europäer mögen gar nicht erkennen, dass Amerika eine kurze Zeit lang, unter den Articles of Confederation, genau dieses System besaß.¹¹⁸ Selbst mit nur 13 Bundesstaaten anstatt den heutigen 50 waren die ersten Institutionen der amerikanischen Außen- und Verteidigungspolitik derart schwerfällig und schwach, dass sie in der Verfassung von 1787 zu Gunsten einer stärkeren Bundesregierung aufgegeben wurden. Die beiden Hauptprobleme unter der damaligen Gesetzgebung unter den Articles waren, dass es der Bundesregierung nicht möglich war, die Bundesstaaten zur Entrichtung von Beiträgen zu einem nationalen Verteidigungshaushalt zu verpflichten und dass sich die Bundesstaaten nicht auf eine gemeinsame Politik einigen konnten. Letzteres Problem wurde noch dadurch verstärkt, dass Mächte von außen versuchten, die einzelnen Bundesstaaten gegeneinander auszuspielen.

Es sollte daher nicht überraschen, dass die Vereinigten Staaten einer GESVP skeptisch gegenüberstehen, die ihrer eigenen ersten und nicht praktikablen "gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" nur zu ähnlich sieht. Doch es besteht noch ein weiterer Grund, aus dem die Vereinigten Staaten befürchten, durch die Einführung der GESVP verlässliche europäische Partner zu verlieren anstatt zu gewinnen. In diesem Zusammenhang hat die im Jahre 1991 durch die EU getroffene Entscheidung zur Anerkennung von Slowenien und Kroatien weiterhin große Bedeutung für die transatlantischen Beziehungen nach den Ereignissen im Kosovo. Die Rücknahme der zu Beginn des Jahres 2000 beschlossenen Sanktionspolitik gegen Österreich führte zu ähnlicher Besorgnis, als es bereits zu Anfang der am 1. Juli 2000 beginnenden französischen Präsidentschaft klar wurde, dass die Sanktionen bald aufgehoben würden.¹¹⁹

In beiden Fällen lag auf der Hand, dass einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union diesen Beschlüssen nur zustimmten, um eine gemeinsame Linie zu erhalten. Dabei wurden nicht nur einige Zweifel an der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens und an der Rücknahme der Sanktionen gegen Österreich gehegt, sondern diese Staaten waren ursprünglich sogar entschieden gegen die letztlich getroffenen Beschlüsse gewesen. Die Untersuchung wichtiger Sachverhalte zu jedem der beiden Fälle hatte sie eigentlich veranlasst, eine Politik zu verfolgen, die dem letztlich durch die EU gefällten Entschluss entgegengesetzt war. Frankreich war

¹¹⁷ Joschka Fischer: Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration, Rede in der Humboldt-Universität in Berlin, 12.5.2000.

¹¹⁸ Joschka Fischer hat dies sehr wohl erkannt, denn er bezieht sich sowohl auf die Erfahrungen, die die Amerikaner mit dem System der Articles of Confederation machten, als auch auf die von Stresemann und Briand in den 20er-Jahren geführte Politik als die Prüfsteine seiner Außenpolitik. Siehe Joschka Fischer: Außenpolitik im Widerspruch, in: Die Zeit, 3.2.2000.

¹¹⁹ Suzanne Daley: European Union Is Moving to Lift Sanctions It Imposed on Austria, in: New York Times, 15.7.2000.

beispielsweise ein Gegner der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens und ein starker Befürworter der Sanktionen gegen Österreich, änderte jedoch in beiden Fällen seine Haltung.

Politischer Kuhhandel findet natürlich nicht nur in der Europäischen Union statt. Auch nationale Parlamente und Kabinette unterliegen ähnlichem Druck. Doch im Hinblick auf das Thema, das den Vereinigten Staaten am Herzen liegt, der Erhalt verlässlicher Partner in der globalen Lastenteilung, sind diese radikalen Positionswechsel ziemlich besorgniserregend und besitzen eine große Tragweite für den Zusammenschluss von "Koalitionen von Freiwilligen" nicht nur auf militärischer, sondern auch auf politischer Ebene. Sie deuten darauf hin, dass die Vereinigten Staaten in der Zukunft weit weniger Möglichkeiten antreffen werden, politische Verbündete für die durch sie in internationalen Organisationen vertretenen Ansichten oder das Vertreten gemeinsamer Demarchen gegenüber Drittstaaten zu gewinnen.

Washington hat es also bereits erlebt, dazustehen und zusehen zu müssen, wie einzelne EU-Staaten ihre Positionen gegenüber Jugoslawien und Österreich aufgaben, die sie ursprünglich mit den Vereinigten Staaten geteilt hatten. Grund zu noch größerer Frustration gibt es für die Amerikaner, wenn europäische Diplomaten ihren amerikanischen Kollegen gegenüber hinter vorgehaltener Hand äußern, dass die ursprünglich verfolgte Politik sehr viel besser gewesen wäre, sie sich jedoch gegen den Druck, eine EU-weit gemeinsame Haltung zu vertreten, als nicht haltbar erwiesen habe.¹²⁰ Bei den Auseinandersetzungen über die Ernennung des neuen Vorsitzenden des Internationalen Währungsfonds fanden sich die Vereinigten Staaten in die Rolle des Buhmanns gedrängt, obwohl es nur allzu deutlich auf der Hand lag, dass in Europa selbst viele gegen den ersten deutschen Kandidaten waren. Einige EU-Staaten ließen die Präsentation dieses Kandidaten in der vollen Gewissheit zu, dass Washington seine Wahl blockieren würde, und machten so ein eigentlich europäisches zu einem transatlantisches Thema. So erzeugten sie bei den weniger gut informierten Leitartiklern Europas noch stärkere Resentiments gegen den vermeintlichen amerikanischen Unilateralismus und erhielten eine oberflächliche Einigkeit Europas aufrecht, mit der jedoch nur einige Unbedarfte getäuscht werden konnten. Zugleich vergrößerten sie so die Verachtung (um den französischen Verteidigungsminister zu zitieren), die Washingtoner Insider über den Entscheidungsprozess in der EU empfinden.¹²¹

Alle diese Sorgen und Anliegen Amerikas sind auch genau das: *amerikanische* Sorgen und Anliegen, doch sie sind weder unberechtigt noch steckt eine feindselige Haltung hinter ihnen. Sie spiegeln das Interesse der Vereinigten Staaten an Partnern wider, die bereit sind, einen Beitrag zu den globalen Verteidigungslasten zu leisten, und daher sind die USA nicht nur an den militärischen Kapazitäten ihrer Verbündeten interessiert, sondern auch an der Berechenbarkeit ihrer politischen Beschlussfindung. Aus der Sicht Amerikas sind diese Verbündeten nämlich – um einen Begriff zu benutzen, mit dem die Vereinigten Staaten oft von deutscher Seite charakterisiert wurden – *unberechenbar* geworden, und auf der anderen Seite des Atlantiks hat es den Anschein, dass die Bemühungen, eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu schaffen, der Grund dafür ist.

¹²⁰ Was Antonio Missirolis (zustimmender) Kommentar in seinem Artikel im Chaillot Paper 38, Februar 2000, CFSP, Defence and Flexibility, S.2, bestätigt: "[T]he tendency to defect and/or go-it-alone has shrunk significantly, even on the part of the most assertive member states ... The EU framework, in other words, has become an indispensable 'cover' for all partners: influence through Europe – rather than autonomy from Europe – is now *the main political imperative*." (Betonung hinzugefügt.)

¹²¹ Siehe Fußnote 57.

Die Europäer versuchen zwischenzeitlich, ein anderes Thema in den Griff zu bekommen: die Weichenstellung für die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union. Einige Europäer – vor allem hochrangige Mitarbeiter von Verteidigungsministerien und Militärs – sind natürlich formell mit der Teilung der Verteidigungslasten zwischen den Vereinigten Staaten und Europa betraut, doch der Stellenwert dessen auf der politischen Gesamtagenda Europas ist zweit-, wenn nicht sogar drittrangig. Ein Blick auf die Themen, die europäische und amerikanische Sicherheits- und Verteidigungsexperten in ihren Schriften behandeln, wird dies bestätigen. Von den 50er-Jahren bis in die 80er-Jahre schrieb die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft über dieselben Themen. Das ist heute nicht mehr der Fall; das einzige Thema, das von beiden Seiten aufgegriffen wird, ist meistens die Frage nach den Vereinigten Staaten als gut- oder böse Hegemonialmacht.¹²²

Die Abwesenheit eines gemeinsamen Themas strategischer Abhandlungen zeigt, wie weit die politischen Anliegen auf beiden Seiten des Atlantiks auseinanderliegen. Während sich die Amerikaner mit den Teilaspekten der weltweit tragenden Rolle der Vereinigten Staaten auseinandersetzen – der Zukunft der RMA, den Fähigkeiten der USA zur Machtprojektion und der Fähigkeit der Nation, gleichzeitig zwei große Kriege (major theatre wars, MTW) zu führen –, konzentriert sich die europäische strategische Gemeinschaft auf die Bemühungen zur Einführung der GESVP. Aus den Publikationen geht hervor, dass die politischen Führungskräfte Europas immer mehr dazu neigen, Entscheidungen über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik innerhalb der Europäischen Union zu treffen und nicht innerhalb der atlantischen Allianz. Infolge dieser Verlagerung hat die GESVP für die Strategen Europas eine so große Bedeutung erlangt, wie sie die WEU niemals besaß.

Während des ersten Halbjahres 2000 unternahmen die europäischen politischen Führungen Versuche, der Debatte über die GASP und die GESVP unter Experten und in der Öffentlichkeit eine gewisse Richtung zu geben und damit auch die Zukunft der EU in entsprechende Gleise zu lenken. Zu den wichtigsten dieser Bemühungen zählte eine Reihe von Vorträgen von und Interviews mit Chris Patten¹²³, Präsident Chiracs Rede vor dem deutschen Bundestag und sein gemeinsames ZDF-Interview mit Bundeskanzler Schröder¹²⁴, Hubert Vedrines veröffentlichtes Gespräch mit Dominique Moisi und Joschka Fischers Ansprache vor der Berliner Humboldt Universität. Bei all diesen Anstrengungen trat der einzige transatlantische rhetorische Moment, die Verleihung des Karlspreises an Präsident Clinton in Aachen¹²⁵, gegenüber Europas mit allem Nachdruck verfolgten Bestrebungen in den Hintergrund.

¹²² Am umsichtigsten behandelt wurde dieses Thema von François Heisbourg bei seiner Rede beim IISS-Treffen in San Diego, Kalifornien, das im September 1999 stattfand. Veröffentlicht wurde seine Rede unter "American Hegemony? Perceptions of the US Abroad", in: *Survival* 41/4, Winter 1999-2000, S.5-19.

¹²³ Darunter beispielsweise: *A European Foreign Policy: Ambition and Reality*, IFRI, Paris, 15.6.2000; Europa muss seine Konflikte selbst lösen, in: *Die Zeit*, 3.2.2000; *The Future of the European Security and Defence Policy and the Role of the European Commission*, Berlin, 16.12.1999. Alle sind im Internet zu finden unter www.europa.eu.int. Pattens Ansichten über Europa kommen noch klarer in seinem Buch: *East and West*, New York 1998, S.279-292 (insbesondere S.288-290) zum Ausdruck, von dem ich hoffe, dass es in Brüssel zur Pflichtlektüre gehört.

¹²⁴ Jacques Chirac: *Discours prononcé devant le Bundestag*, Berlin, 27.6.2000, und "Interview conjointe du Monsieur Jacques Chirac et du Chancelier Gerhard Schröder à la ZDF", Hannover, 25.6.2000. Siehe auch die Rede des französischen Präsidenten vor der parlamentarischen Versammlung der WEU und Studenten des Institut des Hautes Etudes de la Défense Nationale (IHEDN) im Elyséepalast, 30.5.2000. Alle sind im Internet zu finden unter www.elysee.fr.

¹²⁵ William Jefferson Clinton: *Remarks by the President Upon Being Presented the International Charlemagne Prize 2000*, Aachen, 2.6.2000. Zu finden unter www.usembassy.de/clinton2000.

An der öffentlichen Debatte zwischen den europäischen Staats- und Regierungschefs zu Beginn des Jahres 2000 und den durch die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen fällt zweierlei auf:

- Zum einen bietet ihre Debatte Einblicke in die Erwartungen Europas, wie sie eine Gruppe von Politikern, die alle direkt nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden, teilt. Tony Blairs 1999 an der Universität von Sofia und in Aachen (anlässlich der Verleihung des Karlspreises an ihn)¹²⁶ gehaltene Reden und Javier Solanas öffentliche Stellungnahmen und Interviews während des Kriegs im Kosovo, als er noch Generalsekretär der NATO war, sollten bereits andeuten, was ein Jahr später klarer wurde.
- Zum anderen zeichnet sich mittlerweile ein Kompromiss zwischen dem französischen und dem deutschen Modell der zukünftigen Entwicklung Europas ab, wie in den vorangehenden Kapiteln beschrieben.

Die Generation, die nun in den Hauptstädten der Europäischen Union politische Macht besitzt und hochrangige Positionen in Brüssel einnimmt, hat eine einzigartige Sichtweise Europas im 20. Jahrhundert gemein. Ihre Heimatländer waren zu ihren Lebzeiten niemals verfeindet. Im Gegensatz zu den zwei, sogar drei Generationen vor ihnen kämpften sie in keinen Kriegen. Doch sie wuchsen in den Ruinen auf. Und sie begannen sich für Politik zu interessieren, als Monnet, Schuman, Adenauer und de Gaulle noch immer aktive Persönlichkeiten der Politik waren – keine Namen, die man aus Geschichtsbüchern kennt.

Einer unter ihnen, Javier Solana, wuchs in einer Diktatur auf – eine Erfahrung, die ihm (und seinen iberischen Landsleuten) eine politische Perspektive verleiht, die stärker der seiner Altersgenossen aus Osteuropa ähnelt als der seiner westeuropäischen Altersgenossen. Doch diese Erfahrung scheint in Solana einen Wesenszug nur noch stärker ausgeprägt zu haben, der in den heutigen politischen Führungskräften zum ersten Mal seit der Gründergeneration der Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl; EGKS) wieder zu erkennen ist: Sie sehen die Europäische Union als politisches – nicht nur wirtschaftliches – Projekt, und sie wollen, dass Europa auch für etwas steht. Ob es ihnen gelingen wird, eine kritische Masse an Europäern davon zu überzeugen, diese Ansichten zu teilen, bleibt abzuwarten.

Das bedeutet nicht, dass sich die europäischen Politiker untereinander alle einig wären. Natürlich besteht ein großer Unterschied zwischen der Vision Joschka Fischers von einem föderalen Europa und Hubert Vedrines Auffassung einer "gemeinsamen", aber nicht "einheitlichen" Außen- und Verteidigungspolitik. Doch ein noch viel größerer Unterschied besteht zwischen ihren Sichtweisen und der Art und Weise, in der ihre Vorgänger fast 30 Jahre lang Europa beschrieben. Während der Schmidt-Giscard-Ära wurden der Ärger (über den Verlust fast eines halben Jahrhunderts) und die Emotionen (mit denen man die Grenzverbauungen in ganz Westeuropa niederriss) durch Streitigkeiten über die Harmonisierung der Mehrwertsteuersätze und der landwirtschaftlichen Überproduktion abgelöst; und trotz ihrem Geschick darin, sich in Verdun den Pathos der Vergangenheit zu Nutze zu machen, schienen sich weder François Mitterrand noch Helmut Kohl bei dem Gedanken wohl zu fühlen, eine Zukunftsvision der EU in Worte zu kleiden, ohne dabei die wirtschaftlichen Vorteile herauszukehren. Fast drei Jahrzehnte lang waren die praktischen Vorteile der Europäischen Union in den Debatten der politischen Führungskräfte vorherrschend, nicht die Vorstellung, dass man dem Durchschnittseuropäer vielleicht abverlangen könnte, auch Opfer dafür zu erbringen.

¹²⁶ Zitiert in: Reinhard C. Meier-Walser: Großbritanniens Rolle im Kosovo-Krieg, in: Politische Studien, Sonderheft 4 Dezember 1999, S.61. Die Reden sind zu finden unter www.fco.gov.uk.

Der Wandel begann im Jahre 1995 mit der Wahl von Jacques Chirac in den Elyseepalast (obwohl Chirac einer älteren Generation angehört). Die Wahlen der Jahre 1997 und 1998 in Frankreich, Großbritannien und Deutschland brachten in allen drei Ländern die nach dem Zweiten Weltkrieg geborene Generation an die Macht und stellten damit die Weichen für St. Malo, Köln und Helsinki. Sie brachten einen Wandel in der öffentlichen Meinungsarbeit, im Zuge dessen die Menschen überzeugt werden sollen, dass Europa nicht immer einfach, aber dennoch notwendig und die Mühen in jedem Fall wert sein wird. Interessanterweise kommen die beredtesten Verfechter dieser Vision aus einem Land – Großbritannien – und aus einer Partei – den deutschen Grünen –, die man historisch als der von der Gründergeneration gehegten Vorstellung eines föderalen Europas feindlich gesonnen eingeschätzt hatte.

Die Vertreter dieser Politikergeneration haben ein Merkmal gemein, das jedoch – zum Leidwesen der transatlantischen Beziehungen – in Europa nicht überwiegt: Ihre Handlungen ergeben sich aus einer positiven Sichtweise dessen, was aus Europa werden kann, nicht einer negativen Sichtweise der Vereinigten Staaten. Dies wird ihnen jedoch nicht gerade gedankt. Während des Krieges im Kosovo waren die Bildungselite und die Presse nicht bereit, Solana und seinen Kollegen einfach zu glauben, als sie – wie Blair bei seiner Rede in Sofia – ihre Bereitschaft, militärisch einzugreifen, mit der Entschlossenheit begründeten, dem Krieg, dem Völkermord und dem Chaos in Europa ein Ende zu bereiten.¹²⁷ Die öffentliche Meinung war nicht ganz so feindselig, doch bis heute ist man überwiegend der Ansicht, dass die Vereinigten Staaten als Hegemonialmacht ihre europäischen Verbündeten in diesen Krieg hineingezerrt hätten.

Dies spiegelt einen grundlegenden Unterschied zwischen der GESVP-Agenda dieser Gruppe von Führungskräften und der vieler Unterstützer der GASP und GESVP unter Europas Eliten wider. Um zum Hauptthema dieser Publikation zurückzukehren, besteht für viele Europäer das Ziel der europäischen Autonomie in der Verteidigung darin, gegenüber den Vereinigten Staaten "verweigerungsfähig" zu werden, um es mit einem Begriff, den Egon Bahr gebrauchte, auszudrücken.¹²⁸ Das ist jedoch nicht das Ziel, das Patten, Fischer und Solana vor Augen haben. Sie wollen ein Europa, das – wie beim Krieg im Kosovo – in der Lage ist, "ja" zu sagen, wenn dieses "ja" in seinem eigenen Interesse liegt. Dies soll allerdings mit größerer politischer Kohärenz, größeren militärischen Kapazitäten, einer größeren Chance auf eine politische Lösung ohne Kampfhandlungen und mit größeren autonomen Einflussmöglichkeiten auf den Verlauf eines jeglichen künftigen Konflikts und die Ausgestaltung eines künftigen Friedens geschehen. Anders gesagt kommt ihr Ziel für Europa direkt dem Wunsch der Vereinigten Staaten entgegen, verlässliche und einsatzbereite Verbündete zu haben.

¹²⁷ Ich verbrachte das Frühjahr des Jahres 1999 in London und war, um es noch milde auszudrücken, wirklich darüber schockiert, wie feindselig große Teile von Großbritanniens Medien Blairs Politik gegenüberstanden und wie skeptisch sich viele der besten Expertengremien der Stadt äußerten. Während eines ganzen Monats der Diskussion hörte ich nur einmal einen britischen Kollegen sagen, er glaube, Blair stünde wirklich zu seinen Aussagen. Allgemein schien man sich darauf geeinigt zu haben, dass Blair nur versuchte, sich als "Bills" bester Freund darzustellen, dadurch, dass er zum Ausdruck brachte, was der amerikanische Präsident angeblich nicht sagen konnte. (Sollte das bedeuten, dass man annahm, dass sich die Amerikaner stärker gegen Krieg, Völkermord und Chaos einsetzen als die Europäer oder dass sie einfach nur naiver sind?) Eines abends wurde NATO-Sprecher Jamie Shea bei einer Fernsehsendung, bei der britische Politik "vor Gericht" kommt, "vernommen". Man warf ihm tatsächlich vor, ein "vaterlandsloser Geselle" zu sein, der nicht im Dienst einer Nation, sondern einer finsternen internationalen Verschwörung stünde. Ein Teil der britischen Bevölkerung schien auch zu denken, dass nur eine Tory-Regierung ein legitimes Recht habe, eine "robuste" Außen- und Verteidigungspolitik zu führen. (Diese Reaktion ähnelt der vieler amerikanischer Republikaner, die Präsident Reagan für politische Programme Beifall zollten, die sie bei einer demokratischen Regierung rundweg ablehnen.)

¹²⁸ Egon Bahr: Ein Protektorat wird selbstständig, in: Die Zeit, 31.5.2000.

Ob das gemeinsame Ziel dieser Führungskräfte europäische Realität werden wird, ist jedoch nicht so sicher. Es ist sehr viel wahrscheinlicher, dass sie wie Aristide Briand und Gustav Stresemann Enttäuschungen einstecken werden müssen, als dass sie Erfolge feiern werden können wie Robert Schuman und Konrad Adenauer, die damals Monnets großen "leap into the unknown" vollziehen konnten.¹²⁹ Es stellt sich auch nach wie vor die Frage, ob Männer wie Patten und Solana überhaupt die Mehrheitsmeinung ihrer eigenen Generation vertreten. Wie die Reaktionen auf Fischers Plädoyer für eine europäische Föderation zeigen, wird ihre Bereitschaft, heute aufs Neue den Sprung ins Ungewisse zu wagen, wohl weder in ihren eigenen Staaten noch in der EU als solche von einer Mehrheit der Bevölkerung geteilt.

Wahrscheinlich ist es hingegen, dass Europa und die Vereinigten Staaten in den kommenden Jahren erleben werden, wie sich ein Kompromiss zwischen dem französischen Modell eines Macht projizierenden Europas und dem deutschen Europa-Modell eines "Skandinaviens der Welt"¹³⁰ herausbildet. Oberflächlich betrachtet hat sich das französische Modell im Vergleich zur Lage einige Monate vor den Ereignissen im Kosovo viel weiter durchgesetzt. Strukturelle und budgetäre Reformen der Bundeswehr, die Absorption der WEU durch die EU, geplante Veränderungen im Europäischen Rat in Bezug auf dessen Zusammensetzung und Vorschriften zur Mehrheitsabstimmung, Konsolidierung der Rüstungsindustrie und Reformen in der Versorgung weisen alle auf eine neue Ernsthaftigkeit im Umgang der EU mit Themen der Verteidigung hin, worauf Frankreich bereits seit Jahren drängt.

Auf lange Sicht wird sich der Schwerpunkt des Kompromisses jedoch in Richtung des deutschen Modells verschieben, wofür es zwei Gründe gibt. Erstens hat Frankreich im Streit um die geplante Erweiterung den Kürzeren gezogen. Deren Befürworter, die Argumente einer pan-europäischen "manifest destiny" und einer "mission civilatrice" ins Feld führten, trugen den Sieg davon. Zweitens bedeutet der Sieg für das Erweiterungsvorhaben notwendigerweise auch einen Sieg für den Gedanken des Intergouvernementalismus.¹³¹ Seit 1973 hatte kein neuer EG/EU-Mitgliedstaat eine ernst zu nehmende politische Bewegung im eigenen Land zu verzeichnen, die für den Gedanken einer europäischen Föderation eintrat. Bei seinem Interview beim ZDF traf Jacques Chirac eine sehr stimmige Zukunftsprognose, als er sagte, dass die EU zu einem "Vereinigten Europa der Staaten" werden würde, jedoch nicht zu den "Vereinigten Staaten von Europa".¹³²

Eine Erweiterung in Verbindung mit dem Prinzip der gemeinsamen Steuerung durch die einzelnen Regierungen bedeutet, dass die umständliche und widersprüchliche Verquickung nationaler und EU-weiter Entscheidungskompetenzen, die bei den USA Besorgnis hervorruft, keine Übergangserscheinung sein, sondern bleiben wird. Doch in Bezug auf das französische Zukunftsmodell ist entscheidender, dass sich die EU auf Belange der "neighborhood stability"¹³³ konzentrieren wird, nicht auf Fragen globaler Machtprojektion.¹³⁴ Obwohl man sich

¹²⁹ Jean Monnet: *Memoirs*, New York 1978, S.305.

¹³⁰ Dieser Begriff stammt aus dem Titel von Goran Therborns: *Europe in the 21st Century: The World's Scandinavia*, in: *Irish Studies in International Affairs* 8, 1997, S.21-34.

¹³¹ Joseph Fitchett: *A Warning Against Creating 2 Classes of EU Members*, Interview mit Anna Lindh, Außenministerin Schwedens, in: *International Herald Tribune*, 3./4.6.2000. Dabei sagte die Außenministerin: "Only a few countries – Italy, Belgium, Luxembourg – endorse the federalist idea now."

¹³² Chirac, ZDF-Interview, 25.6.2000.

¹³³ Siehe Fußnote 62.

¹³⁴ Ein Schluss, zu dem – wenn auch aus anderen Gründen – auch Bernard Cassen kam: *L' introuvable défense européenne*, in: *Le Monde Diplomatique*, Juni 1999, S.15.

vordergründig nach wie vor sträubt, scheint man sich in Paris dennoch mit der Unausweichlichkeit dessen abgefunden zu haben – möglicherweise da man hofft, dass andere Europäer schließlich doch noch auf Frankreichs globalen Standpunkt umschwenken werden. Tatsächlich ist es jedoch wahrscheinlicher, dass eine jüngere Generation französischer Militärs, deren eigene Laufbahnen sich in den kommenden 20 Jahren auf die direkte Nachbarschaft Europas konzentrieren werden, nicht so international eingestellt sein werden wie ihre Vorgänger in der rue St. Dominique.

Was die Vereinigten Staaten angeht, so ist seit dem Kosovo nichts geschehen, aus dem zu erkennen gewesen wäre, dass die EU nun eher als Partner in der Teilung der internationalen Verteidigungslasten zu gewinnen wäre als vor dem ersten Krieg der NATO. Eigentlich ganz im Gegenteil: Die hinter der Entwicklung der GESVP und der Reform der nationalen Streitkräfte stehende Hauptmotivation ist die Schaffung eines Europas, das besser in der Lage ist, "nein" zu den Vereinigten Staaten zu sagen. Frankreich entfernt sich zusehends von seinem eigenen Modell Europas als globaler militärischer Akteur zu Gunsten eines staatenübergreifenden GESVP-Prozesses mit regionalem Schwerpunkt.

Auch im Vereinigten Königreich lässt sich feststellen, wie die Verpflichtung einer internationalen Verteidigungsrolle gegenüber langsam abbröckelt. Da es ihm nicht wie Paris ergeht, dem es in Fleisch und Blut übergegangen ist, die Harmonie zwischen Frankreich und Deutschland aufrecht zu erhalten, und noch nicht zum Euroland gehört, hätte London theoretisch größere Freiheit, sich aus der GESVP herauszuhalten, wenn sie mehr Chaos als Klarheit in der Verteidigungspolitik verursacht. In der Praxis ist es jedoch schwer vorstellbar, dass Großbritannien sich aus der GESVP ausklinken wollte oder könnte. Wie sein französisches Gegenstück am Quai d'Orsay erkennt das britische Außenministerium seine Zukunft zunehmend in einem europäischen, nicht internationalen Kontext. Da das Ende der militärischen Verpflichtung gegenüber Nordirland bevorsteht und die britische Rheinarmee bereits vor einem Jahrzehnt ihre Mission eingebüßt hat, wird eine jüngere Generation britischer Militärs wahrscheinlich in den Rängen der Streitkräfte der Europäischen Union ein Zuhause finden.

Daher stellte das Kosovo in der Tat einen Wendepunkt für die Bedeutung amerikanischer Macht für die Verteidigung Europas dar. Folglich werden Historiker wahrscheinlich einmal das NATO-Gipfeltreffen im April 1999 anlässlich des 50. Jahrestags des Bündnisses, und nicht das OSZE-Gipfeltreffen von 1990 in Paris als das Ende der Ära des Kalten Krieges festmachen. Seitdem haben die politischen und anderen Führungskräfte an beiden Ufern des Atlantiks den Stein einer euro-atlantischen Zukunft ins Rollen gebracht, die sich von der Vergangenheit stark unterscheiden wird.